

NEUE ZEIT

APRIL 1985

15

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1301 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

DIE GÖNNER
DER NAZIVERBRECHER



1500 6009 1529
ZOLLVERW. BI
151 364
151 364



Zweimal waren sie zusammengetroffen. Zunächst bei Kriegsausbruch, als sie Feinde waren, und dann 20 Jahre nach Kriegsende, bereits als Genossen. Es gibt eben so manches.

Der Gefreite Florian hatte sich im Winter 1941 bei Moskau in Gefangenschaft begeben. Natürlich wollte man wissen, was ihn veranlaßt hatte, zur Roten Armee überzulaufen.

„Dafür gibt es vielerlei Gründe“, antwortete der Gefreite. „Ausschlaggebend aber war dieses Flugblatt hier.“

Man wollte diese Tatsache sogar ins Protokoll aufnehmen, aber wie sollte man das Flugblatt kennzeichnen, das selbstverständlich weder den Namen des Verfassers noch eines Herausgebers trug. So unterließ man es. Und man würde sich sehr wundern, wenn man erführe, daß der Name des Verfassers schon damals in Berlin bekannt war.

Seit Kriegsbeginn erschien in Moskau eine bebilderte Zeitung für die deutschen Soldaten an der Ostfront. Die Deutschen glaubten ihr. Die Zeitung berichtete über die reale Lage in den Stellungen und im Hinterland, über das Leben der deutschen Kriegsgefangenen und über die wahren Ziele des Faschismus. Sie wurde in Millionenaufgabe gedruckt und auf unterschiedlichste Weise auf die andere Seite der Front befördert: Sie schwamm auf Flößen, wurde an gekappte Telefonkabel im Hinterland des Gegners gebunden oder



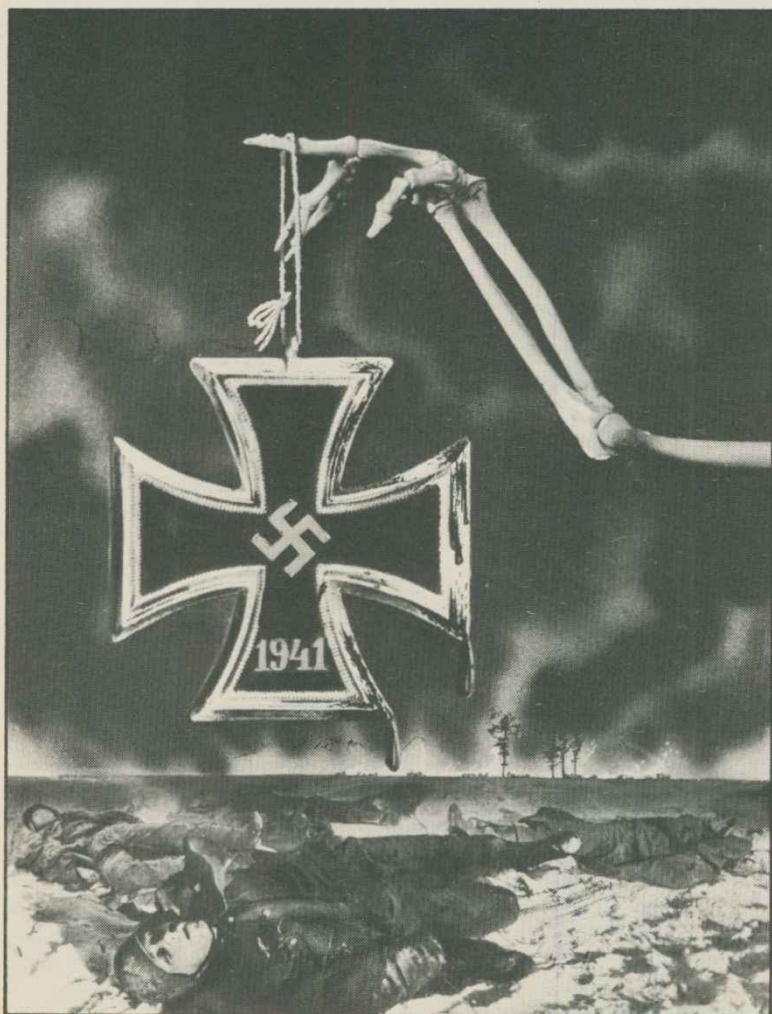
von Flugzeugen abgeworfen. Die Piloten bevorzugten kleinere Päckchen, damit sie sich beim Abwurf nicht auflösten.

So erschienen bald auch kleinformatige Flugblätter mit Fotomontagen auf der Vorder- und einem Text auf der Rückseite, der besagte, das Flugblatt diene als Propusk zur Gefangengabe.

Wie wirksam diese Blätter waren, läßt sich daran erkennen, daß das OKW nach der Niederlage bei Moskau das Lesen solcher Blätter mit Arrest und Urlaubsentzug bestrafte, nach Stalingrad sogar mit Tod durch Erschießen. Dennoch liefen mit jedem Jahr immer mehr deutsche Soldaten mit derartigen Flugblättern, die den Faschismus anprangerten, jedoch niemals die menschliche Würde des deutschen Volkes antasteten, auf die sowjetische Seite über.

1965 sah der Kommunist Florian in Berlin auf einer internationalen Graphikausstellung anlässlich des Jahrestages des Sieges zum zweiten Mal in seinem Leben dieses Fotoplatkat und wurde überraschend mit dessen Urheber, Alexander Shitomirski, bekannt.

„Sie haben sicher damals nicht vermutet, Genosse Shitomirski, daß sich bereits 1941 Berlin sehr für Sie interessierte“, lächelte Florian. „In den Archiven des Goebbels-Ministeriums wurde eine Namenliste von mehreren hundert Menschen gefunden, die den Aufdruck trug: ‚Auffinden und aufhängen‘. Sie können durchaus stolz darauf sein, daß auch Ihr Name dort aufgeführt war!“



PFLICHT UND AUFTRAG

In den letzten 24 Stunden habe es in der Abrüstungspolitik drei Schritte gegeben, die sich auf den ersten Blick kaum vereinbaren ließen, zieht der "Kölner Stadt Anzeiger" die Bilanz eines der letzten März tage. Die NATO beschloß eine Reduzierung der Kernmunition in Westeuropa um 1400 Einheiten. Die USA ersuchten ihre Partner förmlich, sich an den Weltraumforschungen im Rahmen der sogenannten SDI zu beteiligen. Der Kongreß billigte den Bau von weiteren 21 MX-Raketen. Der erste Schritt, so bemerkt das Blatt, werde im Gegensatz zu den anderen der Abrüstung dienen. Allerdings handelt es sich lediglich um veraltete Munition. Man will nukleare durch konventionelle Sprengköpfe ersetzen, deren Zerstörungskraft die normaler Munition weit übertrifft.

Ebenfalls in den letzten Märztagen kam aus Washington die Meldung von einer Rundfunkansprache Präsident Reagans, in der er den Zuhörern versichert, es sei notwendig, die Militärausgaben auf dem phantastisch hohen Stand zu belassen. Dabei richtete er erneut Angriffe gegen die UdSSR. Seinen Worten nach "bleibt die Sowjetunion genauso aggressiv, expansionslüstern und gefährlich wie bisher". Etwas früher hatte der Chef des Weißen Hauses in Kanada der UdSSR aggressive Pläne unterstellt, mit denen sie eine ihr genehme Weltordnung errichten wolle.

Es ist zwecklos, den US-Präsidenten daran erinnern zu wollen, daß sich unser Land solche Ziele niemals gestellt hat und nicht stellen konnte. Bereits zu Zeiten Lenins haben die Kommunisten den Gedanken an einen "Export der Revolution", noch dazu mit Hilfe von Kriegen, als sinnlos zurückgewiesen.

Bemerkenswert ist, daß die Schritte in Richtung auf ein weiteres Wettrüsten wie auch das erneute Aufflammen der antikommunistischen Hysterie in den USA auch zeitlich zusammenfallen. Sie gelten eindeutig dem Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf, die bekanntlich auf Initiative der UdSSR zustande kamen. Man gab seine Zustimmung zum Dialog und versucht sofort, die Verhandlungsatmosphäre zu vergiften. Ein in der Geschichte der Diplomatie äußerst seltener, wenn nicht gar einmaliger Fall. Wozu aber geschieht das? Etwa um den Völkern die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft zu nehmen?

Ein undankbares Unterfangen. Die Menschen wünschen Frieden und sind bereit, ihn zu

verteidigen. Zusehends erweitert sich der Kreis jener gesellschaftspolitischen Kräfte, die den Gedanken einer nuklearen Konfrontation ablehnen und sich für die Verhütung einer globalen Katastrophe einsetzen. Das haben die Vertreter von 105 Staaten und 29 nichtstaatlichen internationalen Organisationen auf der kürzlichen Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrats sehr deutlich gemacht. Obwohl die Programme der heutigen Friedensorganisationen und -bewegungen uneinheitlich sind, stimmen sie doch alle darin überein, daß es notwendig ist, den Militarismus zu zügeln und zur realen Abrüstung überzugehen. Ähnlich ist auch die Haltung, die dieser Tage in Moskau und in Washington von Mitgliedern eines so angesehenen Organs wie dem Konsultativrat für Abrüstung der Sozialistischen Internationale dargelegt wurde. Bei den Gesprächen im Kreml wurde erklärt, die der SI angehörenden sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien seien über die Weltlage, insbesondere über die unausgesetzte Aufstockung der Rüstungen beunruhigt. Der Konsultativrat wendet sich u. a. gegen die Militarisierung des Weltraums. Dazu bestätigte die SI ihre Bereitschaft, alle nur möglichen Bemühungen zu unterstützen, um das Wettrüsten nicht nur einzudämmen, sondern es überhaupt einzustellen.

Dieser Wille findet in der Sowjetunion stärksten Widerhall. Schließlich berührt das Problem der Rüstungsbegrenzung nicht nur die UdSSR und die USA. Jeder Staat, ob groß oder klein, neutral oder nichtpaktgebunden sowie jede Partei oder Bewegung sollte und kann einen Beitrag dazu leisten. Unser Land, die ganze sozialistische Gemeinschaft reicht begeistert allen die Hand, die sich unter die Kämpfer gegen das nukleare Inferno einreihen. Angesichts dieser entsetzlichen Bedrohung ist die Welt unteilbar. Das Politbüro des ZK der KPdSU hat erneut die Bereitschaft unserer Partei unterstrichen, zur Festigung der internationalen Sicherheit mit allen friedliebenden Kräften zusammenzuarbeiten.

Überall wächst der Widerstand gegen die militaristischen Bestrebungen. Die Sowjetunion führt die Friedensbewegung an, wobei sie ihr Ansehen sowie ihr riesiges Wirtschafts- und Verteidigungspotential in die Waagschale wirft. Wie in der Schlacht gegen den Hitlerfaschismus scheut unser Volk auch heute keine Anstrengungen, um sich und die ganze Menschheit vor der tödlichen Gefahr zu schützen. Gemeinsam mit Millionen aufrechten Menschen sind wir überzeugt, daß sich mit den entsprechenden Anstrengungen eine Gesundung des internationalen Klimas erreichen läßt. Diese Anstrengungen zu verstärken ist Auftrag und Pflicht aller Friedenskämpfer.

In letzter Zeit versucht die US-Administration, eine Revision der historischen Beschlüsse von Jalta herbeizuführen. Diese verantwortungslosen Aktivitäten decken sich mit den Aktionen der Revanchisten in der BRD und setzen dem Stabilisierungsprozeß in Europa neue Hindernisse entgegen. Ihr Ziel ist eindeutig: die gewalttätige Antikriegsbewegung in den NATO-Ländern zu spalten und dem Revanchismus einen zusätzlichen gefährlichen Antrieb zu geben. Der berüchtigte "Kreuzzug" nimmt neue Formen an. Doch der Geist von Jalta, bekräftigt in Helsinki, bleibt eine Realität im Dienste des Friedens.

B. BOLSCHAKOW
Moskauer Gebiet

Ich möchte meine Meinung zu den im NZ-Artikel "Spekulationen um die Hilfe" (2/85) angesprochenen Fragen äußern. Unter Ausnutzung des Dürre-Problems in Äthiopien versuchen die USA, den sozialistischen Entwicklungsweg in den Augen der Afrikaner zu diskreditieren. Ihre Rhetorik gipfelte in der Behauptung, die sozialistische Orientierung sei die eigentliche Ursache für die Dürre, die zu einer Tragödie für Äthiopien wurde. Aber wie ist es dann mit der Dürre in Sudan, Somalia, Mali und anderen afrikanischen Staaten? Ich frage Washington: Was ist lebenswichtiger für die Erleichterung der Folgen dieser Naturkatastrophe im sozialistischen Äthiopien — eine langfristige vielseitige technisch-ökonomische Zusammenarbeit oder einmalige Spenden? Der Bau eines Traktoren-Montagewerkes, die Einrichtung von Kornspeichern und Kühlanlagen, die Urbarmachung von 10 000 ha Land u. a. technisch-ökonomische Hilfeleistungen der Sowjetunion sind sicherlich eine Gewähr für die Beseitigung der Folgen dieser Tragödie und beugen ihrer Wiederholung vor. Nicht so die gelegentlichen Spenden, die mitunter auch noch in die Hände reaktionärer Banden geraten, die Unruhe in friedlichen Ländern stiften.

Columbus SUMNER
Freetown, Sierra Leone

Ich bin ein italienischer Arbeiter. Schweren Herzens schreibe ich diesen Brief, denn ich kann nicht ruhig zusehen, wie in unserem Lande die Tragödie der Fiat-Werke in Turin verschwiegen wird. In letzter Zeit erreichte die Arbeitslosigkeit in dieser Stadt eine sehr hohe Stufe. Tausende junger und älterer Arbeiter sowie Angestellter der Fiat-Werke warf man buchstäblich auf die Straße. Mehr als 200 meiner entlassenen Kollegen nahmen sich aus Verzweiflung das Leben. Und das alles ereignete sich innerhalb nur eines Jahres. Am 25. Dezember 1984 erhängte sich ein Arbeiter, der eine große Familie hatte, unmittelbar im Betrieb, nachdem er in einem Umschlag zusammen mit seinem armseligen Gehalt die Kündigung vorfand. Alle bürgerlichen Zeitungen verschwiegen diese Tatsachen. Offensichtlich halten sie die Selbstmorde der Arbeiter, verursacht durch die Schrecken der Arbeitslosigkeit, nicht für erwähnenswert.

Romano CATTIVELLI
Cremona, Italien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 15 APRIL 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Pflicht und Auftrag (Wort des Redakteurs)	1
G. Sidorowa — Die hellblaue Aureole der Erde im Blick	5
A. Smirnow — UVR. Forum der ungarischen Kommunisten	6
A. Baryschew — USA—Nikaragua. Wie rüstet man zum „Kreuzzug“?	8
D. Wolski — Globaler Präzedenzfall (NZ-Standpunkt)	9
J. Gudkow — Gründe für Bedenken	10
S. Jantowski — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Schwert und Hammer	12
Biographisches: Halid Abu Bakr Al-Attas	14
J. Botschkarjow — RSA. Verbrechen der Apartheid	15
L. Skuratow — Unruhen in Sudan (Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
L. Besymenski, A. Archipow — Joseph Mengele, Arzt von Auschwitz (Zeitgeschichte)	18
A. Tolpegin — Zeugen klagen an	26
L. Shegalow — Blei und Blei	26
N. Woloschkin — Diskussion mit dem Leser	28
PS	29

Dokumente:	
Rede Romesh Chandras, Vorsitzender des Weltfriedensrates, bei der Eröffnung der Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates am 22. März 1985	30



Nach dem zweiten Weltkrieg fanden Hunderte von Nazi-Verbrechern mit Hilfe von CIA und Pentagon Unterschlupf jenseits des Atlantik. Unter ihnen ist auch der KZ-Arzt von Auschwitz, Joseph Mengele, der sich schon 40 Jahre der gerechten Strafe entzieht (S. 18)

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Am 1. April traf Michail Gorbatschow mit György Lazar, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Vorsitzender des Ministerrats der UVR, zusammen, der an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation in Moskau weilte. Dabei kam es zu einer hohen Einschätzung der sowjetisch-ungarischen Beziehungen. Am gleichen Tag hatte Lazar im Kreml eine Begegnung mit Gejdar Aljiew. Im Großen Kreml-Palast wurde ein langfristiges Entwicklungsprogramm für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und UVR bis zum Jahre 2000 unterzeichnet. Am 1. April wurde auf der Volkswirtschaftsausstellung der UdSSR in Moskau die Exposition "Ungarn auf dem Weg zum Sozialismus" eröffnet, die dem 40. Jahrestag der Befreiung des Landes vom Faschismus gilt. Bei der Eröffnung ergriffen Gejdar Aljiew und György Lazar das Wort. **U n s e r B i l d:** Bei der Ausstellungseröffnung.

Foto: S. Kossyrew

Am 29. März veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Zur Debatte stand die Mitteilung Michail Gorbatschows über eine Begegnung mit dem zweiten Sekretär des ZK der KP Kubas, Raul Castro. Dabei wurde betont, der Meinungsaustausch habe ein weiteres Mal die einheitlichen Standpunkte zu allen erörterten Fragen der sowjetisch-kubanischen Beziehungen und zu den aktuellen internationalen Problemen, die unveränderliche Solidarität der KPdSU und des Sowjetstaates mit dem sozialistischen Kuba ergeben. Das Politbüro billigte ferner die Begegnung Michail Gorbatschows und die Gespräche einer Delegation der KPdSU unter Boris Ponomarew mit dem SI-Konsultativrat für Abrüstung. Das Politbüro behandelte die Ergebnisse der Begegnung Nikolai Tichonows, Andrej Gromykos und Nikolai Ryshkows mit einer Delegation Rumäniens unter dem Ministerpräsidenten der SRR, Constantin Dascalescu. Der Meinungsaustausch und die Unterzeichnung der sowjetisch-rumänischen Dokumente werde die weitere Entwicklung der

Beziehungen zwischen unseren Staaten, die Vertiefung des Zusammenwirkens der sozialistischen Länder im RGW und im Warschauer Vertrag fördern. Behandelt wurden die Ergebnisse der Unterredungen Nikolai Tichonows mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der VR Bulgariens, Grischa Filipow, sowie die Mitteilung Andrej Gromykos über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem DDR-Außenminister Oskar Fischer. Das Politbüro konstatierte, diese Verhandlungen hätten erneut die einheitlichen Standpunkte der Seiten zu allen erörterten Fragen verdeutlicht. Diskutiert wurde die weitere Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der VR China, wobei festgestellt wurde, daß das wachsende Handelsvolumen zwischen beiden Ländern ein weiterer Schritt zur Verbesserung ihrer Beziehungen sei. Gebilligt wurde ein Aktionsplan zur Durchführung des UNO-Jahres (1985) und des Internationalen Friedensjahres (1986) in der UdSSR.

Am 27. März empfing Vitali Worotnikow den Präsidenten des Bundesrates der BRD und Ministerpräsidenten Baden-

Württembergs, Lothar Späth, der sich zu einem Besuch in der Sowjetunion aufhielt. Dabei wurden Fragen der Beziehungen zwischen beiden Ländern sowie die gegenwärtige Weltlage berührt.

Am 29. März konferierte Andrej Gromyko mit Tareq Aziz, Mitglied des Revolutionären Kommandorats, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Irak, der zu einem kurzen Arbeitsbesuch in Moskau weilte. Den Schwerpunkt bildeten Fragen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt zwischen Irak und Iran.

Am 29. März empfing Gejdar Aljiew im Kreml den Minister für Verkehr, Tourismus und Fernmeldewesen Spaniens, Enrique Baron Crespo. Dabei kam die Genugtuung über die Entwicklung der sowjetisch-spanischen Beziehungen zum Ausdruck sowie das beiderseitige Bestreben nach Ausbau der vorteilhaften Zusammenarbeit und Festigung der europäischen und der internationalen Sicherheit.

Am 30. März traf der indische Verteidigungsminister Narasimha Rao zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion ein. Bei der am 1. April im Kreml geführten Unterredung mit Andrej Gromyko kam es zu einem Meinungsaustausch über die sowjetisch-indischen Beziehungen sowie zu einigen Schlüsselproblemen der Weltlage. Am gleichen Tag traf Narasimha Rao mit UdSSR-Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion Sergej Sokolow, zusammen, wobei Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert wurden.

Am 27. März traf Boris Ponomarew im ZK der KPdSU mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei Libanons, Walid Joumblatt, zusammen, dabei wurden die auf die Spaltung Libanons abzielenden Anschläge des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion entschieden verurteilt.

Am 1. April empfing Wassili Kusnezow im Kreml eine Delegation des Parlaments Finnlands unter dessen Präsidenten Erkki Pystynen. Beide Seiten brachten zum Ausdruck, daß sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und Finnland auf der Grundlage des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 im Interesse der Völker beider Länder, des Friedens und der internationalen Sicherheit konstant aufwärtsentwickeln.

Am 28. März schloß in Budapest der XIII. Parteitag der USAP, der die Führungsorgane der Partei wählte. Das Plenum des

ZK der USAP wählte Janos Kadar zum Generalsekretär. Michail Gorbatschow beglückwünschte ihn herzlich zu dieser Wahl. Am 26. März traf Kadar mit einer Delegation der KPdSU unter Grigori Romanow zusammen (S. 6).

Am 1. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine TASS-Erklärung zu den grausamen Vorgehen der RSA gegen Bewohner afrikanischer Siedlungen, die gegen das barbarische Apartheidsystem protestieren. Die Sowjetunion ruft alle Staaten auf, entschiedene Schritte zur Beendigung der Greueltaten des Rassenregimes der RSA zu unternehmen, heißt es in der Erklärung (S. 15).

Am 30. März traf der Außenminister Kanadas, James Clark, zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein.

In Leningrad kam es zu einer Begegnung von Vertretern der Gesellschaften für Freundschaft mit der UdSSR der skandinavischen Länder und sowjetischer Freundschaftsgesellschaften anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg. Teilnehmer waren Delegationen aus Dänemark, Island, Norwegen, Finnland und Schweden. Sie erklärten in einem Schlußdokument, die Gesellschaften für Freundschaft mit der UdSSR verstärkten ihre Tätigkeit zur Entlarvung der Erfindungen der Geschichtsfälscher, die die entscheidende Rolle der UdSSR bei der Zerschlagung des deutschen Faschismus herabmindern, und würden auch künftig wahrheitsgemäße Informationen über die Sowjetunion und ihre Friedenspolitik verbreiten.

Vom 27.—29. März tagten in Moskau die Vorsitzenden der Frauenorganisationen der sozialistischen Länder anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus.

Am 29. März unterstützte das Plenum des NOK der UdSSR das Angebot der Stadt Leningrad zur Abhaltung der Winterolympiade 1996. Das Plenum beantragte das NOK der UdSSR, ein entsprechendes Schreiben an das IOK zu richten.

Der Rat der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) sprach dem Rektor des Kiewer Instituts für zivile Luftfahrtingenieure, Prof. Alexander Aksjonow, seine höchste Auszeichnung, den nach dem Namen des ersten ICAO-Präsidenten Edward Warner benannten Preis zu. Zum ersten Mal wurde die Auszeichnung dem Vertreter eines sozialistischen Landes verliehen.

Der Aggressor wütet

Täglich kommen neue Meldungen über Greueltaten der israelischen Truppen im Süden Libanons, die bereits zu Großaktionen übergegangen sind. So wurden mehr als 50 Panzer gegen die Bewohner des Dorfes Houmin el-Taht eingesetzt. Allein am 26. März überfielen die Israelis die Ortschaften Malih, Kfar-Denis, Bidias, Burj-Rahhal, Zillaiah, Shahour und Djel el-Bahr. In den folgenden Tagen wurden ähnliche Aktionen auch gegen andere Ortschaften unternommen. Am 31. März konnte ein 7maliges Eindringen der israelischen Truppen in eine Zone registriert werden, aus der sie offiziell am 16. Februar abgezogen wurden.

Gleichzeitig agieren in dieser Zone regierungsfeindliche Formationen der rechtschriftlichen "Libanesischen Streitkräfte". Die Extremisten beschließen Einheiten der regulären libanesischen Armee in Saida sowie palästinensische Flüchtlingslager.

Mit Hilfe dieser Marionetten will Tel Aviv die Kontrolle über Südlibanon aufrechterhalten.

Neuer Präsident

Am 30. März wurde in Athen der neue Präsident Griechenlands Christos Sartzetakis vereidigt — ein namhafter Mann des Staates und der Öffentlichkeit, Mitglied des Obersten Gerichtshofs. Er war bei der dritten Abstimmungsrunde am 29. März vom Parlament gewählt worden.

Eine Woche vor der ersten Runde am 17. März hatte die Regierungspartei PASOK beschlossen, die Wahlkandidatur des bisherigen Präsidenten Karamanlis nicht zu unterstützen, da die Partei gleichzeitig einige Anträge zur Verfassungsänderung im Parlament einbringt, die die ihrer Ansicht nach zu ausgedehnten Vollmachten des Präsidenten bescheiden sollen. Karamanlis war einer der Haupturheber der Verfassung.

Ferner wird vermutet, die Führung der PASOK habe die Unzufriedenheit der Grundorganisationen der Partei berücksichtigt.

Der Beschluß des ZK der PASOK wurde von den demokratischen Kreisen des Landes gebilligt. Das Politbüro des ZK der KP Griechenlands bezeichnete ihn als "positive Antwort auf die demokratischen Gefühle des griechischen Volkes". Die KP Griechenlands setzt sich seit langem

aktiv für eine Verfassungsreform und die Einschränkung der Macht des Präsidenten ein. Sie unterstützte auch die Kandidatur Sartzetakis'.

Karamanlis trat am 10. März zurück. Andere Präsidentschaftskandidaten waren nicht aufgestellt worden.

Spionageaktion

Am 24. März entdeckte ein sowjetischer Wachposten, der ein Depot mit Kampftechnik sicherte, auf dem Territorium eines gesperrten militärischen Objekts der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland im Raum Ludwigslust einen Unbekannten im Tarnanzug, der sich an das Depot herangeschlichen, dessen Fenster geöffnet hatte und fotografierte. In Übereinstimmung mit den Dienstvorschriften forderte der Wachposten den Unbekannten in russischer und deutscher Sprache auf, stehenzubleiben. Als jener die Aufforderung nicht befolgte und sich zu verstecken versuchte, gab der Posten einen Wardschuß in die Luft ab. Da der Eindringling auch danach nicht stehenblieb, mußte der Wachsoldat von der Waffe Gebrauch machen. Durch den Schuß wurde der Eindringling getötet.

Wie festgestellt wurde, handelte es sich um einen Mitarbeiter der amerikanischen Militärischen Verbindungsmission, Major A. Nicholson, der zusammen mit dem Stabssergeanten D. Shatz unter Mißachtung der Warnschilder mit einem Auto auf das Territorium des Militär Objekts gefahren war. Bei den geheimdienstlichen Aktivitäten der US-Militärangehörigen handelt es sich um eine grobe Verletzung des Abkommens über die Militärischen Verbindungsmissionen vom 3. April 1947.

Der Geheimdienstcharakter der Aktivitäten der beiden Militärangehörigen der USA mußte auch von amerikanischer Seite zugegeben werden. Ein von der CBS ungenannter "hoher Beamter der USA" erklärte: "Das war eine Geheimdienstoperation..."

Widerrechtliche Handlungen dieser Art seitens US-amerikanischer Armeangehöriger waren auch früher vorgekommen. Der tragische Ausgang des Vorfalls vom 24. März ist bedauerlich, doch die ganze Verantwortung dafür trägt die amerikanische Seite. Die Botschaft der UdSSR in Washington hat beim Außenministerium der USA entschiedenen Protest eingelegt.

DIE HELLBLAUE AUREOLE DER ERDE IM BLICK

Der schwarze Kosmos. In ihm ein dunkler Planet. Und dazwischen ein schmaler, blauer Streifen der Atmosphäre. So zeigt sich unsere Erde, wenn man sie von der Seite betrachtet. Ein solches Foto zeigte der sowjetische Kosmonaut, Georgi Gretschko, den Teilnehmern der Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates, die Ende März in Moskau stattfand.

Ein dünnes Streifenchen Lebens. Noch nie war die ihm drohende Gefahr so gegenständlich und fest umrissen, wie jetzt. Um diesen Streifen für alle Zeiten auszulöschen, genügte bereits ein kleiner Teil der todbringenden Waffen. Schon allein die 21 MX-Raketen, deren Finanzierung Präsident Reagan mit verbissenem Einsatz vom Kongreß erheischte, würden dafür ausreichen. Und schon ganz zerbrechlich wird dieser Streifen, sollte er in den Ring der kosmischen Rüstung gepreßt werden. Dieser Gedanke zog sich durch die Reden vieler Teilnehmer der Tagung, zu der Vertreter aus 105 Ländern und 29 internationalen außerparlamentarischen Organisationen eingetroffen waren. Auf den Plenarsitzungen und in Kommissionen berieten sie Probleme der globalen Aufrüstung. Zwei dieser Probleme standen im Mittelpunkt der Diskussion: Verhinderung der Ausweitung des Weltrüstens auf den Kosmos und die Lehren des Sieges über den Faschismus für den jetzigen Antinuklearkampf.

"Sternenkriege"

keine Utopie

Alle Tagungsteilnehmer stuften die Washingtoner Pläne der Militarisierung des Weltraums einmütig als gefährlich ein. Die Meinungen teilten sich jedoch in der Frage, wie die Antikriegsbewegung dieses Problem behandeln sollte, um eine gemeinsame Aktionsgrundlage auszuarbeiten. Dabei ergaben sich unvermeidlich Fragen, die von Journalisten dann auch gestellt wurden. Sie waren im Tagungsraum, bei lebhaften Diskussionen auf den Sitzungen der Kommissionen, beim Meinungsaustausch auf den Gängen zu hören:

Lohnt es sich, die Aufmerksamkeit jetzt auf den Weltraum zu richten? Das ist doch eine Frage der Zukunft!

J. SHUKOW, Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees:

"Die USA experimentieren bereits jetzt mit dem Abfangen von Raketen. Erinnern Sie sich der Versuche der Raketenabwehrkette über dem Stillen Ozean im Juni 1984 und der Tests mit den PMALS (Prototype Miniature Air Launched System = Muster eines zielsuchenden Flugkörpers), die im Januar und

November desselben Jahres stattfanden. Zu dieser Frage äußerten sich übrigens auch kompetente Amerikaner: Max Kampelman, Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen in Genf, Zbigniew Brzezinski, Berater des ehemaligen Präsidenten J. Carters und Prof. Jastrow. Im Januarheft des "New York Times Magazine" schrieben sie: 'Diese technischen Mittel beinhalten nichts Exotisches. Nach Durchführung einiger zusätzlicher Forschungen und ingenieurtechnischer Ausarbeitungen könnten wir bereits jetzt eine Zweistufenverteidigung entfallen.'"

Diente denn der Kosmos bis jetzt nicht militärischen Zwecken?

J. RYCHLEWSKI, Professor, Vorsitzender des Komitees für kosmische Forschungen bei der Akademie der Wissenschaften (VRP):

"Neue Raumflugkörper sind wichtige Mittel der Kommunikation, Überwachung und Kontrolle. Im Grunde genommen basiert auf ihnen das bestehende Sicherheits- und Verteidigungssystem. Das ist die sogenannte nichtaggressive militärische Tätigkeit. Jedoch gab es bis jetzt im Kosmos keine Waffen und unsere Aufgabe besteht darin, diesen Zustand beizubehalten."

Wie ist der Terminus "Verteidigung" in dem Ausdruck "Strategische Verteidigungsinitiative" zu verstehen?

E. VILLASTRIGO, Koordinator der Organisation "Frauen im Kampf für den Frieden" (USA): "Genau umgekehrt. In der Dienstvorschrift der US-Luftwaffe 'Militärische Weltraumdoktrin', über die auch in unseren Massenmedien einiges berichtet wurde, wird klar und unmißverständlich gesagt, daß die Weltraumwaffen die 'Kontrolle und Überlegenheit im kosmischen Raum' gewährleisten müssen."

Worin besteht die Hauptgefahr der Reaganschen Weltraum-"Initiative"?

J. WELICHOW, Vize-Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR:

"Der amerikanische Präsident hat vorgeschlagen, eine 'sichere Welt' zu schaffen, indem man nicht abrüstet, sondern — im Gegenteil — das Weltrüsten auf neue Bereiche ausdehnt. Anders gesagt, die US-Regierung hat der Politik der Reduzierung und Vernichtung von Nuklearwaffen ihre 'Alternative' entgegengestellt. Die amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftler sind bereits zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Pläne einer kosmosbasierten, absolut undurchlässigen

Raketenabwehr illusorisch sind. Wie die Erfahrung zeigt, gibt es immer einfachere und billigere Mittel, auch die kompliziertesten 'Verteidigungssysteme' zu überwinden. Eine gefährliche Illusion also, schon allein deswegen, weil auch die nur teilweise Verwirklichung des 'Sternenkrieg'-Vorhabens zur Entstehung einer zwar weniger ehrgeizigen, dafür aber wesentlich gefährlicheren Komponente führen würde — zu den Erstschlagswaffen. Konkret ist die Rede von den sogenannten Killersatelliten..."

Was bedeutet die Verwirklichung der Pläne Washingtons für Westeuropa?

M. RACZ, Vorsitzender des Nationalkomitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (Niederlande):

"Leider haben viele Westeuropäer die Spekulationen über den 'Krieg der Sterne' aus Übersee nicht gleich ernst genommen. Ich bin der Meinung, daß dieser Ausdruck nicht zufällig gewählt wurde. Frisch in Erinnerung waren noch gleichnamige amerikanische Science-Fiction-Filme, in denen das Gute immer über das Böse siegte, und das schaffte eine Stimmung der Arglosigkeit. Wir haben es nicht mal gemerkt, wie die phantastischen, märchenähnlichen Visionen der 'Sternenkriege' so gegenständlich wurden, daß über sie in Genf verhandelt wird. Das Ergebnis ist, daß wir alle in die Rolle permanenter Geiseln Washingtons geraten sind, seit der Doppelbeschluß der NATO angenommen wurde..."

In den Debatten wurden auch ganz konkrete Vorschläge eingebracht. Die amtierende Direktorin des amerikanischen Instituts für Sicherheit und Zusammenarbeit im Weltraum, Carol Rosin, schlug vor, die Militärindustrie in friedliche Weltraumindustrie umzuwandeln, die auch mit den für "kosmische Verteidigungsprojekte" vorgesehenen Mitteln finanziert werden könnte.

Über die Hindernisse, die solchen oder ähnlichen Vorschlägen in ihrer Heimat im Wege stehen, erzählte die bereits erwähnte Landsmännin Frau Rosins, Edith Villastrigo:

"Unsere Organisation versucht, über die Lobby im Capitol Senatoren und Kongreßabgeordnete zu beeinflussen, damit sie gegen die Rüstungsprogramme stimmen. Dabei gibt es auch Erfolge. Aber in letzter Zeit hat Reagan eine beispiellose Offensive gegen die Gesetzgeber in Gang gesetzt. Hier ein Beispiel: Ich bin aus Maryland, 'mein' Senator heißt Charles Mathias. Ich habe mit ihm das Problem der MX nicht einmal diskutiert, und er wollte gegen die MX stimmen. Am Vormittag des

Abstimmungstages wurde er vom Präsidenten persönlich zu Frühstück geladen. Anschließend brachte ihn der Präsident in seiner eigenen Limousine geradewegs zur Abstimmung... Vielen Senatoren steht 1986 die Wiederwahl bevor. Da wird dann auch der Erpressungshebel angesetzt ...

Die Lehren von gestern für morgen

Washington zeigt eine wahre Besessenheit beim Aufbau seiner strategischen Triade und entwirft gleichzeitig Projekte ihrer "kosmischen Fortsetzung". In der amerikanischen Regierung hat die Geschichte einen schlechten Schüler. Erinnern wir uns, wie sie vor 40 Jahren der Welt eine Waffe bescherte, die an Schlagkraft alles bisherige weit übertraf. Die Menschheit stand vor der Frage: Wie weiterleben in diesem neuen Atomzeitalter? Die Sowjetunion gab bereits 1946 die Antwort, indem sie den Vorschlag des völligen und unbefristeten Verbots dieser Waffe einbrachte. Washington aber, das damals Hoffnung auf das Atommonopol hegte, war gegen diesen Vorschlag. Heute versuchen die Routiniers im Pentagon, den kosmischen Tod über jeden einzelnen Bürger der Erde zu hängen. Und das bedeutet kosmisches Wettrüsten.

Das Wettrüsten aber, so erklärte der Abgeordnete des britischen Parlaments von der Labour Party, J. Lamond, hat noch nie einen Krieg verhindert, sondern im Gegenteil — letzten Endes zum Krieg geführt. Er erinnerte an eine weitere Lehre aus der Geschichte, an die Rolle antisowjetischer, antikommunistischer Hysterie bei der Vorbereitung zum zweiten Weltkrieg. "Gegenwärtig", unterstrich J. Lamond, "geschieht leider etwas Vergleichbares, und die Friedensbewegung muß dagegen kämpfen."

Die Redner machten darauf aufmerksam, daß im Westen, unter den Bedingungen der gewachsenen antisowjetischen Hetze, Stimmen laut werden, die eine Revision des Status quo in Europa verlangen. Die Revanchisten aktivieren sich wieder, Milliarden werden ins militaristische Feuer geschleudert und gleichzeitig der Versuch unternommen, die Sowjetunion für das Wettrüsten verantwortlich zu machen. Es wird versucht, den Geist des kalten Krieges in die Friedensbewegung hineinzutragen, sie zu spalten und letzten Endes gegen die UdSSR zu lenken.

Das alles gab es schon. Und dann brach der Krieg aus. Ein furchtbarer, erbarmungsloser Krieg, dessen Hauptlast das sowjetische Volk zu tragen hatte. Die Tagungsteilnehmer riefen auf, über die Vergangenheit nachzusinnen, die Gegenwart zu erfassen und die Zukunft näherzubringen, eine Zukunft, die weder ergebundene noch "Sternenkriege" kennen würde. Die Zukunft liegt in der hellblauen Aureole des Lebens, die so sehr ins Auge fällt, betrachtet man die Erde von der Seite.

G. SIDOROWA

UVR

Arbeitsatmosphäre, hohes Verantwortungsbewusstsein und Prinzipientreue kennzeichneten den XIII. Parteitag der USAP in Budapest

FORUM DER UNGARISCHEN KOMMUNISTEN

Dieser von Realismus und kämpferischer Atmosphäre durchdrungene Parteitag war nicht nur für Ungarn, sondern auch für die sozialistischen Bruderländer und die weltweite kommunistische Bewegung von Bedeutung. In seinem Vordergrund standen die Ergebnisse der sozialökonomischen Entwicklung der Republik seit dem vorangegangenen Parteitag sowie deren zukünftige Aufgaben.

Dieser Parteitag fand kurz vor dem 40. Jahrestag der Befreiung Ungarns vom Faschismus statt. Der 4. April wird als Nationalfeiertag, als Fest der ungarisch-sowjetischen Freundschaft begangen. Schon 40 Jahre leisten die Völker der sozialistischen Gemeinschaft ihre großartige Aufbauarbeit. Auf dem Parteitag legten die Delegierten über die Leistungen des ungarischen Volkes in Wirtschaft und Kultur Rechenschaft ab. Daß Ungarn in der Zeit des sozialistischen Aufbaus zu einem Industrieland mit einer entwickelten Landwirtschaft und hochqualifizierten Wissenschaftlern wurde, ist das Ergebnis der aufopferungsvollen Arbeit des ganzen Volkes sowie der Führungsrolle der Partei in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Einige Resultate

Die seit dem letzten Parteitag der USAP vergangenen Jahre waren angesichts der verschlechterten politischen Weltlage nicht leicht. Die Wirtschaftspolitik von Partei und Staat zielte in den letzten Jahren vor allem auf die Neutralisierung der negativen Auswirkungen der äußeren Bedingungen auf die Volkswirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung ab. Dadurch gelang es, ein relativ hohes Tempo der Produktions- und Investitionssteigerung sowie der Hebung des Lebensstandards beizubehalten. Dennoch überstiegen die Ausgaben wesentlich die Einnahmen des Staatshaushalts, was letztlich zur Störung der Außenwirtschaftsbilanz und zur Verschuldung der UVR führte. In diesem schwierigen Zeitraum gelang es der USAP in

Ausübung ihrer Rolle als führende und lenkende Kraft, stets feinfühlig auf entstehende Schwierigkeiten zu reagieren. Die Zeit bestätigte die Richtigkeit der 1979 eingeleiteten Wirtschaftspolitik, in der es hauptsächlich um die Verbesserung der Außenwirtschaftsbilanz und um die Bewahrung des bereits erreichten Lebensstandards der Bevölkerung ging. Diesen Zielen galten die Vorschläge zum weiteren Wirtschaftswachstum und zur Verwendung des Nationaleinkommens auf dem Binnenmarkt.

Der XIII. Parteitag der USAP betonte, die Wirtschaft der UVR entwickle sich nach den sozialistischen Prinzipien der Planwirtschaft. Ihre Erfolge sind beachtlich. In einigen wichtigen Bereichen konnte die Wirtschaftsbilanz nicht nur gewahrt, sondern auch verbessert werden. Die Industrieproduktion stieg in den letzten 4 Jahren um 10%, das Nationaleinkommen um 8,5%. Die Werktätigen der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie lösen die von der Partei gestellten Aufgaben erfolgreich. In den ersten vier Jahren des laufenden Planjahrhüfts stieg die Agrarproduktion um 12–13%. Rasch steigerten sich die Ernteerträge bei Getreidekulturen, die durchschnittliche Weizenerte/betrug 54 dt/ha, womit sie den Stand der Länder mit den besten Ergebnissen in diesem Bereich erreichte. Große Erfolge erzielten die Werktätigen der Republik in der Viehzucht. In der Prokopfproduktion von Fleisch belegt das Land den 5.–6. Platz in der Welt.

Diese Leistungen wären, wie die Delegierten feststellten, ohne den Ausbau der allseitigen Kontakte zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, mit denen Ungarn gemeinsame Ziele, Interessen und Standpunkte hat, unmöglich gewesen. Die Hälfte des gesamten Außenhandelsumsatzes Ungarns entfällt auf die RGW-Mitgliedsländer.

Ungarns größter Wirtschaftspartner mit rund einem Drittel des gesamten Außenhandelsumsatzes ist die Sowjetunion. Von dorthier bezieht

"NEUE ZEIT" 15.85



die UVR die zur technischen Erneuerung der Volkswirtschaft erforderlichen Maschinen und Ausrüstungen sowie Energieträger, Roh- und Werkstoffe. Die UdSSR ihrerseits ist der bedeutendste Absatzmarkt für die ungarischen Erzeugnisse. Auch in Zukunft werde Ungarn, wie auf dem XIII. Parteitag gesagt wurde, unter Nutzung der Möglichkeiten der Spezialisierung und vor allem der Kooperation in der Produktion die Effektivität dieser Zusammenarbeit erhöhen. Wie auch die anderen regierenden marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder steuert die USAP den konsequenten Übergang der Volkswirtschaft zur intensiven Entwicklung an. Die geeinten Anstrengungen und Ressourcen, die weitere Vertiefung der sozialistischen Integration, die Realisierung gemeinsamer langfristiger Programme, die strategischen Entscheidungen des Wirtschaftsgipfels der RGW-Länder in Moskau gestatten den Bruderstaaten die beschleunigte Entwicklung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens.

Partei und Gesellschaft

Geleitet von den Ideen des Marxismus-Leninismus und als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller Werktätigen hat die USAP das tiefe Vertrauen des Volkes gewonnen und ist zur führenden Kraft der Gesellschaft geworden. Die Partei hat heute über 870 000 Mitglieder, fast 60 000 mehr als zur Zeit des XII. Parteitags. Die Hauptvoraussetzung für das erfolgreiche Wirken der Partei sei die ständige Verteidigung und Stärkung ihrer ideologisch-politischen und organisatorischen Einheit, wurde auf dem Parteitag festgestellt.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der ungarischen Gesellschaft bezeichnete der Parteitag die Festigung der Führungsrolle der Partei in allen Bereichen des ideologischen und gesellschaftlichen Lebens. In diesem Zusammenhang beantragte das ZK

der USAP auf dem Parteitag Veränderungen am Parteistatut, die nicht die Grundsätze des organisatorischen Lebens berühren, sondern auf erhöhte Anforderungen an die Parteimitglieder und die Festigung des gesellschaftlichen Charakters der Parteiarbeit gerichtet sind.

Fragen der Außenpolitik

Die gesamte internationale Tätigkeit der USAP gilt, wie es auf dem Parteitag hieß, der Konsolidierung des sozialistischen Charakters der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Lösung der sozialistischen Aufgaben. Die kommunistischen und Arbeiterparteien berücksichtigen die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus und die heutigen Erfahrungen in Bezug auf die konkreten Bedingungen der jeweiligen Länder. Sie bemühen sich, entsprechende Formen zur Hebung der Effektivität der Wirtschaft sowie zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie zu finden.

Auf dem Parteitag wurde darauf verwiesen, daß die Feinde Ungarns im weltweiten ideologischen Kampf jede Möglichkeit nutzen, um das Ansehen der sozialistischen Länder zu untergraben, die Solidarität der werktätigen Massen der Welt mit den sozialistischen Ländern und dem Glauben an die Möglichkeit des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung zu schwächen. Sie wollen die Geschlossenheit der sozialistischen Bruderländer brechen, indem sie die Unterschiede in den nationalen Besonderheiten des sozialistischen Aufbaus übertreiben und als grundsätzliche Verschiedenheiten hinstellen. Ungarn weicht dem ideologischen Kampf niemals aus. Die kommunistischen Parteien sind sich stets bewußt gewesen, daß die Auseinandersetzung der Ideologien im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt unausbleiblich ist. Die ungarischen Kommunisten sind stets dafür eingetreten, daß dieser Kampf auf die Ideologie beschränkt bleibt und mit Argumenten und Fakten ausgetragen wird, nicht aber die friedliche Koexistenz der Länder unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und die normalen zwischenstaatlichen Beziehungen störe.

Die Länder der Gemeinschaft wollen natürlich auch die geschäftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten auf gegenseitig vorteilhafter Grundlage entwickeln. Dabei werden diese Beziehungen jedoch so gestaltet, daß sie es den imperialistischen Kräften nicht gestatten, ökonomische

Hebel als politische Druckmittel und zur Einmischung in die Angelegenheiten der souveränen sozialistischen Staaten zu benutzen.

Die Parteitagsdelegierten billigten einmütig die außenpolitische Tätigkeit der USAP, die gemeinsam mit den anderen Bruderparteien konsequent den Frieden verteidigt, und bekundeten ihre Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, zur Leninschen Politik der Völkerfreundschaft.

Die Außenpolitik Ungarns wird davon bestimmt, daß das Land ein fester und zuverlässiger Bestandteil der Gemeinschaft der Brudervölker, ein konsequenter Verfechter der friedlichen Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung ist, betonte der Parteitag. Die UVR wird auch künftig alles unternehmen, die Friedensinitiativen der UdSSR auf das entschiedenste zu unterstützen.

Zu der hohen Bewertung der sowjetisch-ungarischen Beziehungen durch die Parteitagsdelegierten sagte der Delegationschef der sowjetischen Kommunisten Grigori Romanow, diese Beziehungen nähmen nicht nur eine ständig aufsteigende Entwicklung, sondern zeigten auch immer spürbarere Resultate in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Der Kampf für den Frieden, für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung, vor allem nukleare, für die Verhütung der Militarisierung des Weltraums ist Sache aller Werktätigen, aller Völker Europas und der Welt, wurde auf dem Parteitag der USAP betont. Entscheidende Bedeutung besitzen deshalb die Wahrung und Stärkung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung, die Festigung der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den sozialistischen Ländern und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen und allen fortschrittlichen Kräften.

"Unsere Partei ist eine internationalistische Partei", erklärte der Generalsekretär der USAP, Janos Kadar. "Nicht zufällig haben an unserem Parteitag Delegationen von kommunistischen, Arbeiter-, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aus vielen Ländern teilgenommen. Sie zeigten Interesse an unseren Angelegenheiten und Sorgen und wünschten uns Erfolg. Unsere Freunde können gewiß sein, daß die ungarischen Kommunisten, geleitet vom zuverlässigen Kompaß des Marxismus-Leninismus, dem gestellten Ziel, dem Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, entgegenstreben." A. SMIRNOW

WIE RÜSTET MAN ZUM „KREUZZUG“?

Alexander BARYSCHEW

Die von der Reagan-Administration aufgezogene Kampagne gegen Nikaragua hat eine neue Eskalationsstufe erreicht. Das State Department und das Pentagon haben einen 45 Seiten starken gemeinsamen Bericht veröffentlicht. Er heißt "So-wjetisch-kubanische Verbindungen in Mittelamerika und der Karibik", und eines der wichtigsten Kapitel handelt von Nikaragua. Die Sandinisten sind für Washington die größten Ruhestörer Mittelamerikas.

Solche Publikationen werden von mündlichen Stellungnahmen amtlicher Vertreter auf allen Ebenen großzügig ergänzt. Sie wetzeln miteinander in der Wiederholung der Erdichtungen über Nikaragua. Mehr noch, der US-Vertreter im Ständigen Rat der Organisation der Amerikanischen Staaten, Middelndorf, erklärte Ende März, die USA würden "die OAS um direkte Aktionen gegen Nikaragua angehen".

Worauf ist der gegenwärtige hysterische Rummel zurückzuführen, wovon lassen sich seine Inspiratoren leiten?

Es gibt nur noch wenig Menschen in den USA, auch auf dem Kapitol, die glauben, das Ziel der langjährigen Bevormundung der Konterrevolutionäre in Honduras bestehe darin, den "Waffenstrom" aus Nikaragua nach El Salvador — für die Partisanen, wie Beamte des Weißen Hauses und des State Department zu wissen vorgeben, — "abzusperren".

Bisher liegt kein einziger Beweis für eine solche Erdichtung vor. Unzählige Beweise aber zeugen davon, daß die Contras (für Washington "die Freiheitskämpfer") zivile Objekte in Nikaragua vernichten und zivile Einwohner morden. Die USA machen auch kein Hehl daraus, daß sie die sandinistische Regierung stürzen wollen. Nach Middelndorfs Erklärung zu urteilen, kommen das amtliche Washington und die von ihm großgepöppelten Banditen hier einander sehr nahe. Indessen heißt es in einer von Senator Symms eingebrachten und 1982 verabschiedeten Sondernovelle, daß die USA "fest entschlossen sind, ... mit beliebigen Mitteln, die erforderlich sein könnten, darunter mit Waffen, die Ausdehnung des marxistisch-leninistischen Regimes in Kuba ... auf einen anderen Teil dieser Hemisphäre zu verhindern". Die US-Journalistin Elizabeth Reimann schrieb in ihrem in Mexiko herausgegebenen Buch: "Die Symms-Novelle verleiht der Administration, die ohnehin manisch unduldsam, arrogant und gegen alle politische Entscheidungen ist, eine noch größere Aggressivität und läßt ein Hintertürchen für ein Interventionsabenteuer in Mittelamerika und der Karibik offen."

Um nun dem Tür und Tor aufzumachen, steigert Washington den antinikaraguanischen Rummel noch mehr und erklärt unverhohlen, die nikaraguanische Regierung passe ihm nicht und sei deshalb zu beseitigen.

Auf welche Art? Vorläufig wird davon nicht offen gesprochen. Aber ein Plan zeichnet sich immer deutlicher ab: durch beinahe tägliche Propagandaaktionen die Amerikaner auf einen direkten Überfall von US-Truppen auf Nikaragua vorzubereiten und an den Gedanken zu gewöhnen, daß sie auf nikaraguanischem Boden werden kämpfen und "den um ihre Freiheit ringenden Brüdern in Nikaragua helfen müssen".

Bei der noch rücksichtsloseren Propagandakampagne des Weißen Hauses um die im Kongreß bevorstehende Abstimmung über Mittel für den Unterhalt und die Bewaffnung von Contras handelt es sich um zusätzlich 14 Mio Dollar, aber

nicht nur und nicht so sehr darum. Erstens sind 14 Mio für die USA kein besonders hoher Betrag. Zweitens haben die Contras auch ohne dieses Geld keine Schwierigkeiten und sind mit allem, was sie brauchen, wohlversorgt. Wohltäter in Israel und den USA selbst (Leiter geheimer CIA-Fonds, private "Spender") sind jederzeit bereit, den Bedarf der Contras zu decken. Drittens ist den Somozistas sowieso, mit diesen Millionen oder ohne sie, nur eine Hilfsrolle zuge-dacht.

Doch wissen die Generale im Pentagon natürlich: Man kann die nikaraguanischen Konterrevolutionäre noch so gut bewaffnen und die Streitkräfte der US-Satelliten in Mittelamerika für eine Aggression gegen Nikaragua noch so gut ausbilden, Verlaß ist weder auf die einen noch auf die anderen. Die Söldner von El Salvador und Guatemala, die immer mehr von den Partisanen zurückgedrängt werden, haben ihre eigenen Sorgen. Und Honduras allein ist nicht sehr zuverlässig. So bleibt das letzte Mittel, eine direkte US-Intervention. Daß das anvisiert wird, beweisen die amerikanisch-honduranischen Manöver, die in dem an Nikaragua grenzenden Honduras fortwährend durchgeführt werden.

Selbst als militärischer Laie kann man verstehen: Bei fast allen diesen Operationen werden künftige Kampfhandlungen auf nikaraguanischem Boden geübt. So verlautele vor kurzem, im Hafen San Lorenzo, der in der Fonseca-Bai an der honduranischen Pazifikküste nur 50 km von der nikaraguanischen Grenze entfernt liegt, sind amerikanische Transportschiffe mit Panzern und Schützenpanzerwagen an Bord eingelaufen.

Wie ein Blick auf die Karte lehrt, besteht wohl die Absicht, durch einen Schlag aus dem Nordwesten, der mit dieser gepanzerten Faust geführt werden soll, eine Offensive aus dem Osten, von der karibischen Küste Nikaraguas, zu unterstützen. Hier, im dschungelbewachsenen, dünnbesiedelten Departement Zelaya, ist die Landung großer Truppen geplant, die ein weites Gebiet besetzen und nach Vereinigung mit den Einheiten aus dem Nordwesten es vom ganzen Lande abschneiden sollen. Die Besetzung der Küste des Departements Zelaya soll beim Manöver "Universal Trek" in einem Gebiet von Honduras, das einen Zutritt zur Karibischen See hat und dessen Gelände dem von Zelaya ähnelt, geübt werden.

Vieles spricht für die Annahme, daß sich die Operation weiter nach einem Dreh-



buch entfaltet soll, das unlängst in der kostarikanischen Hauptstadt San Jose vorbereitet wurde. Dort wurde unter CIA-Aufsicht eine "nikaraguanische demokratische Opposition" aus 9 konterrevolutionären Gruppierungen formiert. Sie soll die Grundlage hergeben für die Bildung einer Marionettenregierung aus ehemaligen Somozistas und sonstigen lichtscheuen Elementen. In Washington wird man die Regierung prompt als "legitim" anerkennen, die diplomatischen Beziehungen zur gegenwärtigen Regierung Nikaraguas dagegen sofort abbrechen. Das haben amtliche Sprecher des Weißen Hauses schon bekanntgegeben. Dann wird man der neuen Regierung zu Hilfe eilen, selbstverständlich "auf deren Ersuchen". Das sind keine bloßen Hypothesen. Vizeadmiral a. D. Larocque, Direktor der Militärischen Informationszentrale, schrieb schon im November 1984 in der "New York Times": "Alles fertig. Pläne ausgearbeitet. Truppen ausgebildet. In den zwei Jahren Ausbildung in Mittelamerika haben sie Nikaraguas Gelände und Hoheitsgewässer gut erforscht. Dank der materiell-technischen Versorgung von 7 Flugplätzen aus, die die USA im Norden von Honduras angelegt haben, könnten die USA-Truppen relativ leicht mit Treibstoff, Nahrungsmitteln und Waffen versorgt werden."

Während US-Diplomaten sich in von Friedensliebe triefenden Phrasen üben, errechneten Militärexperten minutiös, daß für den Erfolg der Intervention, deren Kosten sie mit 2,608 Md. Dollar veranschlagen (plus 1,938 Md. Dollar für die Unterstützung der Invasionsarmee und den Unterhalt der Okkupationstruppen), etwa 100 000 Mann nötig sind. Festgelegt sind die Kriegsdauer (etwa 5 Jahre), die Verluste an Toten und Verwundeten, an Kampfflugzeugen und sonstiger Kriegstechnik.

Allerdings hat es nicht den Anschein, als würden die Schlüsse, die die Autoren solcher Studien ziehen, jene begeistern, die sich Pläne militärischer Abenteuer gegen Nikaragua aushecken. Ein solches Vorgehen würde, erklären sie warnend, "auf einen schweren Weg führen, der gleichermaßen schwer zu verlassen und ebenso schwer bis zu Ende zu gehen ist". Man darf nicht vergessen, daß ein Kämpfer, der um seine Heimat ringt, kein Intervent ist und eine durch das Bewußtsein verzehnfachte Kraft hat, daß er für eine gerechte Sache kämpft und daß die gesamte fortschrittliche Menschheit mit ihm solidarisch ist. Werden die Personen, die jetzt die Politik der USA bestimmen, das verstehen? Die nächste Zukunft wird das wohl lehren.

NZ

STANDPUNKT

GLOBALER PRÄZEDENZFALL?

Wenn es darum geht, zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist, beweisen die Washingtoner Politiker eine wahrhaft ausufernde Phantasie. Für die Vorbereitung der Invasion in Nikaragua hält man nicht nur Truppen bereit, auch den Vorwand hat man schon. Will man einem Ende März von der Kanzlei des Pressesekretärs des Weißen Hauses verbreiteten Text glauben, existiert ein "Plan der Russen" für Mittelamerika. So ist das, kapiert! Und was planen die Roten da?

Einerseits, die "Demokratie in Kostarika, Honduras, El Salvador, Guatemala und Panama zu zerstören". Andererseits "Mittelamerika in ein sowjetisches Aufmarschgebiet für eine Aggression zu verwandeln". Ja, da muß das Weiße Haus doch einfach Alarm schlagen, zum Sammeln blasen und alles zusammenkratzen, was die "Aggression" abwehren könnte: Von den Verteidigern der Demokratie in El Salvador und Guatemala bis zu den NATO-Partnern, die damit geschockt werden, daß der sowjetische Plan für Mittelamerika nicht nur diese Region bedrohe, sondern "darauf abzielt, für uns lebenswichtige Seewege zu blockieren und unsere Bündnisverpflichtungen gegenüber unseren europäischen Partnern zu paralisieren".

Man würde die Sache zu gern ironisch nehmen. Die guatemaltekeische "Demokratie" und auch die Hinterhältigkeit der überall herumschwirrenden "Russen". Aber die Dinge sind zu ernst, um sie zu belächeln. Wenn nämlich die "Russen" so weit ausholen, dann muß die entsprechende Antwort erfolgen — das ist der Sinn der Behauptungen des US-Präsidenten, die sein Pressedienst unter die Leute gebracht hat. Selbstverständlich verfolgen diese von so hoher Stelle ausgesprochenen Ungereimtheiten einen äußerst konkreten und äußerst gefährlichen Zweck. Das beweisen die Tatsachen. Tatsachen und nicht Märchen, wie sie an Washingtoner Kaminen erzählt werden.

Erinnern wir vor allem daran, daß bereits vor einigen Monaten nicht in irgendjemandes Oberstübchen, sondern in Washingtoner Amtsstuben eine Doktrin entstand, der zufolge die USA unter dem Vorwand "Bekämpfung des Terrorismus" sich das Recht nehmen, jeglichem Land "Schläge" zu versetzen. Zwar wurde nicht präzisiert, wer solche "Schläge" austeilen soll und womit, sondern lediglich klargestellt, daß sie als "Gegenmaßnahmen", also als Repressalien für die "Begünstigung von Terroristen" erfolgen können. Es können aber auch "Präventivmaßnahmen" sein, die schon von nichts mehr außer leerem Gerede motiviert wären. Die Willkür ist unverkennbar, ja sogar demonstrativ vorgezeigt. Seht her, so sind wir — internationale Gesetze gelten nicht für uns, wir machen uns unsere Gesetze selber und agieren als die Manager der Menschheitsgeschichte. An uns liegt es, zu begnadigen oder zu strafen.

Dabei hat man auch die entferntesten Gegenden wie beispielsweise den Nahen und Mittleren Osten im Auge, für den die Doktrin in erster Linie erfunden wurde. Daß sie nicht reines Papier bleiben soll, verdeutlichte erst Ende März der Sicherheitsberater des Präsidenten mit der Erklärung, Washington müsse bereit sein, im Nahen Osten militärisch gegen Terroristen vorzugehen, wobei unter Terroristen bekanntlich wer auch immer verstanden wird. Auch die in der jüngsten Zeit abgehaltenen verdächtigen Manöver der US-Flotte vor den nächstlichen Küsten sind ja kein Geheimnis.

Das sind die Tatsachen, die wohl durchaus besagen, daß die Nahostpolitik Washingtons nach wie vor eine reale Bedrohung der "lebenswichtigen Seewege" darstellt — wichtig für viele Länder, nicht zuletzt für die UdSSR. Und wer schafft das "Aufmarschgebiet für eine Aggression"? Denken wir daran: Der Nahe Osten liegt wesentlich näher vor der Haustür der Sowjetunion als Mittelamerika vor der der USA. Dennoch kommen aus dem Weißen Haus Äußerungen über ein "militärisches Vorgehen" auch in der Nahostregion.

Die USA wollen also gleich an zwei Fronten gegen die Befreiungskräfte der Entwicklungswelt kämpfen? Eine solche Entscheidung dürfte wohl kaum von Computern empfohlen worden sein. Die Nähe, das Bestehen unzähliger Stützpunkte und andere praktische Faktoren diktieren ihnen die Wahl "zugunsten" Mittelamerikas. Doch die dort geplante Intervention ist als Präzedenzfall gedacht, der sich auch im Nahen Osten und in anderen Regionen der unruhigen dritten Welt wiederholen ließe. Einfach ausgedrückt, die Milliarden Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika sollen eingeschüchtert werden. Das käme billiger, als wenn man ihnen erlaubte, sich von Ausbeutung und Elend zu befreien. Nur haben die Computer der US-Politiker wie auch deren Hirne noch nie die Widerstandskraft des Volkes richtig berechnen können. Damit wurden sie zur Zeit des Vietnam-Kriegs nicht fertig, und sie scheinen es auch jetzt nicht gelernt zu haben.

Dmitri WOLSKI

GRÜNDE FÜR BEDENKEN

Richard Perle, Berater des US-Verteidigungsministers, hat den Chef des britischen Foreign Office, Geoffrey Howe, öffentlich heruntergeputzt. Ein beispielloser Fall, wie die britische Seite meint. Dennoch wollte man ihn nicht zu einem Skandal ausweiten. Ein Sprecher der US-Botschaft verweigerte die Bestätigung, daß Perles Rede während seines London-Besuchs von Washington sanktioniert worden sei. Das britische Außenministerium weigerte sich, sie als offiziell zu betrachten.

Die Geschichte fand jedoch ihre Fortsetzung. Der US-Botschafter traf mit Howe zusammen — diesmal nun bestimmt schon mit Sanktion Washingtons und nicht nur, um eine verspätete Wertschuldigung an den Mann zu bringen. Laut offizieller Mitteilung wurde die kürzliche Rede des britischen Außenministers im Königlichen Institut für Verteidigungsstudien über die Folgen der Reaganschen "SDI" diskutiert, die die bewußt grobe Demarche Perles ausgelöst hatte. Howe selbst kehrte nach seiner Begegnung mit dem Botschafter zu einer offizielleren Haltung zurück, wozu er eine im voraus geplante Ansprache in Paris und danach Interviews mit zwei bundesdeutschen Blättern benutzte.

Darf man den Zwischenfall als beigelegt betrachten? Wohl kaum.

Dringlichkeit "politischer Lösungen"

Die von London deutlich formulierte Mißstimmung läßt sich nicht als zeitweilig betrachten. Die Befürchtungen sind zu ernsthaft, um sie selbst im Namen der atlantischen Solidarität von der Hand zu weisen, zu der sich Geoffrey Howe in Paris so demonstrativ bekannte. Bemüht, den Grund für das offene Aufblenden der Differenzen zu definieren, äußert die Londoner "Times": "Das Kredo von Premier Thatcher bestand darin, die nach außen hin gezeigte Unterstützung (des Reaganschen Plans der "Sternenkriege") mit einer privaten Warnung zu verbinden". Auch die Rede Howes zeigte Beunruhigung darüber, daß die "Einwände Großbritanniens unbeachtet bleiben". Der Direktor des Königlichen Instituts für Internationale Beziehungen wurde noch deutlicher: "Das Programm der 'Sternenkriege' ist das Problem, das zwischen den NATO-Mitgliedern die stärksten Differenzen in der gesamten Geschichte des Bündnisses verursachen kann."

In seiner Rede legte der britische Minister zum ersten Mal ausführlich — und öffentlich — die Gründe für diese Meinungsverschiedenheiten dar. Schon ihre Aufzählung bedeutet eine militärpoli-

tische Wertung des Programms und seiner Folgen für die ganze Menschheit.

Der Minister gibt zu, daß das Programm "von einer Konzeption ausgeht, die sich letztlich als unrealisierbar erweisen kann", sieht aber darin keinen Grund zum Wohlwollen: "Die Forschungen können ihre eigene unaufhaltsame Triebkraft entwickeln". Deshalb "muß man sich versehen, damit die Entwicklung von Technik und Technologie nicht den politischen Lösungen vauseilt".

Das ist nicht einfach Vorsicht. Die moderne Geschichte kennt nicht wenige Beispiele, bei denen die "Notwendigkeit" und "Zweckmäßigkeit" der einen oder anderen Waffe im nachhinein erläutert wurden — in jenem Augenblick, da sie den Weg aus den Forschungszentren in die Fabrihallen antreten sollte. (US-Außenminister Kissinger hatte seinerzeit versichert, man solle die MX-Rakete doch nicht zu ernst nehmen, weil sie lediglich ein Trumpf bei den Verhandlungen sei.) Gemäß dieser Praxis weist die amerikanische Seite die Einwände gegen die "SDI" und ihre Diskussion mit der Begründung zurück, in der gegenwärtigen Phase sei sie noch nicht aus dem Stadium der Forschungen heraus.

Dabei wird — sehr bewußt — ignoriert, daß es sich nicht um wissenschaftliche Arbeit überhaupt handelt. Die Bemühungen der Wissenschaftler, nicht selten der besten Köpfe des Landes, und riesige Summen werden zur Lösung ganz bestimmter Aufgaben eingesetzt, wobei der Erfolg einer neuen Runde des Wetrüstens — der teuersten und gefährlichsten — gleichkommt. Daher auch die Dringlichkeit "politischer Lösungen".

Die Zeit drängt tatsächlich, da für Washington die Frage bereits entschieden ist. "Ich schließe die Möglichkeit eines Verzichts auf die strategische Verteidigung entweder in der Phase der Forschungen oder, wenn das realistisch erscheint, in der Phase der Aufstellung aus", sagt US-Verteidigungsminister Casper Weinberger.

Hier sollte man daran erinnern, daß laut einer während des Thatcher-Besuchs in den USA getroffenen Vereinbarung die Frage der Aufstellung von Raketenabwehrsystemen (nach der Phase der Forschungen) der Diskussion bei Verhandlungen zwischen den NATO-Partnern unterliegt. Die Erklärung Weinbergers ignoriert diese Vereinbarung und läßt sie zu einer bloßen Formalität werden.

Von der wahren Einstellung der USA zu derartigen Verpflichtungen zeugen übrigens die Pläne für die Aufstellung von Kernwaffen in Kanada, Island, Puerto Rico und anderen Ländern, die nicht nur ohne das Einverständnis der Regierungen, sondern auch ohne ihr Wissen beschlossen wurden (genauso wie das Programm

der "Sternenkriege" ohne jegliche Konsultation mit den Verbündeten bekanntgegeben wurde). Deshalb ist zu vermuten, daß der Nachdruck, der auf die Forschungen zu diesem Programm gelegt wird, die Aufmerksamkeit von dessen Charakter ablenken und die Öffentlichkeit allmählich an den Gedanken gewöhnen soll, eine neue Runde des Wetrüstens sei unumgänglich.

Das Ausmaß des Risikos

Das Fehlen "politischer Lösungen" in der jetzigen Phase bedeutet freie Fahrt für ein höchst gefährliches Vorhaben.

Für den Fall seiner Realisierung in wissenschaftlich-technischer Hinsicht, sagt Howe, entstehe ein Risiko, das eine "radikale Veränderung der gegenwärtigen Sicherheitsgrundsätze" nach sich ziehen könnte. "Läßt sich ein verstärkter Akzent auf die aktive Verteidigung setzen, ohne daß eine gefährliche Unsicherheit ausgelöst wird?" fragt er und erinnert daran, daß Ronald Reagan in seiner "Sternenrede" im März 1983 selbst eingestanden hat, die Verbindung von Defensiv- und Offensivsystemen sei "als Begünstigung einer aggressiven Politik zu betrachten".

Bislang gewährleisteten die "Abschreckungsmittel" das ungefähre Gleichgewicht der Nuklearwaffen, was bei einer Aggression unbedingte Vergeltung bedeutete. Der Gedanke an einen "Weltraumschild" entstand im Bestreben, dieses Gleichgewicht zu stören. Daher das Risiko, dessen Folgen die ganze Menschheit betreffen.

Da es die Illusion der Unverwundbarkeit vermittelt, ist der "Weltraumschild" vor allem ein starker Anreiz für einen Erstschat und daher für die Entfesselung eines Nuklearkriegs.

Zweitens lehrt die Geschichte, daß jede Aktion ihre Gegenaktion findet. Das aber bedeutet eine weitere Aufstockung der nuklearen Offensivwaffen in der Welt zusätzlich zu den bereits bestehenden riesigen Arsenalen.

In seinem Star-war-speech hatte Ronald Reagan verkündet, die Weltraumverteidigung ersetze Offensivwaffen. Diese Behauptung wird heute weitgehend zur propagandistischen Beeinflussung der Bevölkerung benutzt. Sie enthält jedoch kein Gran Wahrheit, und das Beispiel der USA selbst bestätigt das. Das Ringen im Kongreß um die Bewilligungen für die neuen MX-Raketen endete mit einer Niederlage ihrer Gegner. Die USA also beschleunigen die Entwicklung einer hochmodernen Offensivwaffe von hoher Zerstörungskraft. Zählen wir dazu noch die D-5-Raketen für die Trident-U-Boote, die den wichtigsten Mangel der seegestützten Nuklearwaffen, die geringe Treffsicherheit, ausgleichen sollen. Und vergessen wir auch nicht die B-1- und Stealth-Bomber.

Außerdem aber werden schließlich noch Marschflugkörper, taktische Kern- und andere Waffen gebaut, die der

"Weltraumschild" selbst in den kühnsten Träumen seiner Verfechter nicht abzuwehren vermag. Das ist ein weiterer Kanal zur Fortsetzung des Rüstungswettlaufs, und die "SDI" kann ihn lediglich antreiben, nicht aber bremsen.

Doch das ist noch nicht alles. Wie sich dem Londoner "Observer" vor kurzem entnehmen ließ, beschäftigt sich das Amt für ballistische Raketen auf dem Luftwaffenstützpunkt Norton in Kalifornien mit dem Top-Secret-Programm der Entwicklung von Waffen, die die Raketenabwehr unterlaufen sollen und das noch gar nicht geschaffene System damit schon veralten lassen.

"Man muß ... die Folgen im Hinblick auf die Rüstungskontrolle genau abwägen", sagt Howe. "Führt nicht die Aussicht der Entwicklung neuer Defensivwaffen zur weiteren Hebung des Stands der nuklearen Offensivwaffen, die sie niederhalten sollen?" Eine berechtigte, jedoch rhetorische Frage. Wie wir sahen, wurde sie von der amerikanischen Seite bereits beantwortet, die glaubt, der Weg zur Abrüstung müsse über die Hochrüstung führen.

Der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972, der von Howe als "Eckpfeiler in dem bislang noch schwankenden Gebäude der Sicherheit" bezeichnet wurde, soll die Möglichkeiten der Ausdehnung des Wetrüstens auf neue Bereiche unterbinden. Heute wird dieser Vertrag bereits unter die Opfer der "Verteidigungsinitiative Präsident Reagans" eingereiht, was in den USA ohne jede Scham geschieht.

Nicht zufällig besteht deshalb die sowjetische Seite von Anfang an auf der Prüfung der Wechselbeziehung zwischen der Weltraum- und der Nuklearrüstung (sowohl strategischen als auch Mittelstreckenwaffen). Der britische Minister betont diese "untrennbare Verbindung" ebenfalls. Die Entwicklung bestätigt die Notwendigkeit dieser Einstellung nicht nur, sie besagt, daß der Verzicht auf diese Vereinbarung oder ihre Nichteinhaltung de facto (auch derartige Intentionen

werden in den USA nicht verhehlt) die Verhandlungen zum Schirm für die Durchsetzung militaristischer Pläne macht. Auf jeden Fall ist unschwer zu erkennen, daß die USA mit dem Aufruf, man solle "einer Umgestaltung der Grundlagen der strategischen Stabilität zustimmen", nicht nur versuchen, der Welt eine Militarisierung des Weltraums aufzuzwingen, sondern auch das 1,5-Billionen-Programm zur Erneuerung des Rüstungsarsenals, in erster Linie der Kernraketen, unangestastet lassen.

Der Kern der Sache

Wie man sieht, berühren die Zweifel des offiziellen London einen wichtigen Bereich staatlicher Interessen. Und werden daher nicht umsonst in anderen westeuropäischen Hauptstädten geteilt. In Paris hat die Aussicht auf eine Destabilisierung der militärstrategischen Lage und auf ein unkontrolliertes Wetrüsten, das von Ausgaben in astronomischer Höhe begleitet wäre, bereits tiefe Befürchtungen ausgelöst. Der französische Außenminister Roland Dumas erklärte am 22. März auf einer Pressekonferenz ohne Umschweife: "Der amerikanische Plan führt nicht nur zur Superrüstung, wie es die Militarisierung des Weltraums wäre, und folgerichtig nicht nur zur Erhöhung des Risikos und der Gefahren, sondern er entspricht auch nicht dem Streben nach Sicherheit."

In Bonn stellt man sich die Frage nach dem Schicksal der "Ostpolitik" und nach der Rolle, die Europa in den amerikanischen Plänen eingeäumt wird, einem Krieg hinter dem "Weltraumschild" zu entgehen, und läßt die Hoffnung laut werden, daß die Verhandlungen in Genf das Programm der "Sternenkriege" unnötig machen werden. "Stabilere Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion besitzen entscheidende Bedeutung für eine ersprießliche Entwicklung in Europa", wird in einer Regierungserklärung vom 28. März unterstrichen. Auf einem Wehrseminar in München, an dem Caspar Weinberger wegen Schneetreiben in London nicht teilnehmen konnte, hätten die "zum amerikanischen Glauben bekehrten Delegierten gut auf dem Rücksitz eines NATO-Jeeps Platz gefunden", ironisiert "Newsweek".

In Washington hatte man eine so öffentliche Mißbilligung nicht erwartet. Daher der drastisch verstärkte Druck. Abgesandte der USA, angefangen bei Weinberger und dem für die Durchsetzung der "SDI" verantwortlichen General Abrahamson bis zu mittleren Beamten, belagern die westeuropäischen Hauptstädte buchstäblich. Die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe in Luxemburg wurde dazu benutzt, um in der von Washington gesetzten 60tägigen Frist die Zustimmung zum Programm der "Sternenkriege" herauszuschinden und die Zweifler durch allgemeine Verpflichtungen zu binden. Nach der Tagung sollte

eine Reihe bilateraler Gespräche stattfinden. Schreiben mit dem ultimativen Angebot, sich an Reagans "Initiative" zu beteiligen, wurden gleichzeitig 17 Regierungen zugesandt. Das Ergebnis ist bislang unbestimmt. In Luxemburg bekundet man sein allgemeines Einverständnis. Die BRD dagegen hat bereits mitgeteilt, sie werde nicht innerhalb der gesetzten Frist antworten. Griechenland äußerte seine Mißbilligung. Spanien beschloß, sich nicht zu binden. Frankreich und Israel verharren zunächst in Schweigen. Australien gab eine Absage.

Der Druck dauert an und wird in den kommenden Wochen verstärkt werden, und zwar nicht nur auf politischer Ebene. Um die Befürchtungen zu zerstreuen, dem europäischen Kontinent werde im Plan der "Sternenkriege" die Rolle des Kriegsschauplatzes zugemessen, verspricht Washington bereits über eine "faktische Nuklearverteidigung" für die NATO-Partner nachzudenken. Große Hoffnungen setzt man auf die finanzielle Verlockung. Dicke Verträge aus den für die Forschungen bewilligten 26 Milliarden werden westeuropäischen Firmen nicht zuletzt deshalb angeboten, weil man hofft, sich deren nicht geringen Einfluß in Regierungskreisen zunutze machen zu können.

Das alles hat natürlich seine Auswirkungen, ändert jedoch nichts am Wesen der Dinge. So raffiniert die Machenschaften Washingtons, genau wie die seiner Partner, die auf die Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen haben, auch sein mögen, die von der "SDI" Reagans ausgelösten Fragen und Gefahren bleiben. Die ungewöhnlich offene Ansprache des britischen Ministers bedeutet eine Anerkennung dieser Tatsache und entspringt zweifellos dem außerordentlichen Ernst des Augenblicks. Es geht um nichts mehr oder weniger als um die Hauptwege der Entwicklung der internationalen Beziehungen in den kommenden Jahrzehnten.

Ja, die Reagan-Administration hat die Schlacht um die Bewilligungen für die weitere Herstellung der MX-Raketen im Kongreß gewonnen. Die Heftigkeit dieser Auseinandersetzungen aber beweist zum wiederholten Male, daß die weitere Aufstockung der Nuklearwaffen selbst in höchsten Kreisen, die sich einer in Größenordnung und Entschlossenheit einmaligen Antikriegsbewegung gegenübersehen, an Unterstützung verliert. Die Ausdehnung des Wetrüstens auf den Weltraum — unter dem Vorwand, man wolle von Offensiv- zu Defensivwaffen übergehen — bedeutet dessen Fortsetzung in nie dagewesenem Ausmaß und garantiert dementsprechend dem Militär-Industrie-Komplex Existenz und Profit. Gleichzeitig multipliziert Washingtons "SDI" die Gefahren, die den wahren nationalen Interessen ausnahmslos aller Staaten drohen. Das blinde Vertrauen in die "SDI" hieße, diese Interessen verraten.

J. GUDKOW

"Zeit, seine Stärke auf diplomatischer Ebene auszuprobieren."

Zeichnung: N. Stscherbakow



„Die Arbeit im Hinterland ist alltäglich, unauffällig..., doch braucht man nicht weniger Grösse, um jeden Tag, Tag und Nacht, die Entkräftung überwindend, ... die Rote Armee zu bewaffnen und zu versorgen.“

Alexej TOLSTOI, 1942

SCHWERT UND HAMMER

Sinowi JANTOWSKI

Jeder erinnert sich an seinen eigenen Krieg. Wer ihn von uns Sowjetbürgern erlebt hat, hatte seine eigene Front, sein eigenes Hinterland, seinen eigenen Kummer. Für mich war der Krieg Front und Hinterland zugleich. Damals schrieb die "Prawda": "Unser Volk hält das Schwert in der einen und den Hammer in der anderen Hand. Das Land kämpft und baut." Ich denke an jene Jahre zurück und wundere mich doch: Ist all das denn wirklich mit uns geschehen, haben wir all das wirklich ertragen?

2593 Industriebetriebe wurden aus den Frontgebieten der UdSSR mit der Eisenbahn ostwärts evakuiert, häufig unter feindlichem Beschuss und Bombenangriffen.

Im Dezember 1941, im sechsten Kriegsmonat, standen auf den verschneiten Gleisen bei Swerdlowsk unzählige Güterwaggons. Aus einigen davon ragten selbstgebastelte Blechrohre, Rauch stieg auf. Befördert wurden Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen, ganze Betriebe. Befördert wurden Frauen, alte Leute und Kinder, denn sie sollten dem Zugriff des Todes entzogen werden. Ihr Weg war schwer und tragisch. Vom ersten Kriegstag an bis Dezember 1941 griff die faschistische Luftwaffe die Bahnstrecken im frontnahen Gebiet 5939mal an und warf über 46 000 Bomben auf Bahnhöfe,

Brücken und Züge ab. Nach den Explosionen blieben auf den Schienen zertrümmerte Waggons und tote Mütter liegen, die noch immer ihre Kinder eng umschlungen hielten...

In einer windigen, schneereichen Dezembernacht 1941 stolperte ich über die Gleise des Swerdlowsker Bahnhofs, kroch unter den Waggons hindurch und fragte die Menschen in ihnen nach einer ungewöhnlichen Fracht aus. Es war so, daß in der Presserei des Betriebs "Uralmasch" (Schwermaschinenbau) eine leistungsfähige Schmiedepresse, mit der Kurbelwellen für Flugzeugmotoren gefertigt wurden, ausgefallen war. Wir hatten nichts, um das kaputte Werkstück zu ersetzen, und es war uns technisch unmöglich, es in kurzer Zeit herzustellen. Aber Motoren ohne Kurbelwellen sind keine Motoren, Flugzeuge ohne Motoren sind keine Flugzeuge.

Was war zu tun?

Da erinnerte sich jemand, daß das Hüttenwerk von Kramatorsk im Donezbecken eine ähnliche Schmiedepresse hatte. Damals verlief die Front in der Nähe dieser Stadt, sicherlich war das Werk evakuiert worden. So beschlossen wir, uns, solange wir das fehlende Stück nicht selber herstellen konnten, es bei den Leuten vom Kramatorsker Werk zu leihen.

Eiligst wurde ein Mann nach Kramatorsk entsandt, aber es war zu spät, der Feind hatte die Stadt schon genommen. Und so suchten die Arbeiter von "Uralmasch" die Eisenbahnstrecken des Landes nach den Zügen mit den Kramatorsker Ausrüstungen ab. Und fanden eine Spur! Doch war die Freude verfrüht, denn faschistische Flugzeuge hatten mehrere Züge zerbombt. Nach dem Wegräumen der Trümmer wurden die übriggebliebenen Waggons auf tote Gleise manövriert bzw. bei kleinen Stationen abgestellt. Niemand wußte, wo sie nun waren.

Auf alle Fälle schaute ich bei der Güterabfertigung des Güterbahnhofs Swerdlowsk vorbei. Der alte Dienstleiter prüfte seine Aufzeichnungen in einem dicken Heft und — fand die Züge aus Kramatorsk! Er nannte uns sogar die Nummer des Gleises und den Standort anderer Waggons aus dieser Stadt. Nun hatten es die Abgesandten von "Uralmasch" leichter. Auf einem Abstellgleis entdeckten sie einen Plattformwagen mit dem gesuchten Bauteil. Es wurde in den Betrieb transportiert, und nach wenigen Tagen erhielten die Motorenbauer ihre Kurbelwellen.

Heute noch, Jahrzehnte später, möchte man den Eisenbahnern von ganzem Herzen danken, denn ihr Ordnungssinn und ihre Organisiertheit leisteten einen Beitrag zum Sieg schon in jenen ersten, verzweifelten Kriegsmonaten, als die gigantische Verlegung von Industrie und Menschen nach dem Osten begann. Ins tiefe Hinterland wurden Betriebe evakuiert, die ein Drittel der Industrieproduktion des Landes lieferten.

Sorgen des Volkskommissars

Die in den Ural verlegten Industriebetriebe kamen in seit alters bewohnte Gegenden, in verwandte, meist modernere Werke von hoher Industriekultur. Gleich in den ersten Kriegstagen stellte das Uralgebiet seine moderne, in den Vorkriegsjahren aufgebaute Industrie auf den Krieg um und nahm seinen Kampf gegen das faschistische, faktisch aber gesamteuropäische Rüstungspotential auf. Dank den realen Möglichkeiten der im Ural während der ersten Planjahrhünfte gebauten Industriegiganten sowie den Erfahrungen und Traditionen der dort seit Jahrhunderten bestehenden Industrie konnten die evakuierten Betriebe buchstäblich in wenigen Tagen ihre Arbeit wiederaufnehmen.

Wenn freie Produktionsflächen fehlten, fanden sich für die eintreffenden Ausrüstungen die überraschendsten Räumlichkeiten. In Tscheljabinsk wurde die im Bau befindliche Oper als Betriebshalle verwendet. In Swerdlowsk teilte man



Sinowi Jantowski ist einer der ältesten sowjetischen Journalisten, Arbeitsveteran, lebt seit nahezu 50 Jahren im Ural. Während des Krieges war er Politoffizier der Sowjetarmee.

einem Betrieb die Lesesäle und Magazine der eben erst eröffneten öffentlichen Bibliothek zu. Nur noch wenige wissen heute etwas davon, in der Oper herrschen wieder die Musen, und die Bibliothek ist schon seit Jahren in einem herrlichen Neubau untergebracht.

Die Umstände brachten es mit sich, daß ich meinen geliebten, rastlosen Journalistenberuf zeitweilig aufgab, um in jener für die Heimat verantwortungsvollen Periode in der Industrie tätig zu sein. Mein unmittelbarer Chef war Iwan Tewossian, Volkskommissar (Minister) für Eisen- und Stahlindustrie.

Der Volkskommissar hatte drei große Sorgen. Welche davon am dringendsten war, läßt sich schwer sagen. Die Erweiterung des Metallausstosses, vor allem von Panzerstahl, im Ural und in Sibirien? Man begreift, wie wichtig das wurde, als der Feind die führenden Hüttenindustrieregionen des Landes an sich gerissen hatte. Die rechtzeitige Evakuierung von Fabriken und Werken aus den frontnahen Gebieten? Oder ihre Inbetriebnahme an neuer Stelle? Die Lösung dieser Probleme durfte nicht auch nur um einen Tag verschoben werden.

Ich kannte die Uraler Werke gut und mußte überprüfen, wie die aus den westlichen Gebieten transportierten Ausrüstungen genutzt wurden. Über alle Fälle von Mißwirtschaft hatte ich dem Volkskommissar persönlich zu berichten.

Im Oktober 1941, nach der Verhängung des Belagerungszustands über Moskau, wurden die meisten Regierungseinrichtungen ins Hinterland evakuiert. Das Volkskommissariat für Eisen- und Stahlindustrie kam nach Swerdlowsk. Man hatte sich noch gar nicht eingelebt, da verlangte der Volkskommissar schon die Vorbereitung eines Generalplans für die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie im Landesosten. Ich will daran erinnern, daß dieser Befehl in den Tagen erteilt wurde, als sich die Moskauer Straßen mit Barrikaden bedeckten und der Feind im Vorfeld der Hauptstadt stand.

Im Volkskommissariat löste Tewossians Befehl eine leidenschaftliche Diskussion

aus. Die einen freuten sich: Obwohl Moskau in Gefahr war, war die Regierung also doch vom kommenden Sieg überzeugt, wenn wir ein solches Werk in Angriff nahmen. Andere zweifelten daran, daß dieses Vorhaben zu verwirklichen war: Schließlich sei ein Hüttenwerk oder ein Hochofen kein Lagerschuppen, den man mit bloßem Beil in ein paar Tagen zusammenzimmere; man brauche jahrelange Arbeit und Tausende Menschen. Aber woher nehmen?

Dennoch flog Tewossian mit einem Rohentwurf des Plans nach Kuibyschew, wo sich das Staatliche Plankomitee der UdSSR befand. Von dort begab er sich nach Moskau. Stalin trieb zur Eile und verlangte, die Entwicklung der östlichen Hüttenindustriebasis möglichst schnell in Angriff zu nehmen.

Anfang November berichtete man ihm über den Plan. Dieser wurde allseitig erörtert und bestätigt.

Tewossian kehrte nach Swerdlowsk müde, aber voller Elan zurück. Wir konnten es ihm nachfühlen. In kürzester Zeit war eine überaus wichtige Aufgabe der Regierung erfüllt worden. Die Schwarzmetallurgie, das Werk seines Lebens, sollte eine beispiellose Entwicklung erfahren. Vor dem Krieg, in den Jahren der Industrialisierung, hatte man 6 große Hüttenwerke bauen können, hinzu kamen alte, aber von Grund auf modernisierte Betriebe. Laut Plan sollten nunmehr im Landesosten allein 6 neue Hüttenwerke, mehrere Hoch- und SM-Öfen in den vorhandenen Werken sowie Walzstraßen, Koksbläsen und Fabriken zur Produktion von Ferrolegierungen und Rohren gebaut und in Betrieb genommen werden. Und all das unter den Bedingungen eines harten Krieges und obwohl die meisten Industrieviertel von den Hitlerfaschisten okkupiert waren!

Hätten wir, als wir dem Bericht des Volkskommissars über den bestätigten Plan für die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie lauschten, nicht gewußt, daß bei Tscheljabinsk schon hundertjährige Kiefern gefällt wurden, um dem ersten der geplanten Betriebe Platz zu machen, daß Nikolai Patolitschew, damals Erster Sekretär des Parteigebietskomitees

Tscheljabinsk, im ZK der Partei die Order erhalten hatte, das Bauvorhaben als vorrangig zu betrachten — hätten wir das alles nicht gewußt, so hätten wir denken können, es handele sich um Phantastereien. Der neue Betrieb sollte nach zweieinhalb Monaten die ersten Erzeugnisse liefern. Die Befehle der Kriegszeit aber waren genau zu nehmen.

Am 12. Februar 1942, mit einem dreitägigen Planvorsprung, lieferte das im Urwald gebaute Werk die erste Produktion. Ein Wunder? Nein, eine wahre Geschichte, von Menschen vollbracht, die hungerten, bei klirrendem Frost in dünnen Zelten schliefen, alles aus sich herausholten und durchgehalten hatten.



Kinder ersetzen ihre an der Front kämpfenden Väter. Die Front brauchte Waffen!

Nicht für Geld und Orden

Ein anderes Werk entstand nicht weit davon.

Vor allem wurden Erdhütten für 30 000 Menschen gebaut, die, truppendienstuntauglich, ihren Armeedienst in Baubataillonen ableisteten. Zugleich legte man auf dem Baugelände Straßen und Werkbahnen, insgesamt über 100 km, an. Nach 9 Monaten wurde die erste Werkabteilung, die Elektrogießerei, ihrer Bestimmung übergeben. Und dies trotz des Umstands, daß die Bautechnik äußerst knapp und das meiste manuelle Arbeit war.

Warum arbeiteten diese Menschen unter dermaßen unerträglichen Bedingungen 12–15 Stunden am Tag? Sie erwarteten weder Geld noch Auszeichnungen. Ihnen ging es nur um die Rettung der Heimat. Für diejenigen, die sich auszeichneten, war ein lobendes Wort in Anwesenheit der Kollegen schon viel wert. Einige materielle Anreize gab es auch, aber die Möglichkeiten waren äußerst begrenzt. Frauen, die in großer Zahl beim Bau vertreten waren, wurden mit einem Baumwollkleid, einem Paar warme Strümpfe oder einem Stück Toiletenseife prämiert. Männer erhielten Unterwäsche, ein Oberhemd oder ein Päckchen Rasierklappen als Auszeichnung. Diese mehr als bescheidenen Prämien waren Goldes wert. Die Geschäfte waren damals

Panzerwerke im Ural. 1943



leer und alle Waren bis auf Streichhölzer rationiert.

Immer wieder muß ich mich fragen, ob denn das alles wirklich so war.

Doch.

Um den Preis unglaublicher Anstrengungen wurde immer mehr Metall produziert. Nur in den ersten Kriegsmontaten ging seine Produktion drastisch zurück, dann aber stieg sie bei Roheisen um 2,5 Mio t, bei Stahl um 3 Mio und bei Walzgut um 2,1 Mio t im Jahr gegenüber der Vorkriegszeit.

Selbstverständlich erforderte der Krieg nicht einfach Millionen Tonnen, sondern ein Metall, das schlagfeste Panzerung und Geschosse von großer Durchschlagskraft sichern würde. Kurz, gebraucht wurden Zusätze von Ferrolegierungen.

Drei Fabriken für deren Produktion hatten wir vor dem Krieg gebaut, eine in der Südkraine, eine in Transkaukasien und eine in Tscheljabinsk, also im Ural. Die ukrainische Fabrik wurde schon im dritten Kriegsmontat evakuiert, die transkaukasische war von der Hüttenindustrie im Landesosten durch die Front abgeschnitten. Die Fabrik in Tscheljabinsk mußte demnach eine dreifache Arbeit leisten.

Die Lage erlaubte es nicht abzuwarten, bis neue Aggregate ihrer Bestimmung übergeben wurden. Täglich rief der Volkskommissar an und forderte immer mehr Ferrolegierungen für die Panzerpro-

duktion. Vielmehr bat er, denn ohnehin gaben alle Betriebsabteilungen praktisch mehr, als sie konnten. Als einziger Ausweg blieb noch, die Leistungsfähigkeit der Elektroöfen zu erhöhen. Das war technisch äußerst kompliziert und auch sonst riskant. Es galt, die von der deutschen Siemens-Schuckert in den 30er Jahren gelieferten Leistungstransformatoren umzubauen, obwohl die Firma vor so etwas unter Androhung einer unvermeidlichen Panne gewarnt hatte.

Das Risiko war in der Tat groß. Wären die Trafos kaputtgegangen, so hätte das Land keinen Panzerstahl mehr gehabt. Ingenieure verglichen immer wieder ihre Berechnungen, überprüften die Technologie und — wagten den Umbau.

Das Risiko hatte sich ausgezahlt. Die Trafos überstanden den Umbau, und bei der späteren Vergrößerung des Umfangs der Öfen erhöhten die Uraler Hüttenwerke die Ferrolegierungsproduktion um 80%.

Man könnte noch vieles über das rauhe Leben des sowjetischen Hinterlandes erzählen. Zum Alltag der Frontjahre im Hinterland gehörte das ständige Hungergefühl. Quälende, nie von einem ablassenden Müdigkeit, ständiger Kampf gegen die Lust, sich hinzulegen und wenigstens eine Minute zu schlafen. Die Sorge um die Angehörigen an der Front, die jede Sekunde in Todesgefahr schwebten, eine

Sorge, die man immer mit sich trug. Der heimliche Gedanke, daß die Arbeit im Hinterland, gemessen an der Front, noch immer reine Wohltat sei. Schließlich die dumpfe, an den Nerven zehrende Angst, daß von der Front, wo Vater, Ehemann oder Sohn war, die Todesnachricht kam.

Und das tagaus, tagein. Und jeder Tag zählte für drei.

Vor ausverkauftem Haus

Wie haben die Menschen all das ausgehalten? Manchmal hört man sagen, den Krieg hätten Menschen mit einem Stein anstelle des Herzens gewonnen, verbissene, wütende Primitive. Das sagten jene, die es damals vorzogen, um des eigenen Wohlergehens willen die Heimat dem Feind preiszugeben, Leute, für die das persönliche Wohl über das des Volkes stand.

Ich möchte diesen Kritikern meinestils etwas sagen.

In den Kriegsjahren funktionierten im Uralgebiet viele aus Moskau, Leningrad und Kiew evakuierte Theater. In Magnitogorsk war es schwieriger, eine Karte für das Moskauer Operntheater zu beschaffen, als auf dem schwarzen Markt einen Laib Brot zu kaufen. Einmal verspätete sich ein Zug, mit dem ein Sinfonieorchester in diese Hüttenwerkerstadt kommen sollte (die Uraufführung einer neuen Sinfonie Schostakowitschs stand bevor), um zwei Stunden. Trotzdem war das Publikum nicht von der Stelle zu bewegen. Die arbeitsmüden Menschen warteten im Saal geduldig auf die Musiker.

In Beresniki, einer damals kleinen Stadt im Nordwestural, kannte das Leningrader Theater des jungen Zuschauers, das abends im geräumigen Saal des Betriebskulturalpalastes für Erwachsene spielte, keine Probleme mit den Karten: In diesem Saal gab es nie leere Sessel. Das kann ich persönlich bezeugen.

In Perm spielte das weltberühmte Leningrader Opernhaus "S. M. Kirow" vor überfülltem Saal, gar nicht zu reden von den Aufführungen des Moskauer Künstlertheaters oder von Konzerten von Neigaus, Oistrach oder Gilels. In Swerdlowsk galt eine Karte für eines solcher Konzerte als eine Gunst des Schicksals.

Die Städte im Uralgebiet wurden so gut wie nicht beleuchtet, man sparte Energie. Doch diese Beschränkung galt nicht für Rüstungsbetriebe — und ebensowenig für Theater, Konzertsäle und Kinos.

Trotz aller Schwierigkeiten, trotz Hunger und Kälte lebten und kämpften die Menschen. Das Hinterland war ebenfalls Front, wenn man an die Anspannung der menschlichen Kräfte und an seine Bedeutung für unseren Sieg denkt. Wir verstanden das und setzten all unsere Kräfte ein, um die Heimat zu retten.

Und wir haben gesiegt.

BIOGRAPHISCHES



PREMIERMINISTER DER VOLKSDEMOKRATISCHEN
REPUBLIK JEMEN

HAIDAR ABU BAKR AL-ATTAS

Im April 1969 wurde Haidar Abu Bakr al-Attas als Minister für Öffentliche Arbeit und Kommunikationen in die Regierung berufen. Nach der Reorganisation der Verwaltungsorgane der VDRJ im Jahre 1975 wurde er Minister für Kommunikationen. Im Oktober 1977 wurde er zum amtierenden Minister für Bauwesen und im Dezember 1978 zum Minister für Bauwesen ernannt. Auf der XIX. Tagung des Obersten Volksrates der VDRJ, am 14. Februar 1985, wurde er zum Premierminister und gleichzeitig zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Volksrates gewählt.

Haidar Abu Bakr al-Attas nahm am Befreiungskampf

in den Reihen der Nationalen Front teil, die den Kampf um die Befreiung Südjemens von der britischen Kolonialherrschaft leitete und wurde zum Mitglied des ZK dieser Organisation gewählt. Auf dem Gründungsparteitag der Jemenitischen Sozialistischen Partei im Oktober 1979 wurde er zum Mitglied ihres ZK gewählt. 1980, auf dem II., dem außerordentlichen Parteitag, wurde er erneut ins ZK und auf dem XIX. Plenum des ZK am 11. Januar 1985 zum Mitglied des Politbüros des ZK der JSP gewählt.

Er ist Träger verschiedener südjemenitischer und internationaler Orden, darunter des sowjetischen Ordens "Ehrenzeichen".

VERBRECHEN DER APARTHEID

Seit der Proklamierung der Apartheid zur Staatspolitik der Republik Südafrika (1948), reißt die Kette der Verbrechen nicht mehr ab. 69 Afrikaner wurden 1960 ermordet, als die Polizei ein Gemetzel in Sharpeville anrichtete. Eine vergleichbare Tragödie wiederholte sich 1976 in Soweto. Im Herbst 1984 wurden 170 Menschen von Polizei und Armee umgebracht. Das Blut der Opfer war noch nicht geronnen, als die Machthaber der RSA neue ungeheuerliche Verbrechen begingen.

Diesmal wurde die Kapprovinz zum Schauplatz der Kriefführung gegen unbewaffnete Zivilisten. Am 21. März eröffnete die Polizei im Ghetto Langa das Feuer auf eine friedliche Gedenk Kundgebung aus Anlaß des Massakers vor 25 Jahren in Sharpeville. Aus Panzerwagen schossen die Polizisten auf die unbewaffneten Menschen. Dann verließen die blutrünstigen Kommandos ihre Panzerwagen, versetzten den Liegenden Fußtritte, gaben jenen, die noch am Leben waren, den Fangschuß. 19 Menschen wurden an diesem Tag umgebracht. Die Gewaltakte setzten sich auch in den nächsten Tagen fort.

Die Polizeischergen suchten ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen, daß die Kundgebungsteilnehmer Stöcke und Steine mit sich hätten. Augenzeugen widerlegten jedoch diese Behauptungen und betonten, die Kundgebung sei absolut friedlich gewesen.

Die blutigen Ereignisse in Langa haben in der RSA einen Proteststurm ausgelöst. Die Oppositionsparteien verlangten den Rücktritt des Ministers für Ruhe und Ordnung, Louis le Grange, dem die Polizei untersteht. Der Präsident der RSA, P. Botha, wies diese Forderung mit der Erklärung zurück, der Minister "habe seine Pflicht getan". Damit zeigte Botha, daß die Morde in Langa und anderen Ghettos nicht Initiativen der örtlichen

Polizei waren, sondern von der Regierung sanktioniert wurden.

Während des Massakers wurden auch zahlreiche Aktivisten der Demokratischen Einheitsfront (DEF) festgenommen, in der sich etwa 700 Organisationen zusammengeschlossen haben, die die Abschaffung des Apartheidregimes mit friedlichen Mitteln anstreben. Für diese Tage ist die Eröffnung eines Gerichtsprozesses gegen mehrere bereits früher festgenommene Aktivisten der DEF angesetzt. Die provokatorische Anklage lautet auf Hochverrat. Die jüngsten Festnahmen zeugen davon, daß das Rassistenregime versucht, diese Organisation zu zerschlagen. Mehr noch, das Regime ist ganz offensichtlich zu einem Generalangriff gegen alle angetreten, die die Abschaffung der rassistischen Gesetze fordern. Die Morde bekräftigen das erneut.

Was veranlaßte die Machthaber der RSA zu einem solchen Angriff? In erster Linie ist es der fehlgeschlagene Versuch, die Kampffront gegen die Apartheid im Lande und außerhalb mit Reformversprechungen zu sprengen.

Als Botha Reformen versprach, versäumte er nicht hinzuzufügen, daß von politischen Rechten für Schwarze keine Rede sein könne. Die Rassisten bestehen nach wie vor auf der Rassentrennung in Wohngebieten und Schulen, sie denken nicht daran, die Passierscheine abzuschaffen, ohne die kein Schwarzer seinen Wohnort verlassen darf, usw. Darum ist der Kampf gegen die Apartheid nicht schwächer, sondern stärker geworden. Die Afrikaner und alle Gegner des Rassismus fordern nicht eine Abänderung der Apartheid, sondern deren Abschaffung.

Inspirator der brutalen Unterdrückungspolitik Pretorias sind die USA. In Worten verurteilt die Reagan-Administration wohl das Apartheidregime, in der Tat jedoch setzt sie dessen Unterstützung fort. Ausgerechnet vor den Ereignissen in Langa kam der stellvertretende US-Staatssekretär für Afrika, Chester Crocker, nach Pretoria. Mißbilligte er etwa die Repressalien der Rassisten? Forderte er sie etwa auf, ihre Umtriebe einzustellen? Nichts dergleichen. Er begnügte sich mit den scheinheiligen Appellen zur Lösung des Apartheidproblems durch einen Dialog. Nun stellt sich aber die Frage, mit wem der Dialog eigentlich geführt werden soll, wenn jeder, der gegen die Apartheid ist, eingekerkert, abgeurteilt, gemordet wird?

Die Rassisten sind auf dem Holzweg, wenn sie annehmen, daß sie ihre Herrschaft über die Millionenmassen der Afrikaner mit Terror verewigen können. Die Gewalt mehrt nur die Reihen der Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit.

J. BOTSCHKARJOW

UNRUHEN IN SUDAN

Sudans Präsident Nimeri begab sich just zu dem Zeitpunkt — Ende März — in die USA, als es in Khartum und in anderen Städten des Landes zu regierungsfeindlichen Massendemonstrationen kam, die drei Tage anhielten. Dabei gab es harte Zusammenstöße der Demonstranten mit Polizei und Armee-Einheiten. Die zur Verzweiflung getriebenen Menschen überfielen staatliche Einrichtungen, Banken und Büros von Privatifirmen. Tote und Verwundete sind zu verzeichnen. Es wurden Massenverhaftungen vorgenommen. 300 Personen sind bereits zu unterschiedlichen Gefängnisstrafen verurteilt. Diese drakonischen Maßnahmen konnten zwar "Ordnung" schaffen, die Lage in der Hauptstadt bleibt jedoch gespannt.

Unmittelbarer Anlaß für die Unruhen war die Entscheidung der Regierung, die Grundnahrungsmittel, einschließlich Brot, nicht mehr zu subventionieren, wodurch es augenblicklich zu einem starken Preisauftrieb kam. Der Beschluß war unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds gefaßt worden, der eine neue Anleihe an Sudan mit verschiedenen Bedingungen, darunter auch dieser, verknüpft hatte. Ähnliche Schritte hatten vor kurzem bereits zu sozialen Explosionen in Ägypten, Marokko und Tunesien geführt. Dennoch akzeptierten die sudanesischen Behörden die Bedingungen des IWF, offenbar in der Hoffnung, mit dieser Anleihe die Wirtschaft einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen.

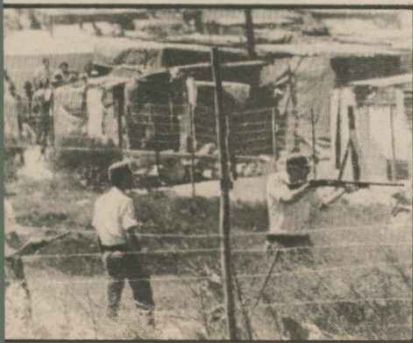
Sudan nimmt nicht zum ersten Mal zu westlicher "Hilfe" Zuflucht. Seine Auslandsschulden betragen inzwischen 9 Md. Dollar. Trotzdem bleibt das von den Kolonialherren ruinierte Land auch heute eines der rückständigsten und ärmsten der Welt. Obendrein wurden einige Regionen von der Dürre erfaßt. Vier Millionen Sudanese sind ganz einfach vom Hunger bedroht.

Angesichts dessen wirken die Versuche, die Unruhen als "gelenkt" zu erklären, äußerst unglaubhaft. Natürlich hat das jetzige Regime Gegner, die aber in diesem Fall keine Rolle spielen. Die Preiserhöhung hätte eventuell nicht zu den Unruhen geführt ohne das extreme Elend der arbeitenden Menschen, die am meisten unter der akuten sozialökonomischen Krise zu leiden haben, in die Sudan von seinen westlichen Freunden gestürzt wurde.

L. SKURATOW

So sieht der Dialog aus, den die Rassisten mit ihren Gegnern führen

Foto: AP-TASS



GESCHICHTE DER „ATOMSOLDATEN“

„Ich hatte nur Arbeitskluft an. Wir bekamen nicht einmal Schutzbrillen, man rief uns nur, die Augen mit den Händen abzudecken“, erzählt der ehemalige britische Luftwaffenpilot Gordon Carter. Seine Tragödie begann vor 30 Jahren in Australien, als die britische Kernwaffe getestet wurde. Seither leidet Carter unter Asthma und anderen

auswirkungen auf Menschen zu testen. Für viele endete es mit einer Tragödie. Eine Kommission zur Untersuchung der Testfolgen, an der Militärs aus Großbritannien, Australien und Neuseeland beteiligt waren, stellte fest, die „Atomsoldaten“ seien in einer Entfernung von 1,5 bis 6 Meilen vor dem Explosionsort aufgestellt worden.

U. a. machte die Kommission ein Geheimdokument der britischen Regierung ausfindig, aus dem hervor-



Erkrankungen, die nach Ansicht von Fachärzten durch Strahleneinwirkung ausgelöst wurden.

Als in London entsprechende Dokumente veröffentlicht wurden, ergab sich, daß Beamte des britischen Verteidigungsministeriums willkürlich die für einen Menschen zuträgliche Strahlungsstärke festgelegt hatten, und zwar 50fach über die Zulässigkeitsgrenze.

„Atomsoldaten“ nennt man die Teilnehmer der ersten Atombombentests in den 50er Jahren. Sie alle dienten als Versuchskaninchen, um die Strahlen-

geht, daß die Organisatoren des „Experiments“ in Australien Daten darüber erhalten wollten, „wie Strahlen bei Kernexplosionen sich auf Technik, Depots, aber auch auf Menschen in Spezialkleidung und ohne sie auswirken“. So gingen nicht nur britische „Forscher“ vor. Ähnliche Einheiten wurden auch in den USA und Kanada aufgestellt. Sie wurden ebenso unmenschlich behandelt.

W. BIRJUKOW

Anfang der 50er Jahre. „Atomsoldaten“ im US-Staat Nevada

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)

LEICHENSCHAU

Lange konnte man sich auf dem Kapitol beherrschen, hielt aber anscheinend nicht durch. Die kürzliche Vernichtung von Stützpunkten der konterrevolutionären Khmer im Raum der kambodschanisch-thailändischen Grenze, die die Existenz überhaupt in Frage stellte, hat die US-Gesetzgeber ganz so aufgeschreckt. Daher stimmte der Unterausschuß für Asien und den Pazifik Bewilligung von 5 Mio Dollar für die „nichtkommunistischen kambodschanischen Aufständischen“ zu. Beobachter bemerkten, dies sei der erste Fall, da die Feinde der Volksrepublik Kambodscha offene Hilfe leisteten.

Die Verteidiger dieser Aktion behaupten, die Mittel seien für konterrevolutionäre Gruppierungen, jedoch „keinesfalls für Pol Pot“ bestimmt und die „Hilfe“ habe vorwiegend symbolische und politische Bedeutung. Wer aber glaubt an friedlichen Absichten? Selbst maßgebliche amerikanische Zeitungen verhehlen nicht, daß das Geld für Waffenkäufe der „Koalitionsregierung des Demokratischen Kambodscha“ bestimmt ist. Ihr gehören bekanntlich auch Pol-Pot-Leute an. Provokatorisch ist auch die Ausbildung von konterrevolutionären Khmer Emigranten, um „den nichtkommunistischen Aufständischen zu helfen, Kambodscha im Falle ihres Sieges zu verwalten“.

Ist das etwa kein Export der Konterrevolution, keine direkte Einmischung in Angelegenheiten Kambodschas? Was die Erklärungen der Art „kein Cent für Pol-Pot-Leute“ betrifft, sind sie lediglich für die hoffnungslos Naiven gedacht. Man kann dem bekannten indonesischen Kommentator Manai Sophian zustimmen: „Washington verurteilt die Greuelthaten der Pol-Pot- Clique nur mit Worten“.

Der Versuch der US-Administration, der Leiche der Khmerreaktion neues Leben einzuhauchen, kommt grundsätzlich zu spät. Die Soldaten der Revolutionären Volksarmee Kambodschas haben zusammen mit vietnamesischen Freiwilligen den bewaffneten Konterrevolutionären einen tödlichen Schlag versetzt, niemand kann den gestrigen Tag zurückholen, ebenso wenig wie das zum Feind hinausgeworfene Geld der amerikanischen Steuerzahler.

P. BO

Diese äußerlich harmlosen Erzeugnisse der „Kyoto Keramik“ lassen nicht vermuten, daß die amerikanischen „Tomahawks“ ohne sie aufgeschmissen wären. Die Raketen befinden sich bereits in Westeuropa, werden jetzt auf Schiffen der 7. Pazifikflotte installiert, und das Pentagon träumt davon, sie auch in Asien unterzubringen.



VORBILDICHE FIRMA

Der Nachrichtendienst der „Washington Post“ wußte die vorbildliche japanische Firma „Kyoto Keramik“ nicht laut genug zu preisen. Zur gleichen Zeit bereitete eine Gruppe von Abgeordneten der Sozialistischen Partei Japans ein Dokument vor, aus dem hervorging, daß die vorbildliche

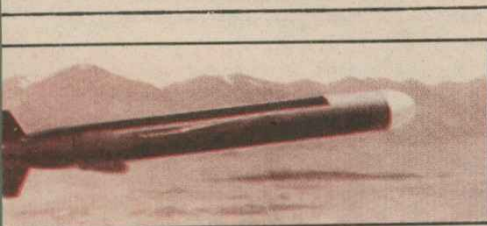
Firma unter Umgehung japanischen Gesetzgebens das Pentagon bei der Herstellung von „Tomahawk“-Raketen unterstützt.

Die amerikanischen Medien hatten sich von der besten Schilderung der „Kyoto Keramik“

THEMENVORSCHLAG
VON ...

... "NEWSWEEK", das
e Renovierung des
krazums des Weißen

hauses meldete, das von
einem Präsidentenbera-
ter für nationale Sicher-
heit zum anderen über-
geht. Der jetzige Bewoh-
ner, Robert McFarlane,
muß jetzt eine Zeit lang
mit einem anderen Raum



ernational Herald Tribune" und "Time" (USA)

stellten Industriekeramik noch
nicht erholt, da war der Skan-
dal in Tokio schon in vollem
Gange. Die Schlaumeier der
"Kyoto Seramikk" verstießen
gegen das in Japan bestehende
Verbot für den Export
aller Arten von Militärtechnik
und -technologie und lieferten
dem Pentagon u. a. Erzeug-
nisse für die elektronischen
Systeme der Cruise Missiles.
Unter dem Druck der Opposi-
tion wurde eine Untersuchung
gegen die Firma eingeleitet.

vorliebnehmen. Man
sollte meinen, das habe
mit Politik nichts und mit
Sicherheitspolitik schon
gar nichts zu tun. Irrtum.
Es hat und sogar sehr
direkt.

Die Fenster des jetzi-
gen Arbeitszimmers
McFarlanes nämlich ge-
hen nach Nordwesten
hinaus. Zwischen diesen
Fenstern und der sowje-
tischen Botschaft liegt
noch nicht mal eine
Meile. "Na, und!" fragt
der unbedarfte Leser.
"Nichts besonderes",
wird ihm von Mitarbei-
tern des Weißen Hauses
geantwortet, "wir wollen
den Russen nichts in die
Schuhe schieben, sind
aber sicher, daß das
Zimmer unbedingt
schalldicht gemacht wer-
den muß." Gut, da kann
ja wirklich keiner was
dagegen haben.

"Was hat aber die
Sicherheit nun mit der
ganzen Sache zu tun!"
will der ungeduldige
Leser endlich wissen.
Wir wollen's ihm verraten:
Wenn man die Bude
nicht wirklich schalldicht
macht, könnte man viel-
leicht mehr als eine
Meile weit das Geschrei
hören "Die Russen kom-
men!".

Zeichnung:
W. Tschakiridis

In Kyoto, dem Sitz des
Musterbetriebs, war man offen-
bar überrascht. Die Inhaber
der "Kyoto Seramikk" hatten
zwar gegen das Gesetz ver-
stoßen, dafür aber die jüngste
Tendenz in der Politik Tokios
beachtet, das die USA mit
Geheimnissen der japanischen
Militärtechnologie versorgen
will. Ministerpräsident Naka-
sone persönlich war es, der
gesagt hatte, Japan werde das
Programm der "Sternenkriege"
fördern.

M. LEONIDOW

S.O.S. RACISME



Auf der Handfläche die
Worte: "Laß meinen Freund
in Ruhe!" Dieses Abzeichen
tragen in Frankreich heute
bereits Tausende. Vor allem
Schüler, Studenten und
junge Arbeiter. Franzosen
und Einwanderer sind Teil-
nehmer einer anwachsen-

den Massenbewegung, die von der
keiner politischen Partei nahestehenden Vereini-
gung "S.O.S. Racisme!" geleitet wird. Sie gibt
bereits ein Informationsbulletin gleichen Namens
heraus und veranstaltet Kundgebungen.

So reagiert das demokratische Frankreich auf
den Rassenhaß, der inzwischen bereits im ganzen
Land von der neofaschistischen Nationalen Front
gepredigt wird. Deren Führer Jean-Marie Le Pen,
von Freunden Jean-Jean, von den Antifaschisten
Le Penochet genannt, schreit an allen Ecken
von "Patriotismus" und fordert, alle "Immigran-
ten" — Algerier, Tunesier, Marokkaner, Portu-
giesen und Türken — so rasch wie möglich
hinauszuerwerfen, da sie den Franzosen die
Arbeitsplätze "stehlen".

Vor kurzem befragte "S.O.S. Racisme" Poli-
tiker zum Thema: "Ist die Nationale Front eine
rassistische Partei?" Praktisch alle Befragten
antworteten bejahend, obwohl Vertreter bürger-
licher Parteien das mit einigen Nuancen und
ungeschickten Einschränkungen taten,
höchstwahrscheinlich weil sie in der Gruppie-
rung Le Pen einen potentiellen Verbündeten
sehen.

Der Vorsitzende der Nationalen Front lehnte
die Beantwortung der Frage ab. Verständlich,
denn in Frankreich hat man nicht vergessen, daß
der Leutnant der Fallschirmtruppen Le Pen als
junger Mann gegen die Vietnamesen kämpfte
und danach Algerier folterte. Wenn er jetzt
gesagt hätte, er sei kein Rassist, hätte ihm das
ohnehin niemand geglaubt. Der Generalsekretär
der FKP, Georges Marchais, sagte auf die Frage:
"Zweifellos. Das ist eine äußerst ernsthafte
Gefahr. Es ist ganz klar, daß die Krise, die wir
durchmachen, ein Nährboden für Le Pen ist. Die
Vertiefung dieser Krise in der jüngsten Zeit, die
Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten im Alltag
usw. — das alles veranlaßt Le Pen und seine
Gesinnungskumpen natürlich, nach einem Sün-
denbock zu suchen. Und so beginnen sie mit den
Immigranten. Doch sie zielen auch auf die
Jugend, auf Arbeitslose und Kommunisten und —
warum eigentlich nicht? — auf die Republik
selbst."

Wer heute das Abzeichen "Laß meinen Freund
in Ruhe!" trägt, hat die Gefahr des faschistoiden
Rassismus für Frankreich erkannt. Ende März
fanden im ganzen Land machtvolle Demonstra-
tionen und Protestkundgebungen gegen die
Aktivierung der Extremrechten statt, an denen
sich Hunderttausende unter der Losung "S.O.S.
Racisme" beteiligten.

Y. ZOPPI

40 Jahre gesucht :

JOSEPH MENGELE, ARZT VON AUSCHWITZ

US-Geheimdienste schützten ihn

Es war vor über 40 Jahren. Im Bericht des Sowjetischen Informationsbüros vom 27. Januar 1945 hieß es:

"Die Truppen der 1. Ukrainischen Front, die ihre Offensive fortsetzen, nahmen am 27. Januar die Städte Sosnowiec, Bedzin, Dabrowa Gornicza, Czeladz und Myslowice — bedeutende Zentren des Kohlenbeckens von Dabrowa — ein, ferner auf dem Territorium Polens die Städte Kobylin, Bojanowo und Oswiecim."

Hinter diesen knappen Worten verbarg sich ein bedeutendes Ereignis: Sowjetische Truppen hatten unweit der Stadt Oswiecim ein riesiges Todeslager der Hitlerfaschisten entdeckt. Berichte darüber gelangten schon seit langem an das sowjetische Oberkommando. Mit um so größerer Wucht führten die Truppen der 60. Armee ihre Schläge gegen die sich zurückziehenden deutschen Divisionen, um die Häftlinge des Todeslagers, eines entsetzlichen Kapitels des 20. Jh., zu befreien. Oswiecim (Auschwitz) wurde zum Symbol der entsetzlichen Verbrechen des Hitlerfaschismus.

NOCH IM KRIEG WUSSTE MAN VON AUSCHWITZ

Kaum war das Lager befreit worden (an die 3000 Häftlinge, die die SS-Henker nicht hatten ermorden oder deportieren können, waren zurückgeblieben), nahm die Außerordentliche Staatliche Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Verbrechen der faschistischen deutschen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer unverzüglich die Arbeit auf. Die Untersuchung wurde von der Staatsanwaltschaft der 1. Ukrainischen Front sowie von zahlreichen Experten durchgeführt, darunter von aus dem Lager befreiten Medizinern aus Frankreich, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen. Anfang Mai 1945 wurde die Mitteilung "Über die furchtbaren Verbrechen der deutschen Regierung in Oswiecim", die erste in einer langen Reihe von Dokumenten über die Verbrechen in dem Lager, veröffentlicht.

Über Auschwitz sind ganze Bücher geschrieben worden. Doch um den Sinn der Ereignisse zu verstehen, die sich viel später vollzogen — und das mit amerikanischer "Hilfe" —, wollen wir zumindest

kurz über Auschwitz selbst berichten.

Die Statistik des Nazi-Reichs weist Hunderte von KZ auf. Doch Auschwitz nimmt darunter einen besonderen Platz ein — durch das Ausmaß der Verbrechen wie durch seine Spezifik.

Das 1940 auf Befehl des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, geschaffene Lager Auschwitz war vor allem ein Todeslager, das der Massenvernichtung von Bürgern der versklavten Länder Europas diente. Richtiger wäre es, von einem Lagersystem — es waren bis zu 40 Lager — im Raum Auschwitz zu sprechen, wo sich ständig 180 000 — 250 000 Häftlinge befanden. Insgesamt wurden hier nicht weniger als 4 Millionen Menschen ermordet — Bürger der UdSSR, Polens, Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumaniens, Ungarns, Bulgariens und anderer Länder Europas.

Wer wurde in Auschwitz ermordet? Seine Krematorien wurden zu einem "Versuchsfeld" des Völkermordes. Bestandteil dieses Programms war der Plan "Wannsee", der die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas vorsah. Doch es gab noch weiterreichende Pläne. Während der Plan "Wannsee" die Ermordung von 11 Millionen Menschen vorsah, wurden im Generalplan "Ost" für die Vernichtung der slawischen Völker (Polen, Russen, Belorussen und Ukrainer) Zahlen von 30 bis 50 Millionen Menschen genannt.

Die Führung der SS, der die KZ unterstanden, hatte Auschwitz noch eine andere Funktion zugewiesen. Wie der gesamte "europäische Osten" zu einem Sklavenreservoir für das Reich werden sollte, so war auch den Häftlingen von Auschwitz die Rolle von Sklaven der großen deutschen Monopole zugewiesen. Hier wurde ein Betrieb des Rüstungs- und Chemiekonzerns IG Farben errichtet. Und das schrieb darüber der ehemalige Auschwitz-Häftling Samuel Pissar, heute ein bekannter französischer Rechtsanwalt: "Die IG Farben symbolisiert alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die aus der Allianz zwischen den führenden Männern eines kapitalistischen Großunternehmens und einer totalitären Macht hervorgehen konnten."

Ja, in den von IG Farben speziell eingerichteten Betrieben waren Tausende von Häftlingen tätig, und die Wirtschaftsverwaltung der SS teilte mit der IG Farben die fetten Profite — gleichsam ein Prototyp für die Zukunft des gesamten unterjochten Europas!

Und schließlich war Auschwitz ein "Labor" des Schreckens. Dort wurden verbrecherische Experimente an lebenden Menschen durchgeführt, und solches "Material" besaß die SS mehr als genug. Wie bei der Untersuchung bereits 1945 ermittelt wurde, erprobte man an den Häftlingen:

- operative Technik bei Entzündungen der Extremitäten und der Bauchhöhle;
- Sterilisierung durch Röntgenbestrahlung;

- Versuche an Frauen (Inokulation von Gebärmutterhalskrebs, künstliche Provokation von Frühgeburten usw.);

- künstliche Affektion der Haut;

- Wirkung der Einspritzung von Phenol ins Herz;

- neue medizinische Präparate;

- künstliche Hervorrufung von Phlegmonen;

- künstliche Übertragung von Malaria;

- Versuche an Kindern (besonders an Zwillingen);

- künstliche Unterkühlung.

Doch es wäre unrichtig, im Verhalten der Lagerärzte nur persönlichen Sadismus zu sehen. Waren ja die Versuche von Auschwitz Bestandteil eines weiteren, von langer Hand geplanten und breitangelegten Programms, dessen Initiative vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, ausging und unter dessen persönlicher Kontrolle verwirklicht wurde. Wie sah dieses Programm aus?

Zur Verwirklichung der rassistischen Ziele des Nazismus planten die SS-Anführer allen Ernstes die "Züchtung einer rein arischen Rasse", die die ganze Welt beherrschen sollte. "Wir gehen so wie der Saatzüchter vor, der eine alte, gute Sorte, die vermischt und abgebaut ist, wieder reinzüchten soll", ließ sich Himmler bereits 1935 vernehmen.

Die Pseudowissenschaft entwickelte unter Schirmherrschaft der SS große Aktivitäten. Mit ihr befaßten sich Prof. Otmar v. Verschuer (besonderes Inter-

esse an Zwillingen als "Menschenmaterial"), Prof. Bruno Schulz (Auswahl "rassisch reiner" Kandidaten), Prof. Karl Astel (Problem der "Ausschließung" von Mischehen) und Prof. A. Hirt. Die SS verfolgte ein doppeltes Ziel: Die Schaffung einer "Herrenrasse" und die Vernichtung der übrigen Rassen. Himmler erklärte am 25. November 1942 vor SS-Leuten: Bevor die nordische Rasse geschaffen werden könne, müßten "eben die anderen ausgemerzt werden". Im Oktober 1941 schrieb ein gewisser Dr. Adolf Pokorny an Himmler: "Getragen von Gedanken, daß der Feind nicht nur besiegt, sondern vernichtet werden muß, fühle ich mich verpflichtet, Ihnen folgendes zu unterbreiten: ... Allein der Gedanke, daß die drei Millionen momentan in deutscher Gefangenschaft befindlichen Bolschewisten sterilisiert werden könnten, so daß sie als Arbeiter zur Verfügung stünden, aber von der Fortpflanzung ausgeschlossen wären, eröffnet weitgehendste Perspektiven."

Himmler billigte diese "Idee" und stellte KZ-Häftlinge für entsprechende Experimente zur Verfügung. Doch dies war nur ein Teil des verbrecherischen Programms. Der andere Teil waren "angewandte Arbeiten", wofür ein spezielles Institut mit klarer militärischer Zielsetzung geschaffen wurde. An dem Institut wurden Experimente zur Untersuchung der Einwirkung niedrigster Temperaturen, von hohem Luftdruck, diverser chemischer Stoffe u. a. auf den menschlichen Organismus durchgeführt. Obgleich diese Forschungen im Auftrag der Wehrmacht durchgeführt wurden, standen sie unter Kontrolle der SS. So die Versuche des Luftwaffenarztes Dr. Rascher, der sich in Dachau mit der Herzfähigkeit in der Hochdruckkammer befaßte. Himmler schrieb an Rascher:

"Die letzten Entdeckungen bei Ihren Forschungen haben mich ganz besonders interessiert. Ich darf Sie nun um folgendes bitten: Dieser Versuch soll mit weiteren zum Tode verurteilten Männern wiederholt werden."

Rascher erhielt sofort vier Frauen aus dem KZ Ravensbrück. Himmler aber

wurde über die Ergebnisse der von Rascher zusammen mit dem Luftwaffenspezialisten Dr. Romberg durchgeführten Untersuchungen zum Verhalten in großen Höhen informiert.

In Auschwitz wurden solche Versuche durchgeführt. Am 12. 2. 1943 berichtete Rascher über Experimente an 30 Häftlingen. Sie wurden 9 bis 14 Stunden lang Temperaturen von -27 bis -29 Grad nackt ausgesetzt. Rascher bat Himmler, diese Experimente aus Dachau nach Auschwitz zu verlagern, da es dort "kälter" sei und es bei der größeren Zahl von Häftlingen "weniger Aufsehen erregen" würde...

WARUM WURDE DER NAME MENGELE ZUM SYNONYM FÜR AUSCHWITZ-VERBRECHEN? ZEUGEN SAGEN AUS

Wer ist dieser Dr. Mengele, warum wird sein Name mit Auschwitz in Verbindung gebracht?

Mengele wird bereits in der ersten Akte der Staatlichen Kommission, veröffentlicht im Mai 1945, erwähnt — dreimal ist er unter den Ärzten genannt, die die Selektion der Häftlinge an der Todesrampe vornahmen.

"Etwa alle zwei Wochen", sagte der Zeuge Epstein aus, "wurde vom Lagerarzt Mengele die Selektion durchgeführt, wonach die Arbeitsuntauglichen in das Krematorium zur Vernichtung geschickt wurden. So wurden an einem einzigen Tag 500 Kinder ermordet. Bei der Selektion der Kinder spielten sich herzergreifende Szenen ab, da alle bereits wußten, wohin sie geführt werden."

Im Nürnberger Prozeß fiel der Name des Dr. Mengele wiederholt. Der Lagerkommandant von Auschwitz, Hß, wurde gefragt:

"Was wissen Sie über die sogenannten medizinischen Experimente an lebenden Häftlingen?"

Hß antwortete:

"Medizinische Experimente erfolgten in verschiedenen Lagern. In Auschwitz

wurden Sterilisierungsversuche von Prof. Clauberg und Dr. Schumann sowie Versuche an Zwillingen von Dr. Mengele durchgeführt."

Die Zeugin Marie-Claude Vaillant-Couturier erläuterte:

"Im Frühjahr 1944 wurde ein Zwillingenblock eingerichtet. Das war zu der Zeit, als eine riesige Partie ungarischer Juden ... eintraf. Dr. Mengele, der die Experimente durchführte, suchte in allen eintreffenden Gruppen die Zwillinge heraus."

Was aber tat Dr. Mengele mit seinen "Patienten"? Hier einige Protokollauszüge:

"Er sprühte Kleinkindern eine Gifflösung in die Augen, durch die sie dann starben... Einige Zigeunerzwillinge tötete er, indem er Gift für sie anrührte, um dann für angeblich wissenschaftliche Zwecke die Obduktion durchzuführen."

"Er band mir die Brust ab, damit ich mein Baby nicht stillen konnte, er wollte beobachten, wie lange es ohne Nahrung am Leben bleibt."

"Er setzte meinen Unterleib Röntgenstrahlen aus."

"An der Wand seines Untersuchungszimmers waren lauter Augen aufgespießt, wie Schmetterlinge befestigt. Sie sahen mich die ganze Zeit über an."

"Er injizierte mir eine Flüssigkeit in die Kehle, damit ich Gewächse bekam."

"Unsere ganze Familie, darunter wir Liliputanerzwillinge, mußten uns ausziehen und nackt auf der Bühne auftreten. Aus allen Lagern wurden 2000 SS-Leute mit Bussen herangeschafft. In der ersten Reihe saß Himmler."

Mengele und seine Opfer



Wie kam Mengele nach Auschwitz? Mengele, geboren in der nordbayrischen Kleinstadt Günzburg, studierte Philosophie in München und Medizin in Frankfurt a. M. Als junger Arzt machte er eine Doppelkarriere: die erste in der Medizin, die zweite in der Nazi-Partei, der er 1933 beitrug. 1934 wurde er Mitarbeiter des von den Nazis gegründeten "Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene", dann war er am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie tätig, wo er sich unter Leitung von Prof. Otmar von Verschuer auf Untersuchungen von Zwillingen und das Problem der "rassischen Erbbedingtheit" spezialisierte. Bei Kriegsbeginn trat Mengele in die SS ein und kam zur Wehrmacht, u. a. an die sowjetisch-deutsche Front.

Mengele symbolisiert, wie der "gewöhnliche Faschismus" die heiligsten Werte der Menschheit in ihr Gegenteil verkehrt. Der Doktor der Medizin, Vertreter des humansten Berufes, wurde 1943 als Lagerarzt nach Auschwitz geschickt. Doch das war nur die makabere Bezeichnung für die Tätigkeit des Sadisten und Folterers, der sich der Hauptsturmführer Mengele verschrieben hatte.

Er riß Kinder aus den Armen der Mütter und warf sie vor ihren Augen lebend ins Feuer, hetzte Hunde auf die Häftlinge. Der Lagerarzt suchte persönlich Opfer für das Krematorium und für seine Experimente aus. An seinen "wissenschaftlichen Leiter", von Verschuer, schickte Mengele regelmäßig "Material" mit der Paketaufschrift "Kriegswichtig-dringend" — den Opfern von Mengele entnommene Organe (darunter Augäpfel), Blutproben nach künstlicher Typhus-Infizierung der Häftlinge.

Über 40 Jahre verbirgt sich der Auschwitz-Arzt vor der gerechten Strafe, obgleich seine Verbrechen bereits 1945 bekannt wurden. Versuchen wir einmal, Mengeles "Odyssee" nachzuvollziehen.

SEIT 1945 ALS KZ-MÖRDER BEKANNT, DOCH IN VIELEN LÄNDERN ZU HAUSE

40 Jahre sind seit der Befreiung von Auschwitz vergangen. Lagerkommandant Höß wurde gehängt. Viele Auschwitz-Mörder erteilte die verdiente Strafe. Selbst die BRD-Justiz, die gegenüber Nazi-Verbrechern Nachsicht walten läßt, führte einen Sonderprozeß durch, bei dem einige Kollegen Mengeles angeklagt waren. Mengele aber ist immer noch nicht gefaßt, obwohl sein Name, wie wir wissen, bereits 1945 von sowjetischer Seite genannt wurde.

Die Verfasser einiger Publikationen, die in den USA, der BRD, Österreich und

anderen westlichen Ländern erschienen, zeichneten etwa folgendes Bild des Nachkriegsschicksals des Arztes von Auschwitz.

... Mengele blieb bis Ende 1944 in Auschwitz. In den ersten Nachkriegsjahren lebte er in seiner Heimatstadt Günzburg. Doch Anfang der 50er Jahre zog es den Mordarzt in die Ferne — er begab sich nach Argentinien. Allerdings hatte er auch dort Angst: Der amerikanische Forscher Ladislav Farago erklärt, der Flüchtling habe von nun an seinen Namen gewechselt: Gregor Schklastro, Dr. Helmut Gregor-Gregori, Fausto Rindon, Edler Friedrich von Breitenbach, Walter Hasek. Einmal, unter dem Namen Cirillo Flores Chavez, inszenierte er sogar ... sein eigenes Begräbnis.

Wurde Mengele gesucht? Die Staatsanwaltschaft von Frankfurt a. M. (BRD), die in den ersten Nachkriegsjahren von dem Antifaschisten Dr. Fritz Bauer, geleitet wurde, erhob 1959 Klage gegen den Auschwitz-Arzt, von dem bekannt war, daß er sich in Argentinien befand. Doch formaljuristisch mußte das Gericht in Freiburg, dem letzten Wohnort des Mörders, Haftbefehl und den Auslieferungsantrag stellen. Am 5. Juni 1959 fällte das Gericht ein entsprechendes Urteil. Es bedurfte nur noch der Bestätigung durch das BRD-Außenministerium. Diese Bestätigung erfolgte aber erst im März 1960. Das Fahndungsversuchen wurde Argentinien zugeleitet.

Doch die Angaben der BRD-Justiz erwiesen sich als überholt. Mengele war tatsächlich nach Argentinien gekommen — doch bereits 1954. Nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß er von der BRD-Justiz nicht gesucht wurde, eröffnete der Henker mit Diplom 1956 in Buenos Aires eine Privatpraxis und befaßte sich mit Abtreibungen — welch entsetzliche Logik für den Kindermörder von Auschwitz! 1958 widmete ihm die dortige Presse diverse Artikel — doch nicht wegen der Kriegsverbrechen, sondern weil eine seiner Patientinnen gestorben war. Dann setzte sich Mengele nach Paraguay ab.

Als der Haftbefehl aus Freiburg endlich in Argentinien eintraf, hatte Mengele das Land schon lange verlassen. L. Bearns, Leiter einer Privatorganisation, die sich um die Auslieferung Mengeles bemühte, erklärte in der Wochenschrift "Star" (USA):

"Sein eigener Sicherheitsdienst funktioniert so gut, daß er fast alles über die gegen ihn geplanten Aktionen weiß. Er hat jährlich mit bis zu 4 Millionen offizielle Vertreter Paraguays geschmiert, damit jene ihn nicht ausliefern."

MENGELES HAUPTUNTERSCHLUPF: STROESSNERS PARAGUAY. DAZU DIE WELTPRESSE

Warum wählte der Henker von Auschwitz Paraguay als Unterschlupf? Nur deshalb, weil der dort herrschende Diktator Alfredo Stroessner aus einer bayrischen Kleinstadt unweit von Günzburg stammt? Diese "sentimentale Version" vermag wohl kaum folgenden merkwürdigen "Zufall" zu erklären: Einige Jahre lebte Mengele in einer besonders bewachten militärischen Zone unweit der Landesresidenz Stroessners am Ufer des Parana.

Ist es ja kein Geheimnis, daß die Diktatur in Paraguay nach wie vor engste Verbindungen zu jener Schicht von Geschäftsleuten des Landes unterhält, die ebenso wie Stroessner selbst von deutschen Einwanderern abstammen.

"Sie leiten Agrarkomplexe, Banken und Exportfirmen, pflegen im Regieresauftrag politische und geschäftliche Beziehungen zu anderen Ländern. Gerade sie sind, wie Diktator Alfredo Stroessner erklärte, die Elite der paraguayischen Nation" — so charakterisiert Massimo Conti von der italienischen Zeitschrift "Panorama" diese Herrschaften.

Für Paraguay (übrigens ebenso wie für viele andere Länder Lateinamerikas) ist die Ansiedlung deutscher Einwanderer in geschlossenen Gemeinden bezeichnend. In solchen Siedlungen ("Nueva Germania", "Hohenau", "Obligado", "Capitan Miranda" und "Bella Vista") bewahren ihre Bewohner die traditionelle Lebensweise. Auch die Nazi-Sitten werden hier gepflegt. Agitierten ja in den Jahren des Hitlerfaschismus in Paraguay Gruppen der "Auslandsorganisation" ("AO") der Nazi-Partei unter Reichsleiter Bohle. Obigens war der "AO"-Leiter in Paraguay bei der feierlichen Verleihung der paraguayischen Staatsangehörigkeit an Mengele zugegen.

"Bei Stroessner", schrieb Conti, "fühlen sich die Nazi-Verbrecher in Sicherheit."

Jetzt aber werden Tatsachen entdeckt, die davon sprechen, daß Mengele sich nicht nur von den Nazi-Traditionen angezogen fühlte. Wie sich herausstellt, spielten die Geheimdienste Paraguays die entscheidende Rolle bei der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft Paraguays. Ihr Vertreter, Oberst Alejandro von Eckstein, den man laut "Spiegel" "oft in den Vorzimmern des Präsidentenpalais sieht", hat eigenhändig die Papiere des frischgebackenen Paraguayers "Jose Mengele" ausgefertigt. Der Arzt von Auschwitz hat sich also in Paraguay nicht nur verborgen, sondern auch bestimmte Funktionen übernommen — warum hätte er sonst ständig das Land bereisen sollen? Wie die Korrespondenten der Londoner "Sunday

Times", Maria Lanza Avignolo und Anthony Terry, erklärten, soll Mengele mal unweit des Präsidentenpalais, dann in Volendam an der paraguayisch-brasilianischen Grenze, ein anderes Mal in Laureles und dann wieder in den "deutschen Klubs" von Asuncion und Juan Caballero gesehen worden sein. Der amerikanische Kongreßabgeordnete Torricelli nannte unlängst eine deutsche Kolonie an der paraguayisch-argentinischen Grenze als eine Residenz Menges, und in Asuncion selbst lebte Mengele unweit der US-Botschaft.

Ja, das "herzliche Verhältnis", das Stroessner zu Mengele pflegt, war ein offenes Geheimnis. Als aber in aller Welt ein Empörungsturm losbrach und die paraguayischen Behörden Mengele 1979 die Staatsbürgerschaft aberkennen mußten, da kam ein anderer Diktator — Pinochet — zu Hilfe. Mengele setzte sich nach Chile ab, und zwar zur deutschen Kolonie "Dignidad" — einem gemeinsamen Objekt von Neonazis und Pinochets Geheimpolizei. Danach setzte Mengele seine Reisen durch Lateinamerika fort. Es heißt, er sei jetzt nach Paraguay zurückgekehrt.

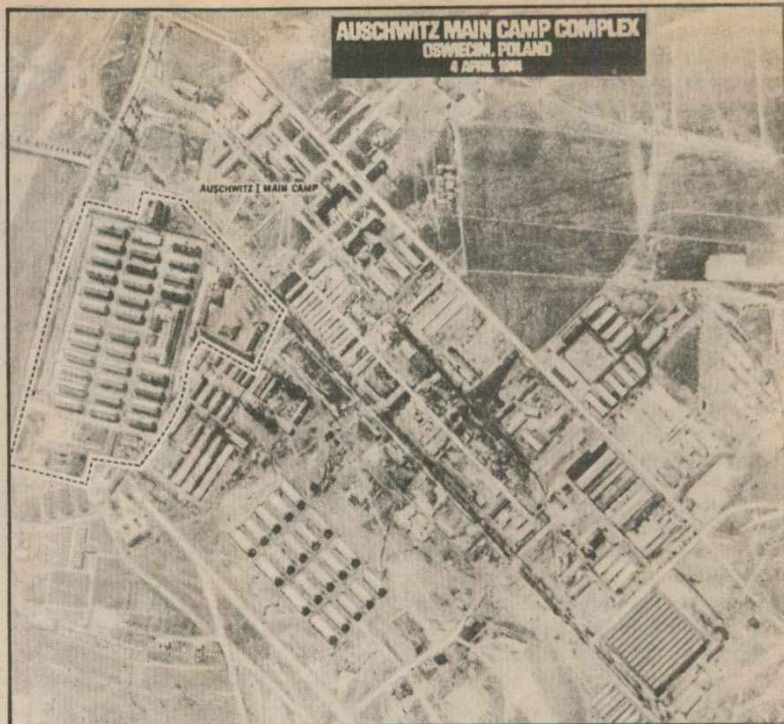
Die jüngste Wende im Fall Mengele erfolgte vor kurzem, als die amerikanischen Behörden Dokumente — zwar nur bruchstückhaft, doch berechtigt — veröffentlichten.

JÜNGSTE WENDE IM FALL MENGELE DURCH FREIGELEGTE US-DOKUMENTE

Das erste dieser Dokumente, datiert mit dem 26. April 1947, stammt von einem ehemaligen Mitarbeiter der militärischen Spionageabwehr der USA, CIC, Benjamin Gorby. Zu jener Zeit war Gorby CIC-Sonderagent in Regensburg und leitete die Untersuchung im Fall von 20 nach Auschwitz deportierten Kindern. Von ihnen konnte Mengele wissen. In diesem Zusammenhang schrieb Gorby einen Brief nach Wien. Warum gerade dorthin? Wie sich herausstellt, war Mengele nach Gorbys Informationen von US-Behörden verhaftet worden. Er befand sich in der Obhut der Gruppe 430 der CIC.

Jetzt, 40 Jahre später, bestätigte Gorby: "Ich betrachtete die Person, die mich darüber informierte, daß die Amerikaner Mengele verhaftet hatten, als völlig vertrauenswürdig. Sonst hätte ich keine entsprechende Aufforderung an eine in einem anderen Land (in Österreich) befindliche Einheit geschickt. Ich hätte auch diesbezüglich nicht um Erlaubnis bei meinem Chef gebeten, und jener hätte sie mir nicht gegeben..."

Allein schon diese Tatsache verdient weniger Beachtung, als vielmehr Empö-



So sah Auschwitz aus der Luft aus (Foto der US-Luftaufklärung vom April 1944)

rung: Die Amerikaner wußten also, mit wem sie es zu tun hatten! Doch wollen wir uns etwas eingehender mit diesen, wenn auch unvollständigen, Angaben befassen.

Im System der CIC in den ersten Nachkriegsjahren (damals gab es die CIA noch nicht) hatte die Gruppe 430 eine durchaus spezifische Funktion. Das aber wurde erst vor relativ kurzer Zeit bekannt — als die schändlichen Fakten der Zusammenarbeit von US-Geheimdiensten mit dem Kriegsverbrecher Klaus Barbie publik wurden. Bekanntlich teilten einige ehemalige CIC-Mitarbeiter, nachdem Barbie 1983 aus Bolivien ausgewiesen worden und in ein französisches Gefängnis überführt worden war, zahlreiche Fakten über die Untaten des "Henkers von Lyon" im US-Dienst mit. Sie bestätigten, daß seine US-Chefs — in der BRD agierende Spione —, als Barbie der Verfolgung durch die französischen Behörden entzogen werden sollte, gerade die Gruppe 430 der CIC baten, Barbie nach Lateinamerika zu schleusen.

Warum die Anfrage an die Gruppe 430? Die Antwort auf diese Frage gab Prof. Erhard Dabringhaus von der Universität Michigan — einer der damaligen Beschützer Barbies. In einem sensationellen Buch, das 1984 in New York erschien, veröffentlichte er den jetzt freigegebenen Bericht des Chefs der Gruppe 430, Paul Lyon, wie sich die ihm anvertraute Einheit

damit befaßte, Kriegsverbrecher über den berüchtigten "Rattenpfad" auszuschleusen. Der Bericht wurde am 10. April 1990 veröffentlicht. Er lautete:

"Im Sommer 1947 erhielt der Unterzeichner über den Chef der Spionageabwehr die Anweisung der Aufklärungsabteilung des Oberkommandos der US-Truppen in Österreich, die Mittel sicherzustellen, mit deren Hilfe man den Personen helfen könnte, die sich unter dem Schutz der Gruppe 430 befinden... und deren Aufenthalt in Österreich eine Gefahr darstellte, die zum Quell von Unannehmlichkeiten für den Oberbefehlshaber der US-Truppen wurde, seitdem das Sowjetische Oberkommando vom Aufenthalt dieser Personen in der amerikanischen Zone Österreichs erfuhr... Der Unterzeichner begab sich nach Rom, wo er zur beiderseitigen Zufriedenheit Kontakt mit einem ehemaligen slowakischen Diplomaten aufnahm, der seinerzeit einen kroatischen Priester der römisch-katholischen Kirche, Pater Draganovich angeworben hatte. Pater Draganovich besaß damals Geheimkanäle zur Ausschleusung diverser europäischer Flüchtlinge in einige Länder Südamerikas."

Ferner teilte Lyon mit, er habe eine Zusammenarbeit mit Draganovich vereinbart, wobei ihm ein weiterer "Amerikaner, der die Paßabteilung der Internationalen Flüchtlingsbehörde (IRO) leitete", wertvolle Hilfe geleistet habe. "Das geschah ungesetzlich, da die Personen, die die Dokumente erhielten, nicht unter den Status der IRO fielen", bemerkte Lyon. Doch der Wohltäter verfiel schon bald dem Suff und drehte durch. Überall

Die bisher veröffentlichten Dokumente geben keine genaue Antwort auf die Frage, wo sich Mengele von 1945 bis 1947 aufhielt. Auf jeden Fall kann man jetzt folgendes als feststehend betrachten: Der Kriegsverbrecher Josef Mengele, nach dem so viele Jahre gefahndet wurde, hätte bereits 1945, spätestens 1947 ange-

Übrigens war Mengele nach dem Krieg recht mobil. 1959 reiste er aus Argentinien in die BRD (zur Beerdigung seines Vaters); er besuchte Italien und Spanien, ganz zu schweigen von vielen Ländern Lateinamerikas. Diese Reiserouten sind mit der Version von dem "gehetzten Flüchtling" eigentlich unvereinbar. Warum ging Mengele ein solches Risiko ein? Offenbar fühlte er sich sicher, gedeckt. Mehr als wahrscheinlich, daß nicht der "eigene Sicherheitsdienst", von dem die Zeitschrift "Star" berichtete, sondern die US-Spionage aufmerksam alle Bewegungen des Mörderdoktors verfolgte und ihn schützte. Eine amerikanische Zeitung betonte sogar, dies sei geschehen, weil Mengele den Amerikanern "wichtige Angaben über die Sowjetunion" mitgeteilt habe und die Amerikaner ihm dafür dankbar seien. Ja, ganz unlogisch wäre das nicht — hat ja die CIA so manchen

Kriegsverbrecher unter ihre Fittiche genommen. Doch uns scheint, daß es diesmal nicht "Angaben über die Sowjetunion" waren — Dr. Mengele dürfte kaum über solche verfügt haben. Dafür aber besaß er Kenntnisse, die für die US-Geheimdienste nicht weniger wichtig waren.

"während des zweiten Weltkrieges in Deutschland Dinge geschahen, die eine schwerwiegende Verletzung der ewigen Gesetze der medizinischen Ethik darstellten."

Im weiteren erläuterte er, daß er vor allem die Versuche zur Vorbereitung eines bakteriologischen Krieges meinte, die seit Juli 1943 auf Befehl Hitlers erfolgten. Dafür wurde ein Sonderinstitut im damaligen Posen geschaffen, an dem Prof. Schuman (wir wissen aus den Aussagen von Höß, daß Schuman auch in Auschwitz "experimentiert hatte") tätig war. Später berichtete Schreiber über Experimente an Häftlingen von Buchenwald (Typhus-Impfungen) und Dachau (im Auftrag der Luftwaffe).

Schreiber trat in Nürnberg als Zeuge auf, doch gelangte er nicht auf die Anklagebank. Statt dessen wurde er in die USA geholt, wo der General auf einem Militärstützpunkt in Texas tätig war. Dann wurde er nach Argentinien geschickt, wo er sich in aller Ruhe mit seiner "Wissenschaft" befaßte. In die USA wurden die Nazi-Mediziner Ruff, Romberg und Strughold geholt, die Experimente zum Verhalten von Menschen bei Unterkühlung und in dünner Luft getrieben hatten. So war Strughold in Dachau tätig gewesen, nach dem Krieg aber setzte er seine Experimente auf dem Luftstützpunkt Randolph (US-Bundesstaat Texas) fort. Er wurde Berater im medizinischen Zentrum der US-Luftwaffe. Romberg (derjenige, der ebenso wie Rascher bereits von Himmler bemerkt worden war), Weltz und Ruff erhielten Arbeit auf Stützpunkten der US-Luftwaffe in der BRD und dann Ehrenplätze an BRD-Universitäten.

Obrigens wurde Mengeles "wissenschaftlicher Leiter", Prof. Otmar von Verschuer, nach dem Krieg glücklich Professor an der Universität Münster. Seine Kollegen, die Professoren der Universität Münster, stellten ihm folgende Charakteristik aus: "Es würde uns pharisäerhaft erscheinen, wollten wir aus der heutigen Situation heraus einzelne Vorkommnisse einem Manne als unverzeihliche moralische Belastung anrechnen, der sonst ehrlich und tapfer seinen schwierigen Weg gegangen ist und oft genug seine edle Gesinnung bewährt hat." Die Hamburger Wochenschrift "Die Zeit", die diese entsetzlich zynischen Zeilen brachte, fragte zu Recht: "Wären auch Mengeles Kollegen in seinem Fall zu einem ähnlichen Freispruch gekommen?"

Was aber die US-Militaristen angeht, so fällten sie derartige Freisprüche massenhaft. Als gegen Ende v. J. der Fall des Nazi-Raketenspezialisten Arthur Rudolph, der für die NASA (die Luft- und Raumfahrtbehörde der USA) tätig gewesen war, einen Skandal auslöste, tauchte in der "Washington Post" die Meldung auf, daß

"die NASA nicht die einzige Bundesbehörde ist, die von den Diensten ehemaliger Nazis Gebrauch machte... Die Luftwaffe und die Kriegsmarine der USA gewannen gleichfalls ehemalige Nazis, die Kriegsverbrechen verdächtigt wurden, für Forschungsarbeiten und beriefen

sie in hohe Positionen... Nil Sher, Leiter der Abteilung für Sonderuntersuchungen, weigerte sich mitzuteilen, ob sich seine Abteilung tatsächlich mit der Untersuchung der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler befaßt, die nach dem zweiten Weltkrieg in die USA gekommen sind. Doch andere Funktionsträger, die über die Arbeit dieser Abteilung informiert sind, behaupten, daß dort Akten über viele Wissenschaftler, ehemalige Nazis, angelegt sind, darunter über einen für die US-Luftwaffe tätigen Spezialisten für Luft- und Raumfahrtmedizin, der Menschenexperimente im KZ Dachau durchgeführt hatte."

In diesem Zusammenhang sei auf die jüngste Nummer der angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift "Bulletin of Atomic Scientists" verwiesen. Die Journalistin Linda Hunt, die sich viele Jahre lang damit befaßte, die Tätigkeit von Nazi-Kriegsverbrechern in den USA zu untersuchen, studierte Hunderte jetzt freigegebener Dokumente des Verteidigungs- und des Außenministeriums zur Operation "Paperclip". Bei dieser Operation wurden von 1945 bis 1955 ca. 800 deutsche Wissenschaftler und 2000 ihrer Angehörigen in die USA geholt. Formell sollte dieses Programm Ex-Nazis und erst recht Kriegsverbrecher nicht erfassen. Die Zeitschrift zitiert die entsprechende Direktive:

"Hiermit wird es untersagt, solche Personen in die USA zu holen, die, wenn das durch den Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Europa festgestellt wird, Mitglieder der Nazi-Partei und mehr als nominelle Teilnehmer oder aktive Anhänger des Nazismus oder Militarismus waren."

Welch unglaubliche Heuchelei!

Ruff bei der Arbeit



Wußten ja die US-Sucherguppen sehr wohl, daß Wernher von Braun, nach dem sie fahndeten, SS-Sturmabführer war; daß ein anderer Raketenspezialist, Walter Dornberger, Generalmajor der Wehrmacht war, daß der Arzt Walter Schreiber gleichfalls Generalsrang hatte. Doch all das verhinderte keineswegs die Einreise dieser Nazi-Spezis in die USA und auch nicht deren Einbürgerung.

Linda Hunt führt folgende Beispiele an: 1946 war für die US-Luftwaffe auf deren Stützpunkt in Heidelberg Dr. Becker-Freysing tätig. Unter Hitler leitete er die Luftfahrtmedizinische Forschung. Später wurde er zu 20 Jahren Gefängnis wegen Beteiligung an Experimenten mit Häftlingen von Dachau verurteilt, die starben, nachdem man sie gezwungen hatte, Meereswasser zu trinken. Nichtsdestoweniger fand Freysing eine neue Beschäftigung auf dem Luftwaffenstützpunkt Wright Field (US-Bundesstaat Ohio). Ferner wurden mit dem Paperclip-Programm besagter Walter Schreiber sowie zwei andere Nazi-Mediziner (Hunt nannte ihre Namen nicht), die gerichtlich verfolgt, doch von einem amerikanischen Militärgericht freigesprochen wurden, in die USA geholt.

Doch selbst die heuchlerischen Ausflüchte der Vergangenheit erschienen den Beschützern der Kriegsverbrecher überflüssig. Mitte 1947 verlangte die Verwaltung zur Feststellung von Aufklärungszielen (eine Pentagon-Behörde) die Aufhebung aller Beschränkungen für den Einsatz von Ex-Nazis, wobei zynisch behauptet wurde, durch diese Beschränkungen wolle man "mit dem bereits niedergedrungenen Nazismus abrechnen". Alle Angaben über die verbrecherische Vergangenheit deutscher Experten wurden nun für geheim erklärt. Jeder Hinweis auf die Vergangenheit der "fanatischen Nazis" wurde ignoriert. Wie Hunt mitteilte, wurden die Akten von mehr als 130 Nazi-Wissenschaftlern, die mit dem Paperclip-Programm ausgeschleust wurden, entsprechend gesäubert.

Diese Tatsachen vermitteln eine klare Vorstellung davon, welch zutiefst amoralische und gefährliche Politik von den US-Behörden verfolgt wurde, die beschlossen, sich die "Gehilfen des Teufels", die für Hitler, Göring und Himmler gearbeitet hatten, zu Diensten zu machen. Und wenn man bedenkt, daß es im Paperclip-Programm ein Kapitel gab, das Spezialisten für Menschenexperimente betraf, dann ist eben dies das ganze Geheimnis der "wundersamen Errettung" Mengeles: Er war für die amerikanischen Geheimdienste und Militärbehörden "von Interesse" als nicht unwichtige Quelle von Informationen über die unter SS-Kontrolle durchgeführten Experimente". Mengele selbst wußte nicht wenig, er kannte auch die Namen vieler "Spezialisten", seiner Kollegen aus Auschwitz und anderen

Todeslagern. Doch auch das ist noch nicht das Ende der schändlichen Geschichte, wie Mengele von US-Geheimdiensten gedeckt wird.

NOCH IMMER KEIN ENDE

... Am 12. Juli 1972 sandte die CIA-Residenz aus Paraguays Hauptstadt Asuncion ein Eiltelegramm nach Washington. Darin wurde mitgeteilt, daß unweit von Encarnacion (185 Meilen südöstlich der Hauptstadt Paraguays) eine Person entdeckt worden sei, die sich "aktiv am illegalen Rauschgifthandel beteiligt". Der Name sei Dr. Henrique Wollman, doch es bestehe der Verdacht, daß sich darunter Mengele verberge. In der Meldung hieß es ferner, Mengele stehe "unter dem Schutz" von Präsident Stroessner. Einige Wochen später wurde aus Asuncion bestätigt, daß es tatsächlich Joseph Mengele war. Die CIA erhielt 1974 eine weitere Meldung über Mengele: Er habe sich einer Gesichtsoperation unterzogen, und in seinen paraguayischen Paß sei das bereits nach der Operation gemachte Foto eingeklebt.

Die Antwort aus Washington ist unbekannt, da die Dokumente jetzt mit starker Zensur veröffentlicht wurden. Dafür ist ein Dokument der "strategischen Gruppe der CIA zur Rauschgiftbekämpfung" bekannt. Dort war erneut von Mengeles Teilnahme am Rauschgiftschmuggel die Rede. Überdies wurde die Vermutung geäußert, daß die Firma in Günzburg, die den Mengeles gehört — eine Landmaschinenfabrik, mit Filialen in vielen Ländern — "möglicherweise benutzt wird, um große Summen zu transferieren, ja sogar zur Tarnung der illegalen Weitergabe von Rauschgift".

Natürlich hat die CIA weitaus nicht alle ihre Informationen veröffentlicht. So wurde bekannt, daß gegenwärtig ein gewisser Ricardo Riefenstahl in der BRD im Gefängnis sitzt. Ihm wird illegaler Rauschgifthandel vorgeworfen. Rie-

fenstahl sagte laut "Süddeutsche Zeitung" aus, er sei erst vor zwei Jahren mit Mengele zusammengetroffen. Doch auch die vorhandenen Angaben werfen zusätzliches Licht auf Mengeles Nachkriegsschicksal. Spielte ja in der Karriere des "Henkers von Lyon", Klaus Barbie, der Rauschgifthandel ebenfalls eine nicht unwichtige Rolle, und gerade hierfür flog er wiederholt nach Miami. (Übrigens wurde bekannt, daß Mengele 1979 aus Paraguay nach Miami geflogen war).

Die von der CIA ausgehaltenen latein-amerikanischen Diktaturen — ob Garcia Mesa in Bolivien oder Alfredo Stroessner in Paraguay — profitieren enorm am Rauschgifthandel, und die Beteiligung der CIA an ihm ist schon lange kein Geheimnis mehr. Wie Ruben Barreiro Saguier im April v. J. in "Le Monde" berichtete, gingen von 1968 bis 1972 nicht weniger als 5 t Heroin aus Paraguay in die USA. Einer der Bosse des Kokain-Geschäftes ist der französische Abenteurer Auguste Ricord, der seinerzeit mit den Nazis kollaborierte. Er schaffte Kokain von den Ländereien hoher paraguayischer Politiker mit Hilfe des Chefs der Polizei Paraguays, Rodriguez, und von Armeegeneral Colman ins Ausland.

"Betrüger und Rückfälltäter aller Länder und aller Schattierungen zieht es in 'Stroessners Paradies', wobei meist auf 'politische Motive', die sich auf den fanatischen Antikommunismus der Diktatur gründen, verwiesen wird", schlußfolgerte der Autor des Artikels.

Die CIA deckte Mengele auch diesmal: Anfang d. J. wurde die offizielle Vertreterin der CIA, Kathy Pherson, gefragt, ob die Information über Mengele an andere Regierungen weitergeleitet worden sei. Pherson antwortete, sie sei "nicht bevollmächtigt", diese Frage zu "erörtern". Alfonso D'Amato aber, Senator des US-Bundesstaates New York, erklärte, CIA-Beamte hätten "diese Meldungen

einfach mitgeteilt, ohne weiter irgendetwas zu unternehmen".

WAS BEWIRKTEN DIE ENTHÜLLUNGEN!

Heute, da all diese Fakten bekannt geworden sind, setzte im Westen erneut eine ungewöhnliche Aktivität ein. Das US-Justizministerium erklärte, es nehme sofort die Untersuchung auf. Die BRD-Behörden baten 13 Länder, wo Mengele "möglicherweise Zuflucht gefunden hat oder zur Zeit besitzt", um Hilfe und erhöhten die Belohnung für Angaben über ihn auf 1 Mio DM. Kanada leitete zusammen mit den USA eine Untersuchung ein, ob Mengele 1962 in Kanada gewesen sei. Eine Sonderkommission wurde in Israel eingesetzt, und verschiedene Privatorganisationen hoben die Belohnung auf 1 Mio Dollar an.

All das ist nicht unbeachtlich. Doch ob derartige Maßnahmen nicht eher frühere Untätigkeit camouflieren sollen? Was die US-Behörden angeht, so wissen wir jetzt die Wahrheit über ihre Haltung zu Mengele. Die BRD-Justiz hatte es seinerzeit ebenfalls nicht sonderlich eilig, und als Diktator Stroessner 1973 die Bundesrepublik besuchte, wurde er nicht einmal nach Mengele gefragt. Als aber der bayrische Ministerpräsident Goppel diese Frage in Asuncion stellte, entgegnete ihm der Justizminister Paraguays: "Mengele? Wer ist das eigentlich?"

Und schließlich wurde, was Israel angeht, bekannt, daß der israelische Spionagedienst Mossad schon seit langem Angaben über Mengeles Aufenthaltsort besaß, doch es verzog, "untätig zu bleiben", um die auf Effekt bedachte Jagd auf Eichmann nicht zu vereiteln. Natürlich wurden die Angaben des Mossad an niemanden weitergeleitet.

Jetzt steht ein offizieller BRD-Besuch Stroessners bevor, was eine leidenschaftliche Diskussion und große Proteste im Lande hervorruft. Die Initiative für diesen Besuch geht von Franz-Josef Strauß und dem Direktor des "Instituts für deutsch-paraguayische Beziehungen", Heinz Aigner, einem langjährigen Freund von F.J.S., aus. Aigner beteiligte sich übrigens aktiv an Kohls Wahlkampf und war persönlicher Referent des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Filbinger, der wegen seiner Nazi-Vergangenheit gehen mußte. Wie die "Frankfurter Rundschau" meldete, hatte Aigner zusammen mit dem bekannten erzreaktionären Publizisten Löwventhal 1981 an einem "antikommunistischen Seminar" in Paraguay teilgenommen.

In Bonn heißt es zwar, man werde den Gast diesmal nach Mengele "fragen". Doch die Antwort steht von vorn herein fest: Bereits 1984 hatten die Behörden Paraguays erklärt, Mengele lebe nicht im

"NEUE ZEIT" 15.85

Parade in Asuncion



Land, und jetzt behaupten sie das gleiche.

DIE FRAGE NACH DEM ERFOLG DER OFFIZIELLEN BEMÜHUNGEN STELLTE UNSER KORRESPONDENT IN NEW YORK

Die antifaschistische Öffentlichkeit der USA setzt keine besonderen Hoffnungen in die "offizielle" Suche Mengeles. Der NZ-Korrespondent in New York, Alexander Archipow, sprach mit dem Mitglied einer Privatorganisation, die die Festnahme und Bestrafung des Arztes von Auschwitz verlangt. 1984 nahm der New-Yorker Rechtsanwalt Rosensaft, dessen Eltern wie durch ein Wunder die Hölle von Auschwitz und Bergen-Belsen überlebten, an der Reise einer Gruppe von Vertretern der Weltöffentlichkeit nach Paraguay teil. Die Delegationsmitglieder trafen mit dem Innenminister zusammen, der abstritt, daß Mengele in Paraguay lebt, doch eine "Untersuchung" versprechen mußte. Rosensaft erklärte gegenüber unserem Korrespondenten:

"Die Suche nach Mengele ist für mich keine theoretische oder symbolische Frage. Es ist eine sehr konkrete Aufgabe, die für mich persönliche Motive hat. Und es ist nicht das Streben nach Rache, sondern nach Gerechtigkeit. Es darf nicht zugelassen werden, daß sich diejenigen, die derartige Verbrechen verübt haben, in Sicherheit wähen..."

Dieses Interview wurde einige Tage nach Erscheinen des Artikels von Sawyer "Gebt kein Geld für die Verfolgung eines Greises aus" in der Zeitung "USA Today" gegeben. Diesen Artikel könnte man natürlich ignorieren, wenn der Verfasser nicht vier Legislaturperioden lang dem US-Kongreß angehört hätte. Der Republikaner übersetzte alles in die Sprache der Krämerseelen, in Dollar und Cent, als er erklärte, man solle die Suche aufgeben.

"Vor etwa einem Jahr tauchte in einer großen amerikanischen Zeitung", sagte Rosensaft, "ein Beitrag auf, in dem behauptet wurde, Hess habe seine Strafe schon erhalten und solle endlich freigelassen werden. Wie ein 'Held' wurde in Österreich der SS-Henker Reder nach seiner Freilassung aus italienischer Haft begrüßt. Doch ich meine nicht, daß diejenigen, die Verbrechen verübt haben wie Hess, Reder, Mengele und Artukovic, für ihre Untaten schon gebüßt hätten. Unter dem Aspekt des Rechts, der internationalen Moral und mit Hinblick auf die Zukunft ist es überaus wichtig, daß jene, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt haben, zur Verantwortung gezogen werden. Das muß geschehen — trotz ihres Reichtums und des Schutzes durch faschistische und



Der paraguayische Oberspion
von Eckstein, Mengeles Beschützer.

reaktionäre Regimes. Wir haben uns viele Jahre dafür eingesetzt, daß die Nazis, die sich in den USA und anderen Ländern verbergen, entlarvt werden, daß die US-Regierung endlich die Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord ratifiziert. Doch diese Dokumente sind immer noch nicht ratifiziert worden...

NICHT NUR MENGELE UNTER CIA-SCHUTZ

Rosensaft hat durchaus zurecht Mengele in eine logische Reihe mit den Nazi-Verbrechern gestellt, die heute im Westen einflußreiche Beschützer finden. Die NZ hat wiederholt darüber berichtet — über Barbie, Rudolph, Artukovic und Konsorten. Wie sieht es heute in diesen Fällen aus?

Was Barbie angeht, so hat der Prozeß in Lyon noch nicht stattgefunden. Meldungen zufolge soll der Prozeß entweder Ende 1985 oder aber erst 1986 steigen. Hierbei wird man Barbie nicht Kriegsverbrechen vorwerfen, d. h. das, wofür er in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde. Diese Verbrechen gelten in Frankreich als verjährt, und deshalb kann Barbie nur wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgeurteilt werden. Die Staatsanwaltschaft war ein ganzes Jahr lang damit befaßt, Unterlagen zu sammeln, und erst jetzt hat sie die Arbeit abgeschlossen.

Rudolph lebt seelenruhig in Hamburg. Er wurde nicht angeklagt. Als die NASA mit Briefen überhäuft wurde, in denen gegen die höchste Auszeichnung des Mordexperten durch die Behörde protestiert wurde, antwortete die NASA-Leitung, sie wüßte nicht, warum sie Rudolph die Auszeichnung aberkennen sollte...

"Der Himmler des Balkans", Andrija Artukovic, kann sich gleichfalls nicht über mangelnde Fürsorge seitens der US-Behörden beklagen. Als er verhaftet wurde,

entfesselte die reaktionäre Presse eine Kampagne gegen seine Auslieferung. "In unserem Land verfährt man nicht so", erklärte der Rechtsanwalt von Artukovic, der sich in einem Lazarett der US-Kriegsmarine in Long Beach befand. Am 8. Januar 1985 lehnte Richter Brown den Auslieferungsantrag Jugoslawiens ab, wobei er auf den "schlechten Gesundheitszustand" des alten Nazi verwies. Das Urteil löste einen Proteststurm aus, und im März wurde es revidiert. Doch der Nazi-Verbrecher legte Berufung ein, und seine Anwälte hoffen, den Fall in die Länge zu ziehen. Pressemeldungen zufolge weigerten sich unlängst amerikanische Richter, zwei andere Nazi-Mörder — Laipenicks und Linnas —, über deren Kriegsverbrechen schon seit langem Informationen der sowjetischen Justiz vorlagen, die US-Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

* * *

Die Baracken von Auschwitz sind stummer Zeuge der Verbrechen des Hitlerfaschismus. Zum 40. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Sowjetarmee kamen Häftlinge, die wie durch ein Wunder überlebt haben, Vertreter antifaschistischer Organisationen aus vielen Ländern, Gäste aus allen Teilen Polens und anderen Ländern in das ehemalige Lager. Sie sprachen von den entsetzlichen Lehren der Geschichte, die alle, denen der Frieden teuer ist, nie vergessen dürfen.

Doch welche Schändung des Andenkens an die Opfer des Faschismus ist das Verhalten der US-Geheimdienste und anderer offizieller Instanzen, wovon die Welt immer mehr erfährt! Gehlen, Barbie, Rudolph, Artukovic und Mengele — das sind nur einige wenige Namen unter den ungezählten Nazi-Verbrechern, die in den USA Unterschlupf fanden. Präsident Reagan spricht oft und feierlich von der "historischen Mission der USA, die der ganzen Welt ein wahres Vorbild von Demokratie, Gerechtigkeit und christlicher Moral geben. Am 8. Mai will Reagan in Strasbourg eine Rede zum 40. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus halten. Ob er dort etwas über die nach wie vor übliche schändliche Praxis der USA sagen wird, Nazi-Verbrechern Unterschlupf zu gewähren?

Verantwortlich für
die Zusammenstellung
der NZ-Kommentator
Lew BESYMENSKI
und NZ-Korrespondent in den USA
Andrej ARCHIPOW

Verbrechen Israels vor dem Gericht der Öffentlichkeit

ZEUGEN KLAGEN AN

In dem unweit von Tyre gelegenen südlibanesischen Dorf Deir-Kanoun waren die Israelis am 10. Juli 1982 um 4.00 früh eingerückt. Über Lautsprecher gaben sie bekannt, alle Männer zwischen 10 und 60 Jahren hätten sich vor der Schule einzufinden. Es gab 28 Männer im Dorf. Sie mußten sich mit gefesselten Händen, die Köpfe gesenkt, an die Wand stellen. Der Chirurg Nassreddin Kassir wurde zum Verhör in ein Klassenzimmer geführt. "Wo sind die Terroristen? Wo sind die Waffen versteckt?" wollten die Okkupanten wissen. Nassreddin wurde geschlagen, ihm wurde ein nasses Tuch über den Kopf geworfen und der Hals ausgereckt. Das Verhör dauerte mehrere Stunden. Als Kassir endlich wieder herausgeführt wurde, standen die Übrigen noch immer, jetzt unter sengender Sonne, an der Schulmauer. Bald darauf trieben die Israelis ihre Gefangenen in einen Bus, wo ihnen die Augen verbunden wurden, bevor die Fahrt ins Unbekannte begann. Unterwegs brach es aus einem Libanesen heraus: "Ich bin doch unschuldig! Wo bleibt die Gerechtigkeit?" Die Antwort erfolgte in Form einer Ohrfeige. Die Häftlinge wurden in ein Lager bei Saïda gebracht. Dort waren auf 1000 Quadratmeter Fläche 1200 Personen, alle mit Handfesseln versehen, untergebracht. In der Nacht herrschte Kälte, tagsüber unerträgliche Hitze. An Schlaf war nicht zu denken. Aus Lautsprechern ertönte ununterbrochen Geschrei und Fluchen. Wer versuchte zu protestieren, wurde geschlagen oder bekam einen kalten Guß.

Am achten Tag geriet Kassir in eine Gruppe Libanesen, die in die israelische Stadt Naharia befördert und dort als "Terroristen" durch die Straßen getrieben wurden. Von den Wachen aufgehetzt, schlugen die Umstehenden die Libanesen mit Stöcken und bewarfen sie mit Steinen. Dann wieder ein Lager, wieder Folterungen und Hohn. Kassir wurde gezwungen wie ein Hund zu bellen; man warf ihn in eine mit Metallspänen aufgeschüttete Grube. Die Zionisten versuchten ein paar Mal, ihn zur Zusammenarbeit zu bewegen: "Sie sind doch ein intelligenter Mann, was haben Sie mit diesem Plebs gemein?" Kassir jedoch antwortete, er werde nicht zum Verräter an seinem Volk werden. Vor seinen Augen verreckten Menschen, denen er als Arzt doch nicht helfen konnte. Er hatte keinerlei Medika-



mente. In einem Lager starben 13 Personen, im anderen 23.

Von seinen schlimmen Erlebnissen berichtete Nassreddin als einer der Zeugen auf der Sitzung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen am libanesischen und am palästinensischen Volk vom 29. bis zum 31. März in Bonn. Diese Kommission, der Persönlichkeiten aus Politik und Öffentlichkeit von 22 Ländern angehören, wurde unmittelbar nach der israelischen Libanon-Invasion 1982 gebildet und hielt in Bonn bereits ihre dritte Sitzung ab.

Wie aktuell ihre Arbeit ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Lage in Libanon noch immer oder schon wieder äußerst



Opfer eines Massakers israelischer Soldaten in der libanesischen Siedlung Zraria im März d. J. Von israelischen Agenten gesprengtes Haus in der südlibanesischen Stadt Saïda. Dabei gab es drei Tote und rund 50 Verwundete

Telebild: Reuter--AP--TASS

gespannt ist. Obwohl Tel Aviv seine Truppen abziehen muß, setzen die Okkupanten, um den Volkswiderstand zu brechen, ihre Greuelthaten mit noch mehr Grausamkeit fort, vergehen sich an der Zivilbevölkerung, zerstören Dörfer und töten deren Bewohner.

Die Sitzungsteilnehmer hörten die Aussagen von libanesischen und palästinensischen Zeugen, die Opfer der Zionisten geworden waren, sowie Mitteilungen von Experten und auch Berichte von

Asiatische Nachrichtenagenturen gegen die Vorherrschaft westlicher Massenmedien

BLEI UND BLEI

Mehr als das Gold hat das Blei die Welt verändert, insbesondere das, aus dem die Drucklettern und nicht die Kugeln gemacht werden, hatte bereits im 18. Jahrhundert der bekannte deutsche Wissenschaftler Georg Lichtenberg geschrieben.

Mit dem Wort der Wahrheit eine bessere Welt zu gestalten, darum ging es

auf der 6. Generalversammlung der Organisation von Nachrichtenagenturen Asiens und des Pazifikraums (OANA) Ende März in Delhi. Vertreter von 25 Mitgliedsagenturen aus 20 Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme stellten fest, die OANA habe insgesamt die ihr gestellte Aufgabe erfüllt, den Völkern ihrer Länder

zwei Delegationen, die sich im Auftrag der Kommission an Ort und Stelle mit der Situation vertraut gemacht hatten. Die Delegation, die das von Israel okkupierte Territorium am Westjordanufer und im Ghaza-Streifen besucht hatte, belegte, daß die Zionisten entgegen den Versicherungen der westlichen Propaganda ihre Kolonisierungspolitik fortsetzen. Die Wehrdörfer werden ausgebaut, arabische Bauern unter den verschiedensten Vorwänden ihren Bodens beraubt. In 20 Gefängnissen in den besetzten Gebieten aber auch in Israel selbst sind, meist ohne jegliches Gerichtsverfahren, mehr als 4000 politische Häftlinge — Palästinenser und Libanesen — eingekerkert. Die Gefängnisse sind überfüllt. Auf jeden Häftling kommen höchstens 1,5 Quadratmeter.

Die gleiche Politik verfolgt Tel Aviv im Süden Libanons. Prof. jur. Paulette Pierson-Mathy aus Brüssel, die mit einer Kommissionsdelegation Libanon besuchte, sagte, die sogenannte militärische Präsenz Israels sei nichts anderes als eine Okkupation mit allen ihren Folgen. Die Pläne der Zionisten seien kolonialistischer Art und die Libanesen hätten keine andere Wahl, als mit der Waffe in der Hand ihre Freiheit zu verteidigen.

"Die Zionisten nennen uns Terroristen und Fanatiker", sagte der Geistliche Mohamed Alamin aus Südlibanon. "In Wirklichkeit betreibt Israel eine Terrorpolitik. Das Problem besteht nicht im Religionskonflikt, sondern in der imperialistischen Aggression. Freiheit ist das Recht aller Völker, und wir Moslems kämpfen für die Freiheit nicht nur für uns selbst, sondern auch für andere."

Auch in Israel selbst wächst der Widerstand gegen die Politik Tel Avivs. Die Vizepräsidentin der Israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte, Felicia Langer, sagte aus, Tausende junge Israelis

DIPLOMATENTREFFEN

Am 29. März kam es zu einer Begegnung verantwortlicher Mitarbeiter des UdSSR-Außenministeriums und namhafter sowjetischer Wissenschaftler für Auslandsfragen mit den Chefs der in der Sowjetunion akkreditierten diplomatischen Vertretungen. Zum Thema "Außenpolitik und Diplomatie der UdSSR in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges (aufgrund neuer dokumentarischer Kriegsbände des UdSSR-Außenministeriums)" sprach Prof. Pawel Sewostjanow, Mitglied des Kollegiums und Leiter der historisch-diplomatischen Verwaltung des UdSSR-Außenministeriums. Er sprach von der welthistorischen Bedeutung des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg, von der Rolle der Außenpolitik und der Diplomatie der Sowjetunion.

V. GUSSEW

zögen die Gefängnisse dem Einsatz gegen die Araber vor.

Die Kommission, der viele namhafte Juristen angehören, stellte fest, daß Israel mit dem Massenterror in den okkupierten Gebieten und der groben Mißachtung der Rechte der einheimischen Bevölkerung zynisch solche völkerrechtlichen Akte verletze wie die Haager Konvention über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges sowie die Genfer Konvention zum Schutz der Kriegsgesunden. Kommissionsmitglied A. Sucharew, Justizminister der RSFSR, machte darauf aufmerksam, daß Israel mit seinen Akten des Völkermords auch keine Rücksicht auf die eigenen Gesetze nehme. Laut israelischer Gesetzgebung ist eine Person, die eine als Völkermord gewertete Tat begeht, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Derartige Taten sind mit Todesstrafe und nur unter besonders mildernden Umständen mit einer mindestens 10jährigen Haftstrafe zu ahnden.

Viele Redner erinnerten an die Lehren des zweiten Weltkriegs und äußerten die Überzeugung, auch die israelischen Kriegsverbrecher würden ihrer Strafe

nicht entgehen. Die Völker werden ihnen die Massenmorde an der friedlichen Bevölkerung, die Folterungen und Verhöhrungen von Patrioten, die zerstörten Dörfer und Städte nicht vergessen und nicht vergeben. Die Kommission beschloß die von Zeugen genannten Namen israelischer Militärangehöriger zu veröffentlichen, die sich an Libanesen und Palästinenser vergangen haben. Unter Berufung auf den Nürnberger Prozeß forderten die Teilnehmer die Einsetzung eines internationalen juristischen Organs, das die Verbrechen Israels untersuchen müßte. Sie betonten, die Verantwortung für diese Verbrechen trage auch der beste Freund Israels, die USA. Die Internationale Kommission wandte sich an Parteien, soziale und religiöse Bewegungen, an Regierungen und Parlamente mit dem Appell, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Israel zu veranlassen, die Normen des Völkerrechts bedingungslos zu achten und die 1967 besetzten arabischen Gebiete zu räumen.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Bonn

wie auch der übrigen Welt zu helfen, Asien mit den Augen Asiens zu sehen. Das ist auch von sozialpolitischer Bedeutung, da auf diese Weise die Abhängigkeit der jeweiligen Massenmedien von der Vorherrschaft der westlichen Agenturen gemindert werden soll, die die Lage in den Entwicklungsländern stets und ständig verzerrt darstellen. Die Tätigkeit der Organisation trägt mit zu einer von äußeren Einmischungen freien asiatischen Zusammenarbeit bei. Gleichzeitig fördert sie wesentlich die praktische Arbeit des von der Nichtparteigebundenenbewegung gegründeten Pools der Nachrichtenagenturen dieser Länder.

Die Teilnehmer der Generalversammlung betonten, die Entlarvung der Verlogenheit und auf alle Fälle einseitigen Information der westlichen Agenturen,

die Verteidigung des Rechts auf wahrheitsgemäße Information über den nationalen Aufbau in den Entwicklungsländern sei im Grunde dem Kampf für die neue Weltwirtschaftsordnung gleichzusetzen. Darum unterstützte die Generalversammlung in einer Sonderresolution die Bemühungen der UNESCO um eine neue Weltinformationsordnung. Die politische Bedeutung dieser von den Vertretern 20 asiatischer Länder gefaßten Resolution ist um so größer, als die UNESCO seitens der USA und einiger ihrer Partner, die die Mitarbeiter von Presse, Kultur und Bildung faktisch vom Kampf für eine gerechtere Ordnung auf unserem Planeten ausklammern wollen, wütenden Angriffen ausgesetzt ist.

Auf der Tagung wurden konkrete Maßnahmen zur Regelung und weiteren

Verbesserung der Tätigkeit der Organisation festgelegt. So sollen ihre Mitgliedsagenturen modern ausgestattet, ein Bilddienst eingerichtet, die Tarife für die Fernmeldedienste in der Asien- und Pazifikregion gesenkt werden. Zum Vorsitzenden der Organisation für den bevorstehenden Zeitraum wurde die Press Trust of India (PTI) gewählt, deren Vertreter versicherte, sein Land werde sich für die Ideale des Kampfes für die neue Weltinformationsordnung einsetzen.

Das Treffen hat gezeigt, daß die Journalisten Asiens das Blei der Kugeln ablehnen und sich für den Triumph des Bleis der Lettern engagieren, die eine bessere Welt gestalten können.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Delhi

Bekanntlich ist die Arbeitsproduktivität in den USA höher als die in der UdSSR. Unverständlich ist nur, wie dann die Rüstungsgüter in der UdSSR billiger sein können als in den USA. Steht das ja meiner Meinung nach im Widerspruch nicht nur zu den realen Fakten, sondern auch zu der Theorie von Marx, zu der Sie sich bekennen.

Kenneth PARSONS
Chicago, USA



Es diskutiert

Dr. Nikolai

WOŁOSCHKIN

Vor allem, Mr. Parsons, wollen wir uns darauf einigen, heute kein Gespräch über die Erzeugnissepreise zu führen. Die Tatsache, daß die Preise für entsprechende Rüstungsgüter in den USA höher sind als in der UdSSR, wird auch in offiziellen amerikanischen Dokumenten eingestanden. Daraus ergibt sich, daß die Ausrüstung von gleichartigen Truppenteilen in der UdSSR tatsächlich viel billiger wird.

Um das Problem, das Sie anschnitten, zu analysieren, müssen wir nicht den Preis, sondern den Wert einer Ware, darunter von Rüstungsgütern, heranziehen. Auf den ersten Blick scheint Ihre Position durchaus berechtigt: Dort, wo die Arbeitsproduktivität niedriger ist, müssen die Ausgaben der Gesellschaft für die Produktion und folglich auch die Kosten der Produktion höher sein. Doch das nur auf den ersten Blick.

Vor allem meinen Sie sicherlich mit dem ungleichen Stand der Arbeitsproduktivität den statistischen Durchschnittswert. Er ist bei uns tatsächlich niedriger als in den USA. Doch daneben gibt es ja auch Branchenkennziffern. In den lebenswichtigen Bereichen vermag der sozialistische Staat eine solche Arbeitsproduktivität zu gewährleisten, die die höchsten Werte der wirtschaftlichen Entwicklung, welche auf der betreffenden Etappe real erreichbar sind, annimmt. Verständlicherweise gehört für uns die Verteidigungsindustrie — das lehren uns die historischen Erfahrungen — zu den lebenswichtigen Wirtschaftsbereichen.

Außerdem sind bekanntlich die Kosten der Betriebe für die Produktionsmittel (Werkzeugmaschinen, Anlagen, Rohstoffe usw.) sowie für die Arbeitskraft (die Löhne) die wichtigsten Elemente, die den Wert einer beliebigen Ware bestimmen. In der sozialistischen Verteidigungsindustrie aber haben beide Arten von Kosten einen anderen Charakter als im Kapitalismus. Urteilen Sie selbst.

Was Rohstoffe, Materialien, Brennstoffe und Energie angeht, die in die Rüstungsproduktion gehen, so sind sie für die UdSSR aus zwei Gründen billiger als für die USA. Erstens die natürlichen Faktoren. Deckten ja die USA Anfang der 80er Jahre durch Import 88% ihres Bedarfs an Kolumbit, 82% an Zinn, 56% an Aluminium, 50% an Manganerz, 45% an Kobalt und 39% an Wolfram. Die Sowjetunion aber deckt praktisch ihren gesamten Produktionsbedarf, darunter für Verteidigungszwecke, aus eigenen Ressourcen. Und das ist natürlich viel billiger.

Ein weiterer Grund ist der Charakter der Produktion von Rüstungsgütern. Im Kapitalismus wollen alle — die Erzeuger der Endproduktion wie die Rohstofflieferanten — daran profitieren. Jeder macht seine Geschäfte, der Staat aber, der die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt, fördert dies intensiv. Kein Wunder also, daß die Verzerrung der Preisbildung bereits bei der Förderung und Lieferung der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie beginnt und sich durch die Profitgier der Lieferanten und Auftragnehmer fortsetzt. So wurde kürzlich entdeckt, daß der Konzern General Dynamics durch überhöhte Preise allein bei der Produktion von U-Booten der Los-Angeles-Klasse Hunderte Millionen Dollar abgesahnt hat. Nichts Derartiges gibt es und kann es im Sozialismus mit seinem Planungsmechanismus und staatlichem Preissystem geben. Bei uns profitiert niemand — weder einzelne Personen noch eine Klasse oder Gruppe und auch nicht der Staat selbst —

an überhöhten Preisen für Rüstungsgüter. Alle Operationen des Produktionszyklus werden aus einer Tasche, vom Staat, bezahlt.

Nun, Mr. Parsons, wollen wir uns mit einer anderen Art von Kosten, den Löhnen, befassen.

In der sozialistischen Gesellschaft wird ein Großteil der Lebensbedürfnisse der Werktätigen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds gedeckt. Im Kapitalismus aber werden derartige Ausgaben vor allem den Arbeitern selbst aufgebürdet. Und da dem so ist, müssen die Ausgaben für Bildung, medizinische Betreuung, Mieten usw. in die Löhne einbezogen werden. Solche Löhne aber müssen bei sonst gleichen Bedingungen höher sein als bei Beschäftigten eines entsprechenden Betriebes im Sozialismus. (Auf eine solche "Anhebung" läßt sich die bürgerliche Gesellschaft vor allem deshalb ein, weil das für sie günstiger ist. Erstens sind die Lohnzuschläge weit entfernt von jenen realen Ausgaben, die die Arbeitenden zur Deckung ihrer Bedürfnisse brauchen. Und außerdem erfassen sie weitaus nicht alle Gruppen der Werktätigen. Zweitens erspart sich die bürgerliche Gesellschaft auch sehr große Ausgaben zur Schaffung der gesamten sozialen Infrastruktur.)

Zur Höhe der Löhne sei besonders die privilegierte Stellung der Rüstungsproduktion in Ihrem Land, Mr. Parsons, betont. So erhielten die Mitarbeiter der Luftfahrt-, Raketen- und Raumfahrtbranchen Ende der 70er Jahre anderthalbmal so hohe Löhne wie im Landesdurchschnitt.

Und schließlich ein weiterer Umstand. Die Planwirtschaft erlaubt, die Verteidigungsforschung rationaler zu organisieren sowie eine optimale Verteilung der Kräfte und Mittel zu erreichen. Ferner schließt sie unberechtigte Ausgaben bei parallelen Entwicklungen, die angesichts der kapitalistischen Konkurrenz unvermeidlich sind, aus.

Man sollte also keine oberflächlichen Vergleiche bei der Arbeitsproduktivität und den Produktionskosten von Rüstungsgütern ziehen. Dafür ist die Problematik zu komplex. Nur eine eingehende Analyse kann für Klarheit sorgen. Doch im Grunde geht es uns gar nicht um einen Vergleich. Wir Marxisten betrachten die wachsenden Rüstungsausgaben als schwere und unerwünschte Last. Und deshalb sind wir gegen das Wettüben.

Rauschgiftset

Am 25. Mai wird auf der Südwiese des Weißen Hauses ein Tennisturnier stattfinden, das künftig jährlich ausgetragen werden soll. Gegenüber stehen sich eine Mannschaft aus Hollywood und eine aus dem Weißen Haus. Die Idee für dieses Turnier hatte Fess Parker, Schauspieler aus Hollywood. An der Spitze der Mannschaft des Weißen Hauses wird, so nimmt man an, Vizepräsident George Bush stehen. Bereits jetzt streiten Fernsehgesellschaften um die Übertragungsrechte. Die Einnahmen aus dem Turnier sollen angeblich für die Bekämpfung der in den USA weit verbreiteten Rauschgiftsucht eingesetzt werden. Vielleicht hilft das, denn alle anderen Mittel waren bislang umsonst.

Im Himmel wie auf Erden



Die Weltgesundheitsorganisation warnte in einem Bericht: "Die Alkoholproduktion wächst bedeutend schneller als die Bevölkerung." In den letzten 15 Jahren habe sich die Produktion von alkoholischen Getränken um das anderthalbfache erhöht. Der Alkohol schade in zunehmendem Maße nicht nur den Trinkern, sondern auch den überzeugten Antialkoholikern, die Opfer von betrunkenen Kraftfahrern, Lokomotivführern und Pilo-

ten würden. Allein auf den Straßen der USA kamen 1984 bei durch betrunkene Kraftfahrer verursachten Unfällen 23 500 Menschen ums Leben. Seit 1979 mußte 125 amerikanischen Piloten wegen Alkoholmißbrauchs die Lizenz entzogen werden.

Gefährliche Teekessel



Wie der Westberliner "Tagesspiegel" berichtet, wurde der afrikanische Arbeiter Mathews Ntshiwa vor kurzem zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Polizei hatte in seiner Wohnung einen Teekessel gefunden, auf dem eine Losung des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) stand.

Ranggemäß

Die Intervention gegen das kleine Grenada wird vom Weißen Haus als einer der größten "Siege" der gegenwärtigen US-Administration dargestellt. Unter dem Einfluß dieser Propaganda oder aus praktischen Erwägungen heraus nehmen einige amerikanische Okkupanten bei ihrer Rückkehr ein originelles "Siegesymbol" mit: erbeutete Maschinenpistolen. Das Gesetz verbietet aber die Einfuhr derartiger Waffen. Sieben Liebhaber solcher "Symbole", darunter ein Hauptmann, wurden entlassen, bestraft oder zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Achte, Admiral George Metcalf, der 24 Maschinenpistolen mitnahm, wurde nach Berichten der TV-Gesellschaft ABC jedoch in den Stab der Marine versetzt.

Goldene

Mitte!

Die Brüsseler Zeitung "Soir" schreibt über eine Anfrage im britischen Parlament zum künftigen Kanaltunnel. Es ging aber nicht darum, wann er fertig sein wird. Das kann heute noch niemand sagen. Es ging vielmehr darum, ob es im Tunnel Rechtsverkehr wie in Frankreich oder Linksverkehr wie in Großbritannien geben werde. Die Zeitung macht ironisch den Vorschlag, in der Mitte des Tunnels die Seiten zu wechseln.

Bleistiftmediziner

Der Premier Malaysias Datuk Seri Mahathir kritisierte jene Ärzte, die unter Berufung auf die Gesetze des Islam bei der Untersuchung eines Patienten ihn nicht mit den Händen, sondern nur mit dem Bleistift berühren. Laut Reuter sagte der Premier: "Ob ein Arzt in den Himmel kommt oder nicht, hängt nicht davon ab, ob er den Patienten mit der Hand berührt, sondern davon, wie gut er ihn kuriert."

Arabischer

Amazonas



"In welchem arabischen Land fließt der Amazonas?" Diese nicht gerade komplizierte Frage wurde 1950 einer großen Gruppe arabischer Studenten ge-

stellt, schreibt die ägyptische Zeitung "Al-Ahram". 77 Prozent gaben die "richtige" Antwort, indem sie sagten, daß sich der Fluß in Brasilien befinde. Auf diese Weise wurde das größte lateinamerikanische Land zu den arabischen Ländern gezählt. Kürzlich wurde den Studenten aus den Instituten von North Carolina erneut dieselbe Frage gestellt. Nur 27 Prozent gaben die "richtige" Antwort ("in Brasilien").

Walzkunst



Wie die "L'Humanite" berichtete, erdachte Philippe Hortal, ein Künstler aus Toulouse, eine originelle Methode zur Vervielfältigung seiner Gravüren. Er will dadurch seine Popularität erhöhen. Die Gravüren und saubere Blätter legt er vor eine ... Straßenwalze. Sie fährt darüber, und schon kann er die Kopien in Geschäfte und Ausstellungen bringen.

Geschwindigkeitsüberschreitung

Laut AP erhielt in der Stadt Talsa (Bundesstaat Oklahoma, USA) Molly Wulf ein Strafmandat wegen Verletzung der Straßenverkehrsordnung. Der Richter, an den sich Molly wandte, machte jedoch die Strafe rückgängig. Es stellte sich heraus, daß die Strafe dem vier Monate alten Hündchen galt, das die "Geschwindigkeit überschritten hatte". Auf der Flucht vor einem Hundefängercombi rannte es 50 km/h auf einer Straße, auf der nur 45 km/h zugelassen waren.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

REDE ROMESH CHANDRAS,

VORSITZENDER DES WELTFRIEDENS-RATES, BEI DER ERÖFFNUNG DER TAGUNG DES PRÄSIDIUMS DES WELTFRIEDENS-RATES

am 22. März 1985

Es sind schon nahezu 40 Jahre vergangen, seit in der ganzen Welt Glocken läuteten, um die Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa und die Zerschlagung des Hitlerfaschismus zu verkünden.

Die Männer und Frauen aller Länder gedenken jetzt, anlässlich des 40. Jahrestags dieses historischen Sieges, dankbar jener, die im Kampf gegen das faschistische Ungeheuer gefallen sind. In dieser großen Schlacht haben 50 Millionen Menschen ihr Leben gelassen, um die ganze Menschheit zu verteidigen, dem Fluch des Hitlerfaschismus ein Ende zu setzen und dem Frieden den Weg zu bahnen.

Zwanzig Millionen von diesen 50 Millionen waren Sowjetbürger. In der Sowjetunion gibt es keine einzige Familie, die im Großen Vaterländischen Krieg nicht einen Sohn oder eine Tochter, den Vater oder die Mutter, den Gatten oder die Gattin verloren hätte.

Wir haben das Glück, in dieser kritischen Stunde der Geschichte in der Hauptstadt der UdSSR, der Heldenstadt Moskau, zusammengekommen zu sein. Das Volk dieses Landes hat den barbarischen Nazi-Horden und ihren Weltherrschaftsplänen den entscheidenden Schlag versetzt.

Wir grüßen alle Heldenstädte, darunter Stalingrad, Leningrad, Kiew und Minsk.

Wir entbieten unseren Gruß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — dem Land Lenins, dem Land des Friedens und des Sozialismus, einem heroischen Land und seinem heroischen Volk.

Das Präsidium des Weltfriedensrates ist hier und heute zusammengetreten, um das Andenken all jener zu ehren, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind: der Soldaten der Streitkräfte der Antihitlerkoalition, der Widerstandskämpfer, der Opfer, die in Gaskammern und Konzentrationslagern umgekommen sind — das waren Männer und Frauen, alte und junge Menschen, ja auch Kinder.

Vor meinem inneren Auge brennen 50 Millionen Kerzen, nach der Zahl jener, die nicht mehr sind. Die hell brennenden Kerzen mahnen jeden von uns: "Vergeßt uns nicht! Vergeßt nicht, um welchen Preis unser Sieg erkauft wurde!"

Hören Sie auf das Gestampfe der marschierenden faschistischen Heerscharen. Ich glaube Hitler, Göring und Goebbels zu vernehmen, wie sie ihre Pläne hinausschreiben, die militärische Überlegenheit zu erlangen und die Weltherrschaft zu erobern. Das ist Rassismus, das ist Antisemitismus, das ist der Haß gegen die Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Liberalen, alle Antifaschisten... "Deutschland über alles"...

Damals verstanden die meisten Völker in Europa und der ganzen Welt, welche Gefahr der Faschismus für die Menschheit darstellte. Sie traten gegen ihn auf, sie schworen, alles zu tun, um den Krieg, den Hitler bereits plante, zu verhindern.

Doch gelang es den antimilitaristischen Kräften nicht, die Aggressionsgelüste der faschistischen Rädelsführer Deutschlands zu dämpfen. Es gelang ihnen nicht, den zweiten Weltkrieg, die Leiden und Schrecken dieses Krieges abzuwenden.

Warum haben sie es nicht vermocht? Man muß die Ursachen dieses Mißerfolgs verstehen und Lehren daraus ziehen — für

den heutigen Tag, da die Menschheit in einer neuen, noch schrecklicheren Gefahr schwebt: der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der im nuklearen Brand alles Leben auf der Erde auslöschen würde.

Warum konnten die antifaschistischen, antimilitaristischen Kräfte der 30er Jahre Hitler nicht daran hindern, den Krieg zu entfesseln?

Die Hauptursache war die Spaltung unter denen, die die faschistische Gefahr sahen. Sie sind nicht gemeinsam gegen Hitler aufgetreten, haben keine Einheitsfront gegen den Faschismus gebildet.

Vom Haß auf die UdSSR verblindet, lehnten die Spitzenpolitiker der großen Westmächte jede Initiative zur Errichtung dieser Einheitsfront gegen Krieg und Faschismus ab. Sie taten alles, was von ihnen abhing, um die Faschisten zum Überfall auf die UdSSR und zu deren Vernichtung zu bewegen.

Gerade die Spaltung, die Uneinigkeit der antifaschistischen, antimilitaristischen Kräfte ließen den Hitlerfaschisten freie Hand, und sie überzogen Europa mit Krieg und säten Tod und Vernichtung.

Hätten sich die antifaschistischen, antimilitaristischen Kräfte damals zu vereinigen gewußt, so hätten der zweite Weltkrieg und der Tod von 50 Millionen verhindert werden können. Die Antihitlerkoalition entstand zu spät, um dem Krieg noch Einhalt zu gebieten.

Das ist die wichtigste Lehre für die Friedenskräfte unserer Zeit. Die meisten Völker erkennen gegenwärtig sehr wohl, wie ernst die Gefahr eines nuklearen Infernos ist. Sie streben danach, einen Kernwaffenkrieg nicht zuzulassen.

Doch sind noch nicht alle Antikriegskräfte um klare Ziele und Aufgaben geschlossen. Inzwischen lassen die Kriegshetzer und Rüstungsgewinnler nichts unversucht, um Spaltung und Verwirrung unter denen zu säen, die für die Verhinderung eines Nuklearkrieges kämpfen.

Der Weltfriedensrat fordert zur Einheit aller Friedenskräfte — aller, die gegen einen Nuklearkrieg kämpfen — auf. Wenn zusammengeschlossen, werden wir stark genug sein, um unseren Planeten von der totalen Vernichtung zu retten. Diese Kraftquelle können und müssen wir nutzen.

Eine solche Einheit setzt auch die Aktionseinheit von Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen, voraus.

In diesem Jahr wird der 40. Jahrestag der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen begangen. In den letzten Jahren hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem Weltfriedensrat und der UNO und ihren Spezialorganisationen, Departements, Zentren und Sonderausschüssen unablässig erweitert. Keine andere nichtstaatliche Organisation entfaltet eine so umfassende Tätigkeit zur Unterstützung von Entscheidungen, Resolutionen und Initiativen der UNO, die den Kampf für Frieden, Abrüstung und Entwicklung, gegen Rassismus und Kolonialismus, für die Rechte der Arbeiter, der Jugend und der Frauen fördern, wie auch in allen Fragen, deren sich die UNO im Interesse der Völker annimmt.

Die fortwährenden Ausfälle der Reagan-Administration gegen die UNO zeigen eindeutig, daß Washington nicht

imstande ist, die Weltorganisation zur Unterstützung seiner Weltherrschaftsgelüste anzupeitschen.

Besonders wütend war die Reagan-Administration auf die UNESCO, und so trat sie aus dieser Organisation aus und stellte deren Finanzierung ein.

Der Grund ist gerade der Wunsch der UNESCO, unter den Bedingungen, da die US-Multis ihre Offensive, insbesondere in den Massenmedien, entfaltet haben, die Rechte der Mitgliedsstaaten zu behaupten und zu schützen.

Es gilt, den 40. Gründungstag der UNO durch eine weltweite Kampagne zu begehen, in deren Verlauf die Öffentlichkeit zur Unterstützung ihrer Tätigkeit und der ihrer Spezialorganisationen zu mobilisieren ist.

Die westlichen Massenmedien schweigen vorsätzlich viele sehr nützliche Beschlüsse der UNO-Einrichtungen tot, Beschlüsse, die zur Erweiterung der Massenaktionen für die Verhinderung eines Nuklearkrieges, für Frieden und Abrüstung beitragen könnten.

Über die eigenen Publikationen und die von Tausenden der ihm angeschlossenen nationalen Organisationen tut der Weltfriedensrat alles Mögliche, um die UNO-Arbeit, die im Interesse der gesamten Menschheit geleistet wird, umfassend zu beleuchten.

Die Gefahr eines Kernwaffenkrieges ist jetzt groß wie noch nie. Wir wollen es geradeheraus sagen: Diese Gefahr ergibt sich aus dem zügellosen Vorgehen der Reagan-Administration, die nach militärischer, politischer und wirtschaftlicher Vorrangherrschaft in der ganzen Welt giert.

Die UdSSR unterstützt alle friedensdienlichen Initiativen der Friedens- und Antikriegsbewegungen in Europa und Nordamerika. In der UNO genießen alle Abrüstungsresolutionen, die solche Initiativen widerspiegeln, die ungeteilte Unterstützung der UdSSR.

Diese Haltung unterscheidet sich kraß von der Haltung der USA, die gegen viele außerordentlich wichtige Abrüstungsresolutionen gestimmt haben, darunter solche über den Verzicht auf den Erstschatz, über kernwaffenfreie Zonen, den Abbau der Militärjets, das Verbot der Massenvernichtungswaffen und die Verhütung eines Kernwaffenkrieges.

Die von den USA und ihren nächsten NATO-Partnern betriebene Hochrüstung hat beispiellose Dimensionen erlangt. Immer neue nukleare Offensivwaffen werden getestet, hergestellt und in Gefechtsbereitschaft versetzt. Wenn der US-Kongreß den entsprechenden Gesetzentwurf bestätigt, sollen weitere MX-Raketen in Produktion gehen.

Nachdem die NATO im Dezember 1979 den Beschluß gefaßt hatte, in Europa neue amerikanische Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper zu stationieren, wurden sich die Friedenskräfte noch klarer darüber, wie ernst die Weltlage ist. Im November 1983 begann die Stationierung entgegen dem Willen der europäischen Völker, besonders der Völker jener fünf Länder, in denen die neuen Erstschatzraketen stationiert werden sollten.

Der dräuende Schatten einer nuklearen Katastrophe rückte in größere Nähe.

Aber gleich damals, parallel zur Stationierung von Pershing- und Flügelraketen, ging die Reagan-Administration an die Verwirklichung eines weiteren hinterlistigen Plans.

Im März 1983 setzte der US-Präsident die ganze Welt von dem Beschluß des Pentagon in Kenntnis, das Weltrüsten auf den Weltraum auszudehnen. Präsident Reagan ignoriert den in der ganzen Welt zunehmenden Widerstand gegen die Idee der sogenannten Sternenkriege und steuert in den beiden letzten Jahren den Kurs unentwegt auf die Verwirklichung der Pentagon-Beschlüsse.

Die US-Propaganda sieht sehr wohl, daß der Beschluß, das Weltrüsten auch in den Kosmos zu tragen, in der Welt wachsende Besorgnis auslöst, und hat deshalb eine massive Kampagne aufgezogen, um einen Rauchvorhang von Lügen um Reagans "Sternenkriege" zu schaffen.

Seinen Plan für den Weltraum nannte er "Strategische Verteidigungsinitiative".

Besagte "Initiative" hat nichts von Verteidigung an sich. Im Gegenteil, sie ist eine weitere, die gefährlichste Komponente

der amerikanischen Erstschatzstrategie. Washingtons Star-War-Plan steht in krassem Gegensatz zu den abgeschlossenen Verträgen und Abkommen über die Kontrolle des Weltrüstens, so zum SALT-1- und zum Raketenabwehrvertrag. Die Militarisierung des Weltraums würde die heute bestehenden Möglichkeiten zur Überwachung der lebenswichtigen Abkommen über die Rüstungskontrolle aus der Welt schaffen.

Auf der letzten UNO-Vollversammlung stimmten 150 Staaten für die Verhütung des Weltrüstens im Weltraum. Dagegen stimmten nur die USA.

Zusammen mit der UNO hat sich die Bewegung der Nichtpaktgebundenen entschieden gegen die Weltraummilitarisierung ausgesprochen.

Auf einem Treffen in Delhi am 28. Januar 1985 unter Vorsitz Premierminister Gandhis beschlossen die Staats- und Regierungschefs Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und Tansanias eine Deklaration, in der sie die Öffentlichkeit auf die Gefahren eines Weltrüstens im Weltraum hinwiesen.

Werden die US-Pläne der Militarisierung des Weltraums nicht durchkreuzt, so kann das Weltrüsten unkontrollierbar werden. Dann wird es unmöglich sein, die weitere Aufstockung von Rüstungen zu stoppen.

Die Verhinderung eines Weltrüstens im Weltraum, die gegenwärtig mit sofortiger Unterbindung von Reagans Star-War-Initiative gleichbedeutend ist, stellt jetzt die Schlüssel-, die Hauptfrage für alle dar, die überall — in allen Ländern, auf allen Kontinenten — für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt kämpfen.

Von ganzem Herzen begrüßt die Weltöffentlichkeit die Tatsache, daß in Genf vor 10 Tagen die neuen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen begonnen haben, die die lebenswichtigen und miteinander verbundenen Fragen der Weltraum-, der Mittelstrecken- und der strategischen Langstreckenwaffen betreffen.

Doch haben schon die ersten Tage gezeigt, daß die amerikanische Seite die vereinbarte Tagesordnung der Verhandlungen abzuändern und die Bedeutung unaufschiebbarer Verhandlungen über die Weltraumwaffen herabzumindern trachtet.

Eine solche Haltung der US-Vertreter in Genf gefährdet die Verhandlungen als Ganzes. In ihr findet der Wunsch der Reagan-Administration seinen Niederschlag, die Genfer Verhandlungen als Rauchvorhang für die weitere Aufstockung ihrer Rüstungen insgesamt und für Vorbereitungen zu "Sternenkriegen" insbesondere zu benutzen.

Die Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen, müssen unverzüglich handeln, damit die Reagan-Administration genötigt ist, in Genf über alle Tagesordnungspunkte in ihrer unlösbaren Verbindung fair und zu dem Zweck zu verhandeln, alle Kernwaffenarten völlig zu liquidieren. Im Zuge einer allgemeinen Massenkampagne für erfolgreiche Genfer Verhandlungen muß der Stimme der Völker Gehör verschafft werden.

In diesem Jahr wird der 10. Jahrestag der Helsinki-Schlußakte begangen.

Die Revanchisten und Kalten Krieger vergeifen sich am eigentlichen Geist der Vereinbarungen von Helsinki. Selbst die Rechtmäßigkeit der Grenzen in Europa, wie sie in Jalta und Potsdam beschlossen wurden, ziehen sie in Zweifel. Die jüngsten Äußerungen Präsident Reagans selbst haben den revanchistischen Stimmungen neuen Auftrieb gegeben.

Denken wir an die Entspannungszeit in Europa, die sich mit der Schlußakte von Helsinki assoziiert, zurück. Die Öffentlichkeit muß sich für die Wiederherstellung und Festigung des Entspannungsgeistes und für die Beseitigung der Atmosphäre des kalten Krieges und der Konfrontation, die Washington der Welt aufzwingen will, einsetzen.

In allen Regionen der Welt, in denen Spannungen bestehen, schlagen die Regierungen, die Friedensbewegungen und andere Kräfte vor, die Streitigkeiten friedlich beizulegen und das Klima in ihren Regionen zu entspannen. Der Weltfriedensrat fordert alle auf zur restlosen Unterstützung der

friedlichen Vorschläge der Contadora-Gruppe und Nikaraguas über Mittelamerika; des Vorschlags über die Schaffung von Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit in Südostasien, im Indik- und im Mittelmeerraum; der Initiative zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt, darunter in Nordeuropa, auf dem Balkan, in Mitteleuropa und im Pazifikraum.

Regionale Entspannung kann globale Entspannung fördern, und umgekehrt.

Die von den USA betriebene Hochrüstung geht mit totaler Aggression und Intervention einher, die sich gegen die Unabhängigkeit und Souveränität vieler Länder richten.

Präsident Reagan hat es besonders auf Mittelamerika und die Karibik abgesehen. Die US-Einmischung beschränkt sich bereits nicht mehr auf "nicht erklärte Kriege". In den letzten Wochen gab Präsident Reagan mehrmals öffentlich seine Absicht zu, die rechtmäßig gewählte sandinistische Regierung zu stürzen. Für die US-Intervention schützt er nicht mehr Erklärungen vor, Nicaragua beliefere die Freiheitskämpfer in El Salvador mit Waffen.

Es ist klar, daß Reagan fest entschlossen ist, die Unabhängigkeit Nikaraguas zu beseitigen, ebenso wie er es in Grenada getan hat.

Schon wieder stehen die USA auf der Seite der herrschenden Kreise Israels bei deren verbrecherischen Aktionen gegen Libanon und das Volk Palästinas unter Führung seiner legitimen Vertreterin, der PLO.

Washington stärkt dem Rassistenregime Pretorias den Rücken, das gegenüber den Völkern Südafrikas und Namibias, die unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses und der SWAPO um ihre Befreiung ringen, eine Terror- und Unterdrückungspolitik betreibt.

Die massierten US-Waffenlieferungen an die Diktatur in Pakistan sind für eine Aggression gegen Indien bestimmt, wie das auch früher war, als die Amerikaner Pakistan mit Waffen versorgten. Pakistan ist für Reagan-Administration ein Brückenkopf für eine militärische Söldnerintervention gegen die Demokratische Republik Afghanistan.

Neue Aggressionen gegen die unabhängigen souveränen Staaten Vietnam, Laos und Kampuchea sind Bestandteil der Pläne, die US-Herrschaft über Südostasien zu errichten. Die neuen militärischen Großmanöver der USA, Südkoreas und Japans bedrohen die Koreanische Demokratische Volksrepublik und den Frieden in der ganzen Region.

Die US-Stützpunkte und die massierte Aufrüstung im Indik und Pazifik gefährden den Frieden und die nationale Unabhängigkeit vieler Staaten. Die amerikanischen Eingreiftruppen bedrohen jedes Land, das den Kampf für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit aufzunehmen wagt.

Der iranisch-irakische Krieg fordert viele Menschenopfer. In den letzten Tagen ist seine Eskalation zu beobachten. Wer von diesen schrecklichen Kampfhandlungen profitiert, sind nur die imperialistischen Kräfte, die Feinde der Völker beider Länder.

Wir unterstützen die wiederholten Aufforderungen des UNO-Generalsekretärs, diesen Krieg unverzüglich zu beenden. Bisher bleibt jedoch den friedlichen Initiativen der UNO, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und der Islamischen Konferenz der Erfolg versagt. Es gilt, unverzüglich neue Anstrengungen zu unternehmen, um diesem Gemetzel ein Ende zu setzen.

Transnationale, vor allem US-amerikanische Konzerne plündern die Naturreichtümer der Entwicklungsländer, was dort Hunger, Armut und Krankheiten verursacht. Könnte auch nur ein geringer Teil der Mittel, die die USA und ihre NATO-Partner für die Hochrüstung ausgeben, den genannten Ländern zugeführt werden, so wäre Millionen Menschen das Leben gerettet.

Der Kampf für die Verhütung eines Nuklearkrieges, was heute vor allem die Einstellung von Reagans Star-War-Kurs bedeutet, ist untrennbar mit dem Kampf aller Völker für Freiheit, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt verbunden.

Die UdSSR gebot der faschistischen Invasion Einhalt und leistete dadurch den größten Beitrag zum nationalen Unabhängig-

igkeitskampf aller Völker, darunter auch meines Volkes, des Volkes Indiens. Wären die Faschisten nicht zum Stehen gebracht worden, wären wir in unserer Unabhängigkeitsbewegung zurückgeworfen worden. Auch die Unabhängigkeit selbst wäre gefährdet worden.

Die großzügige Unterstützung der UdSSR für den Befreiungskampf aller Völker hat den gesamten Entkolonisierungsprozeß in Asien und Afrika beschleunigt. Auch heute kann jedes Volk, das für die Unabhängigkeit, seine nationale Souveränität und politische Unabhängigkeit, gegen Rückständigkeit und Elend, für eine neue, von der Ausbeutung seiner Naturreichtümer freie Wirtschaftsordnung kämpft, jederzeit mit der vollen Solidarität der UdSSR rechnen.

Die amerikanische CIA wirkt in den unabhängigen Ländern mit allen Mitteln auf die Destabilisierung hin: durch eine weitverzweigte Spionage, die Finanzierung reaktionärer, terroristischer und separatistischer Gruppierungen, die die Spaltung der Heimatländer anstreben, und, das Schlimmste, durch Anstiftung zum Mord an Staats- und Regierungschefs, die eine Friedenspolitik verfolgen und sich gegen den Imperialismus wenden.

Zu den jüngsten Opfern solcher Morde gehörte Indira Gandhi, die Vorsitzende der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und Premierministerin Indiens.

Für die Friedensanhänger in allen Ländern war das ein äußerst schmerzlicher Verlust: Ein Mensch ist von uns gegangen, der all seine Kräfte einsetzte, um die Kriegsgefahr abzuwenden, und für den Frieden für alle Völker kämpfte.

Der Kampf ist Einheit. Wir werden siegen, wenn wir einheitlich sind.

Nicaragua steht nicht allein. El Salvador steht nicht allein. Nicht allein sind Libanon und Palästina, Südafrika und Namibia, Vietnam, Laos und Kampuchea. Nicht allein stehen Chile, Paraguay, Haiti und Guatemala.

Wir solidarisieren uns mit allen Völkern, die zum Schutz ihrer Länder, zum Schutz unseres ganzen Planeten sowie dafür kämpfen, ihn von allen Geschwüren des Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus — von Hunger, Armut und Krankheiten — für alle Zeiten zu befreien.

In diesem Jahr begehen wir den 35. Jahrestag der Gründung des Weltfriedensrates. Die kolossale Zahl der Friedenskomitees, die mit den nationalen Bewegungen der Friedensanhänger in 141 Ländern aller Kontinente verbunden sind, schließt Millionen einfache Menschen um sich zusammen. In Zehntausenden verschiedener Organisationen und Gruppen wirken sie auf die Verhütung eines Nuklearkrieges hin und arbeiten an den aktuellsten Fragen, die die Lebensinteressen des Menschen auf der Erde betreffen.

Führende Repräsentanten der Regierungsparteien von mehr als 100 Ländern sind Mitglieder des Weltfriedensrates. Ihm gehören Parlamentarier und andere gewählte Vertreter und führende Politiker von mehr als 300 Parteien an.

In den letzten Jahren erweiterte sich rasch die Zusammenarbeit des Weltfriedensrates mit vielen internationalen nicht-staatlichen Organisationen wie mit vielen Antikriegsbewegungen. Auf allen Gebieten unserer Arbeit wirken wir auf die Aktionseinheit mit allen Friedenskräften hin, die Interesse für einen konkreten Bereich zeigen. Unser Aktionsprogramm 1985 fordert alle auf, dieses Jahr zu einem Jahr der Einheit der Friedenskräfte im Kampf für die Verhütung eines Nuklearkrieges machen zu helfen.

Die 400 Teilnehmer der gegenwärtigen Tagung sind aus 100 Ländern aller Kontinente gekommen. Wir repräsentieren den weitesten Kreis von Parteien und Kräften, Friedens- und Antikriegsorganisationen, Befreiungs- und Solidaritätsbewegungen, Massenbewegungen von Arbeitern, Frauen, Jugendlichen und Studenten, von religiösen Kreisen, gesellschaftlichen und Kulturorganisationen.

Ich glaube, unseren gemeinsamen und einheitlichen Willen auszudrücken, wenn ich sage: Wir werden weiter handeln, bis die Gefahr eines Nuklearkrieges beseitigt, das Wettrüsten im Weltraum verhindert und das Wettrüsten auf der Erde gestoppt wird, bis die Kernwaffen in der ganzen Welt letzten Endes vernichtet und für alle Zeiten verboten werden.



1965—1985: 20 JAHRE

SPEZIALISIERTE FIRMEN VON V/O NOVOEXPORT

NOVOPROM — Export von Sekundärrohstoffen und Produktionsabfällen: Makulatur, Textilabfällen und Abfällen der Synthese- und Chemiefaserproduktion, Abfällen der Schwarz- und NE-Metallurgie, der Erdölverarbeitung und Petrolchemie, Plast- und Polymerabfällen, gummihaltigen Abfällen und anderen Arten von Sekundärrohstoffen und Produktionsabfällen verschiedener Zweige der Volkswirtschaft der UdSSR.

NOVOBALT — Export von Torf und Torferzeugnissen, Industrie- und Haushaltsartikeln aus Holz, Gartengeräten, Angelzubehör und Touristikartikeln, Freizeit- und Sportbooten, Jollen, Modellbau- und Bastlerartikeln.

KOVRV — Export und Import von Teppichen und Teppicherzeugnissen.

SADKO — Export und Import von kunstgewerblichen Erzeugnissen, Porzellan, Bijouterie und Antiquitäten.

Exporteur:

V/O NOVOEXPORT, UdSSR, 103006, Moskau, Tschechow-Str. 2



NOVOEXPORT

Fernruf: 299 88 48, 299 26 04, 299 29 52, 299 62 93

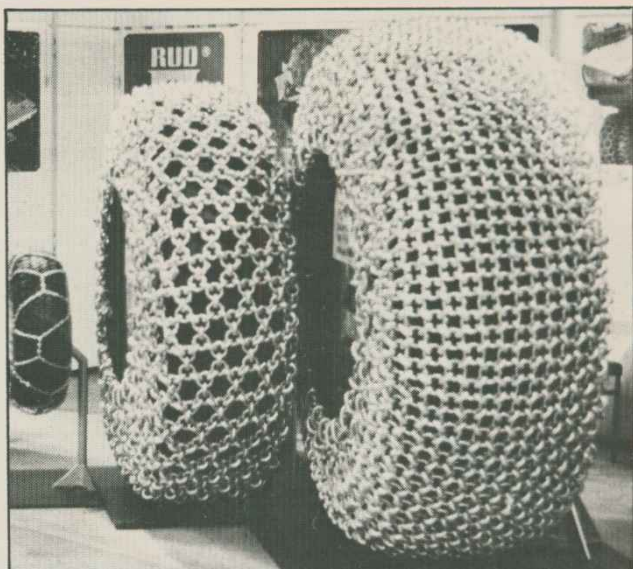
IN DEN AUSSTELLUNGSHALLEN „SOKOLNIKI“

„Industrie und Technik Baden-Württembergs, Bundesland der Bundesrepublik Deutschland“ hieß eine Ausstellung in den Pavillons des Moskauer Sokolniki-Parks. Hier waren mehr als 140 Firmen vertreten, von denen viele bereits seit längerer Zeit mit sowjetischen Organisationen zusammenarbeiten. Unter den Ausstellungsstücken, die die starke Aufmerksamkeit der Besucher fanden, waren hochproduktive Werkzeugmaschinen und Präzisionsgeräte, Computer, Landwirtschaftstechnik, Anlagen für die Textil- und Nahrungsmittelindustrie, fortschrittliche Herstellungstechnologie für den Automobilbau und Haushaltsgegenstände. Im Rahmen der unter Mitwirkung der V/O „Expozentr“, der Handels- und Industriekammer der UdSSR organisierten Ausstellung fand ein einwöchiges Symposium statt. Gezeigt wurde auch eine Sonderausstellung „Land und Leute“, die eine umfassende Vorstellung von den Leistungen Baden-Württembergs in Wissenschaft, Kultur und Tech-

nik vermitteln wollte.

Der Minister für Wirtschaft, Mittelbetriebe und Technologie Baden-Württembergs Martin Herzog, äußerte in Moskau vor Journalisten, es handle sich um die größte Ausstellung, die die Geschäftswelt des Bundeslandes je im Ausland veranstaltet habe. „Wir sind überzeugt“, erklärte er, „daß sie ein wichtiger Schritt zur Festigung der friedlichen, sachlichen und beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern wird.“

Gleitschutzketten der Firma
RUD



Blick auf einige Stände



Das neueste Mercedes-Modell

Uni-Lift
der Firma Nußbaum

Fotos: W. Panow



Elektrogeräte der Firma
BOSCH für Haushalt
und Industrie

